Donnerstag, 15. März 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 64 - 11.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Forschungspolitik: Mit rund drei Milliarden Mark will die Bundesregierung bis 1988 die Forschung und Anwendung in der Mikroelektronik, der Informations- und der Kommunikationstechnik fördern. (S. 6 und 9)

Zweite Mauer: Die „DDR" hat in unmittelbarer Nähe des Brandenburger Tores in Berlin mit dem Bau einer zweiten Mauer zur Verstärkung der bestehenden Sperranlagen begonnen. Die Gründe für die Maßnahme waren zunächst unklar. (S. 8)

Flucht: Zwei Soldaten der „DDR"-Grenztruppen gelang gestern morgen während eines Streifengangs die Flucht über die Mauer in den Westberliner Bezirk Wedding.

Computer in der Schule: Als erstes Bundesland stellt Baden-Württemberg Computer in allen weiterführenden Schulen auf, um Grundkenntnisse in Informatik zu vermitteln.

Libanon: Der auf der „Versöhnungskonferenz" in Lausanne vereinbarte Waffenstillstand wurde gestern weitgehend eingehalten.

Polen: Die Bischöfe wollen sich der Entfernung von Kruzifixen aus öffentlichen Gebäuden widersetzen. In dieser Frage sei die Kirche nicht kompromißbereit.

Anklage gegen Hirt: Die Bonner Staatsanwaltschaft hat gegen den früheren Ministerialdirektor im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Hirt, Anklage wegen Verdachts der fortgesetzten Untreue erhoben. Gegen den ehemaligen Minister Franke besteht der Verdacht teilweiser Mitwirkung; die Staatsanwaltschaft hat die Aufhebung seiner Immunität beantragt. Auch „ein Berliner Rechtsanwalt" steht unter dem Verdacht der Mitwirkung. (S. 4)

„DDR"-Wirtschaft: Die „DDR" strebt offensichtlich eine schon auf den nächsten Fünfjahresplan (1986 bis 1990) angelegte engere wirtschaftlich-politische Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik an. (S. 4)

„Trident": Die Kosten für das von London in Auftrag gegebene U-Boot-Raketensystem haben sich innerhalb von drei Jahren von umgerechnet 19,25 auf 33,6 Milliarden Mark erhöht.

Wehrbeauftragter: „Polemische Angriffe" von Kommandeuren gegen Politiker, die die Nachrüstung abgelehnt haben, kritisiert der Wehrbeauftragte Berkhan. (S. 5)

Heute: Bundeskanzler Kohl gibt Bericht zur Lage der Nation. – Kohl vor Kießling-Untersuchungsausschuß. – Tarifverhandlungen des Bankgewerbes.

ZITAT DES TAGES



„In Berlin entstand das Gefühl für die gegenseitige Partnerschaft"

Richard von Weizsäcker auf einer Tagung des Aspen-Instituts in Berlin zum Beistand Amerikas während der Berlin-Blockade 1948 FOTO: KLAUS MEHNER

WIRTSCHAFT

Philips-Grundig: Das Bundeskartellamt macht für die geplante Fusion zur Bedingung, daß sich Philips von den Anteilen an Loewe Opta trennt und durch die Fusion entstehende hohe Marktanteil bei Diktiergeräten reduziert wird.

Osthandel: Während die kleineren RGW-Staaten ihre Importe aus der Bundesrepublik 1983 abermals einschränkten, stiegen die Einfuhren der Sowjetunion um 20 Prozent. (S. 10)

Großbritannien: Radikale Steuerreformen, die in erster Linie der Wirtschaft, aber auch privaten Steuerzahlern erhebliche Vorteile bringen, sieht der Haushaltsentwurf für das neue Fiskaljahr vor. (S. 9)

Nixdorf: Der Mangel an geeigneten Mitarbeitern ist nach Angaben eines Sprechers das einzige Kriterium, das ein weiteres Wachstum des Konzerns erschwere. Es fehlten vor allem Systemberater und Organisations-Programmierer.

Börse: Die Aktien lagen etwas freundlicher, später kam es aber zu Gewinnmitnahmen. WELT-Aktienindex 148,2 (147,8). Am Rentenmarkt wurden die Kurse für öffentliche Anleihen heraufgesetzt. Dollar-Mittelkurs 2,5484 (2,5904) Mark. Goldpreis je Feinunze 399,75 (397,25) Dollar.

KULTUR

„DDR" gab nach: Mit der Herausgabe von 48 Gemälden des 1956 verstorbenen Malers Lyonel Feininger ist ein mehrjähriger Rechtsstreit zwischen der „DDR" und den in den USA lebenden Söhnen des Künstlers zu Ende gegangen. (S. 15)

Leihgaben: Wegen Unzufriedenheit mit dem Rahmenprogramm wurden auf Geheiß Ankaras Leihgaben für die Ausstellung „Merhaba – Wohnen, arbeiten, Feste feiern in der Türkei" im Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg zurückgezogen.

SPORT

Tennis: Björn Borg will wieder bei Grand-Prix-Turnieren spielen. Sein erster Auftritt nach 15 Monaten Pause soll in Stuttgart (16. bis 22. Juli) stattfinden. (S. 14)

Galopp: Peter Remmert, einer der erfolgreichsten deutschen Jokkeys hat beim Düsseldorfer Trainer Horst Steinmetz einen Vertrag bis September unterschrieben.

AUS ALLER WELT

Gentechnologie: Auch deutsche Pharma-Unternehmen steigen jetzt in das große Geschäft mit gentechnologisch hergestellten Arzneimitteln ein. Es war höchste Zeit, denn schon melden Gen-Firmen selbst erste Patente für neue Pharmazeutika an. (S. 16)

Hinrichtung: Mit einer Giftspritze wurde in Texas der Mörder David Audry hingerichtet. Sein Wunsch, die Hinrichtung als Abschreckung für andere Kriminelle im Fernsehen live zu übertragen, war jedoch vom Obersten Gerichtshof abgelehnt worden.

Wetter: Wolkig mit Aufheiterungen. 5 bis 12 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

„DDR": Kontaktverbote bis in die dritte Generation

Nach der Ausreisewelle droht eine verschärfte Abgrenzung

WERNER KAHL, Bonn

Die Bundesregierung verfolgt mit Sorge Berichte aus der „DDR" über weitere Abgrenzungsmaßnahmen und verschärfte Kontaktsperren parallel zu der Abschiebung regimekritischer Bewohner in den Westen. Nach in Bonn vorliegenden Erkenntnissen werden die bereits bestehenden Kontaktverbote für einen vergrößerten Personenkreis neuerdings bei der Verwandtschaft bis zur dritten Generation ausgeweitet.

Die jetzt bekannt gewordenen Maßnahmen verfolgen offenkundig den Zweck, die „DDR"-Bewohner nach Abschluß der gegenwärtigen Ausreiseaktion stärker der Kontrolle des Staatssicherheitsdienstes zu unterstellen. Mit aktualisierten Fragebögen wird die Offenlegung jeglicher Beziehungen zu Bekannten und Verwandten in nichtsozialistischen Ländern verlangt. Verbindungen brieflicher oder persönlicher Art zu Bewohnern im Westen müssen sofort gemeldet werden; die Aufrechterhaltung direkter oder indirekter Kontakte ist ebenfalls meldepflichtig. Der betreffende Personenkreis ist ferner gehalten, am Arbeitsplatz weder Telefongespräche mit Bewohnern aus dem Westen zu empfangen noch diese von der „DDR" aus anzurufen. Der Verbotsindex schließt beiderseitige Besuchskontakte aus. Briefe, Telegramme und Pakete müsse der Kaderleitung des Betriebes vorgelegt werden.

Die einschneidenden Bestimmungen sehen ferner vor, daß auch Eltern, Schwiegereltern, Schwager oder Schwägerin bis zum Enkel eines unter das Kontaktverbot fallenden „DDR"-Bürgers keine Verbindungen zum Westen ohne Anmeldung und Genehmigung unterhalten dürfen.

Die Ausweitung des Personenkreises, der für eine Kontaktsperre in Frage kommt, erstreckt sich inzwischen auch auf Beschäftigte untergeordneter staatlicher Bereiche in der „DDR". Dieser Kreis läßt sich zahlenmäßig nicht erfassen. Ebenso konnte bisher die berufliche Tätigkeit nicht exakt umgrenzt werden, wobei zuständige Stellen davon ausgehen, daß die Abstufungsgrenzen bewußt fließend gehalten werden. Nach den bekanntgewordenen Maßnahmen sei in weiten Bereichen eine gewisse Abgrenzungssystematik unverkennbar, heißt es in Bonn. Zwischen der Abteilung für Sicherheitsfragen beim SED-Zentralkomitee und dem Staatssicherheitsdienst wurden bereits seit 1981 jeweils Ausweitungen des von Kontaktsperren betroffenen Personenkreises und ihrer Verpflichtung zu bestimmten Geheimhaltungsstufen geplant.

Nach den Ostberliner Weisungen muß bereits ein Bewohner, der für den niedrigsten vertraulichen Umgang mit Arbeitsmaterialien („Nur für den Dienstgebrauch" – NfD) in Frage kommt, bei der Personalabteilung (Kaderleitung) die Personalunterlagen ergänzen und zunächst sämtliche Westkontakte offenlegen. Sobald er für den Verschlußsachengrad förmlich verpflichtet wird, tritt ein generelles Verbot bekanntschaftlicher oder familiärer Verbindungen ein. Das gilt auch für Arbeiter und Angestellte, die selbst nichts mit irgendeinem Verschlußgrad zu tun haben.

Dabei handelt es sich neben „NfD" (Nur für den Dienstgebrauch) um die jeweils nächsthöheren Stufen „VD" (Vertrauliche Dienstsache), „VS" (Vertrauliche Verschlußsache) und „GVS" (Geheime Verschlußsache). Wird jedoch in einer Familie ein Angehöriger für einen dieser Verschluß-Grade verpflichtet, so müssen sich auch die nächsten Verwandten dem „NSL"-Kontaktverbot (Verbot der Verbindungen mit Bewohnern „Nichtsozialistischer Länder") unterwerfen. Dazu gehört die Verpflichtung, keine Anträge auf Besuchsreisen in den Westen zu stellen und den Empfang von Geschenksendungen abzulehnen.

DER KOMMENTAR

Mit zweierlei Karten

WERNER KAHL

Allmählich wird für westliche Beobachter die Taktik der „DDR" gegenüber der eigenen Bevölkerung deutlicher. Der auf den ersten Blick großzügig erscheinenden Ausreisepraxis setzt Ost-Berlin jetzt schärfere Abgrenzungsmaßnahmen und einschneidendere Verbote für West-Kontakte für immer mehr Einwohner der „DDR" entgegen. Nach ersten Hinweisen zu Beginn des Jahres, wonach die Zahl derjenigen Einwohner, die mit Kontaktverboten belegt worden waren, in der letzten Zeit erhöht worden sei, sprechen Deutschland-Politiker in Bonn von einer dramatischen Entwicklung. Denn die SED-Führung spielt mit zweierlei Karten.

Dem telegenen Bild des westlichen Besucherstromes auf hoher und höchster Ebene nach Ost-Berlin und Leipzig entsprechen die teilweise euphorischen Erwartungen hinsichtlich familiärer und freundschaftlicher Begegnungen zwischen den Menschen im geteilten Deutschland. Das kann nur in Enttäuschung enden. Die Kontaktverbote – in den siebziger Jahren erstmals als Kontrollinstrument eingeführt und inzwischen erweitert – scheinen jetzt eine neue Dimension zu erreichen. Die Direktive an einen erweiterten Personenkreis, alle West-Beziehungen unter Verwandten bis zur dritten Generation abzubrechen, wirkt tiefer denn je in den familiären und beruflichen Bereich hinein. Das geht jetzt sogar so weit, daß „DDR"-Einwohner sich verpflichten müssen, innerhalb ihrer Familie dafür zu sorgen, daß auch Ehefrau, Bruder, Sohn/Tochter oder Enkel keinen Antrag für Besuche in ein nichtsozialistisches Land stellen.

Analog zur elektronischen Mauer, die Fluchtversuche künftig unblutig verhindern soll, hebt das Regime die Kontaktschwelle an. Der Abwanderung als einem kurzzeitigen Ventil für den erhöhten inneren Druck will Ost-Berlin die Selbstverpflichtung der Zurückbleibenden entgegensetzen. Die Bundesregierung darf den Versuch, innere Mauern zu errichten, nicht hinnehmen.

Windelen warnt vor Überschwang

WELT-Gespräch mit Minister / „Von Prozeß der Normalisierung zur ‚DDR' keine Rede"

MANFRED SCHELL, Bonn

Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen (CDU), hat sich von überschwenglichen Bewertungen über die Entwicklung der Beziehungen zur „DDR", wie sie von Politikern beim Zusammentreffen mit SED-Generalsekretär Honecker in Leipzig abgegeben worden sind, distanziert. Ohne die Ministerpräsidenten Strauß und Zeyer oder andere namentlich zu nennen, sagte Windelen in einem WELT-Gespräch, „wir sollten uns nicht billig machen oder Erwartungen nähren, die wir nicht erfüllen können". Von einem „Prozeß der Normalisierung" zur „DDR" könne „noch keine Rede sein". Windelen: „Solange es Mauer, Schießbefehl und Stacheldraht gibt, sind wir von normalen Verhältnissen noch meilenweit entfernt."

Die Bundesregierung, so betonte der Minister im Vorfeld der heutigen Bundestagsdebatte über den „Bericht zur Lage der Nation", den Bundeskanzler Kohl abgibt, habe sich für „pragmatische Lösungen" mit der „DDR" entschieden, wo diese möglich seien. Grundsätzliche Positionen, wozu „Rechtsmittel" und die politische Zielsetzung gehörten, die Einheit Deutschlands in Freiheit zu erlangen, würden dadurch „nicht verwischt". Aber das ausschließliche Beharren auf Rechtspositionen, die er nicht als „Formelkram" bezeichnen wolle, genüge nicht, um den Anspruch auf Einheit in Freiheit über Generationen hinweg wachzuhalten.

SEITE 2:
Honeckers Besuch hat Fußangeln
SEITEN 4 UND 8:
Weitere Beiträge

Eine Umfrage habe einen „erschütternden Bewußtseinsstand" bei der jungen Generation zutage gefördert: 50 Prozent der Befragten seien allenfalls in der Lage gewesen, drei Städte in der „DDR" zu nennen. Viele hätten den anderen Teil Deutschlands „als Ausland" bezeichnet. Allerdings seien aber 70 Prozent der Schüler der Meinung gewesen, „daß sie über die DDR im Unterricht zuwenig hören". Inzwischen gebe es jedoch wieder erfreuliche Tendenzen, sagte Windelen. Das Interesse an Klassenreisen in die „DDR", die von Bonn gefördert würden, sei gestiegen. Auf diesem Wege hätten 1983 über 22 000 Jugendliche den anderen Teil Deutschlands besucht.

Zur Position von SED-Generalsekretär Honecker sagte Windelen, er habe „Gewicht im Ostblock". Er gehöre zu den „solidesten und potentesten Eckpfeilern" Moskaus, das ihm entsprechenden Spielraum gebe. Ein Indiz dafür sei die Ablösung des sowjetischen Botschafters in Ost-Berlin, Abrassimow, gewesen, mit dem Honecker „nicht konnte".

Nachdrücklich begrüßte Windelen die Bereitschaft der „DDR", jetzt

● Fortsetzung Seite 8

Bauernverband kritisiert EG-Kompromiß

HANS J. MAHNKE, Bonn

Der vorläufige Brüsseler Agrarkompromiß ist in der Bundesrepublik bei Bauern, bei Verbrauchern und im Außenhandel auf Kritik gestoßen, allerdings aus unterschiedlichen Motiven heraus. Die Landwirte seien nicht bereit, sich auf dem Altare der EG opfern zu lassen, erklärte Bauernverbands-Präsident Constantin Freiherr von Heereman auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung seiner Organisation in Bonn.

Die deutschen Bauern wollen mit einer Großkundgebung am 23. März in Dortmund ihre Forderung nach einem nationalen Ausgleich für die erwarteten Verluste unterstreichen.

Heereman appellierte an die Bundesregierung, nichts unversucht zu lassen, die Talfahrt der Einkommen zu bremsen und den Bauern wieder Hoffnung und Mut zu machen.

„Das mindeste, was wir in der laufenden Preisrunde erreichen müssen, ist ein Inflationsausgleich." Für Heereman werde derjenige unglaubwürdig, wer die Mengen begrenzen, bei den Preisen jedoch nicht zulegen wolle. Wenn die Bundesregierung aus übergeordneten politischen Gründen einem Abbau des Grenzausgleichs zustimmt, sei sie verpflichtet, an anderer Stelle für einen Ausgleich zu sorgen. Heereman verlangte verbindliche Zusagen über Dauer und Höhe der Zahlungen. Er verteidigte zwar die Quotenregelung für Milch. Die Kontingente müßten jedoch bei der aktuellen Produktion ansetzen.

Seite 10: Landwirte und Verbraucher

Infratest: Stoltenberg weit vor Kohl

dpa, Bonn

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) ist mit Abstand der populärste Bonner Spitzenpolitiker und liegt im Ansehen der Wähler noch weit vor Bundeskanzler Helmut Kohl. Das hat eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Infratest („Politikbarometer") ergeben, deren Ergebnisse gestern bekannt wurden.

Infratest bewertet nach einer Skala, die von plus 5 bis minus 5 reicht. Bundeskanzler Kohl hat innerhalb eines Jahres 0,1 Punkte verloren und liegt jetzt bei dem Popularitätswert plus 0,6. Stoltenberg gewann 0,1 und hält mit plus 1,4 den Spitzenplatz. CSU-Chef Franz Josef Strauß bleibt unverändert bei minus 0,1. Den stärksten Popularitätszuwachs verzeichnete Genscher (von minus 1,0 auf plus 0,3), wobei er überproportional bei SPD-Anhängern dazugewann (plus 1,8).

Arbeitsminister Norbert Blüm (CDU) stieg um 0,5 auf plus 0,7. Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU) verbesserte sich ebenso wie Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) von minus 0,5 auf minus 0,4. Unverändert steht Familienminister Heiner Geißler (CDU) bei minus 0,5. Verschlechtert hat sich Verteidigungsminister Wörner von plus 0,3 auf minus 1,2.

Die Popularität der beiden SPD-Politiker Vogel (plus 0,4) und Brandt (minus 0,2) hat sich gegenläufig entwickelt. Die von Vogel sank im Durchschnitt um 0,4, die von Brandt stieg um 0,3 Punkte.

Hart baut seine Position aus

Beide Kandidaten errangen Siege bei den Vorwahlen / Entscheidung noch offen

TH. KIELINGER, Washington

Im Kampf um die Nominierung als Präsidentschaftskandidat der Demokratischen Partei haben sowohl Walter Mondale als auch Gary Hart am Dienstag wichtige Gewinne für sich verbuchen können.

Von den fünf Vorwahlen, die anstanden, fielen zwei – Georgia und Alabama – an Mondale, der damit ein wenig von seiner Respektabilität als Kandidat zurückgewann, die zuvor durch eine Reihe von Siegen Harts angekratzt worden war. Gary Hart selber holte sich glänzende Siege in Florida, Massachusetts und Rhode Island.

Außer den fünf Vorwahlen („primaries") fielen Entscheidungen auch bei vier Präferenz-Wahlen („caususes"). Dabei siegte Hart mit weitem Abstand in Nevada und kam mit Mondale Kopf an Kopf in Oklahoma durchs Ziel. Im Pazifik-Bundesstaat Washington lag Hart nach ersten Ergebnissen vor Mondale.

Das Kandidatenfeld ist nach der Auszählung des „Super-Dienstag" um eine Figur weiter geschrumpft: George McGovern gab auf. Nicht sehr vielversprechend sieht das Bild für Senator John Glenn aus, der lediglich in Alabama, zusammen mit Gary Hart, auf den zweiten Platz kam. Dabei hatte sich Glenn in den als eher konservativ eingestuften Südstaaten die größten Chancen ausgerechnet. Kurioserweise siegte hier aber der klar als „liberal" etikettierte Mondale.

Einem kleinen Triumph glich das Abschneiden Jesse Jacksons im Süden, seiner Heimat. Er holte sich mit Abstand die meisten farbigen Wählerstimmen unter allen Kandidaten.

SEITE 2:
Kandidat nach Steckbrief

In Georgia erzielte er einen Stimmenanteil von insgesamt 21 Prozent. Gerade die Ergebnisse in den Südstaaten zeigen jedoch, wie sehr die Kandidatur Jacksons Mondale geschadet hat. Sowohl Mondale als auch Jackson fanden im schwarzen Wählerpotential – im Süden fast ein Drittel aller Wähler – großen Rückhalt. Ohne die Kandidatur Jacksons hätte Mondale Florida für sich entschieden (die Prozentzahlen dort: 39 Hart, 33 Mondale, 12 Jackson), und seinen Vorsprung in Georgia (jetzt nur drei Prozent vor Hart) und Alabama (13 Prozent vor Hart) beträchtlich erweitern können.

Gary Hart hat von allen Kandidaten die wenigsten schwarzen Wählerstimmen erhalten. Darin deutet sich ein künftiges Problem an, sollte Hart zum Präsidentschaftskandidaten der Demokraten gekürt werden. Harts stärkster Rückhalt bleibt weiter das Gros der Gebildeten, Unabhängigen, sozial Aufstrebenden, der gehobenen Berufswelt, der Intellektuellen.

Mondales Hauptstütze, die Gewerkschafts-Organisation, ist schwankend geworden. In den stark industrialisierten Staaten Massachusetts und Rhode Island gelang es den Spitzen der Arbeitnehmerverbände nicht, die Basis für Mondale zu erwärmen. Das kann ein böses Omen für die am Samstag stattfindende Präferenz-Wahl in Michigan sein.

Für die noch ausstehenden Kämpfe in Illinois, New York (3. April) und Pennsylvania (10. April), die als entscheidend für die Nominierung als Präsidentschafts-Kandidat gelten, kann man nach diesem Dienstag noch keine endgültige Prognose wagen.

Geldbußen keine Werbungskosten

Alleinerziehende sollen einen erhöhten Steuerfreibetrag erhalten

HEINZ HECK, Bonn

Geldbußen und Geldstrafen dürfen wie bisher als Betriebsausgaben oder Werbungskosten nicht abgezogen werden. Dieses Abzugsverbot soll, wie das Bundeskabinett gestern auf Vorschlag von Finanzminister Stoltenberg in einem Gesetzentwurf ferner beschlossen hat, rückwirkend für alle noch offenen Fälle gelten.

Zugleich räumte Stoltenberg in einer Pressekonferenz nach der Kabinettssitzung ein, daß die im Referentenentwurf seines Hauses vorgeschlagene steuerliche Behandlung Alleinerziehender voraussichtlich so nicht Gesetz werden wird. Das Verfassungsgericht hatte mit einer Entscheidung vom November 1982 eine Frist für eine Neuregelung bis zum 1. Januar 1985 gesetzt. Nach dem Entwurf Stoltenbergs sollen Alleinerziehende für die Betreuung von Kindern bis zum 16. Lebensjahr einen um 1200 Mark erhöhten Steuerfreibetrag erhalten. Auf der anderen Seite können Spitzenverdiener bis zu maximal 22 000 Mark Betreuungsaufwendungen geltend machen.

Ausführlich erläuterte Stoltenberg zuvor den gestern verabschiedeten Gesetzentwurf zur Frage der Abzugsfähigkeit von Geldbußen und Geldstrafen. Er rechnet mit einer Verabschiedung durch das Parlament noch vor der Sommerpause. Bei der Novelle handele es sich um eine „Klarstellung durch Gesetz". Anlaß für das schnelle gesetzgeberische Handeln waren zwei am 20. Februar bekanntgegebene Entscheidungen des Bundesfinanzhofs (BFH) vom 21. November 1983, in denen – abweichend von der bisherigen ständigen Rechtsprechung – Geldbußen als steuerlich absetzbare Betriebsausgaben anerkannt worden waren. Obwohl der BFH über Geldstrafen nicht entschieden hat, soll aus Gründen der Rechtssicherheit durch den Gesetzentwurf zugleich klargestellt werden, daß Geldstrafen keine Betriebsausgaben oder Werbungskosten sein können. Nach Meinung der Bundesregierung könne es nicht hingenommen werden, daß die Wirkung von Geldbußen (oder -strafen) durch steuerliche Absetzbarkeit gemildert werde. Das Abzugsverbot gilt nicht für betrieblich oder beruflich veranlaßte Gerichts- oder Anwaltskosten.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Hamburger Gnadenrecht

Von Uwe Bahnsen

Shakespeare lehrt uns: Die Art der Gnade weiß von keinem Zwang; sie träufelt wie des Himmels milder Regen. Die Rechtswissenschaft lehrt uns, daß das Gnadenrecht der Exekutive die Möglichkeit geben soll, Gerechtigkeit zu üben, wo die Justiz dazu wegen ihrer Bindung an das Gesetz nicht in der Lage ist. Freilich müssen Regierungen mit dieser Ermächtigung behutsam umgehen, wenn sie nicht ins Zwielicht geraten wollen, zumal da Gnadenerweise nicht begründet werden und somit auch nicht nachprüfbar sind. An dem Fall des Hamburger Gewerkschaftssekretärs Hermann Gaßmann, den der Senat der Hansestadt soeben begnadigt hat, wird exemplarisch deutlich, wie schnell eine Landesregierung in den Verdacht geraten kann, sie mißbrauche das Gnadenrecht aus durchsichtigen politischen Gründen und/oder aus Kumpanei.

Gaßmanns Verurteilung wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit ist höchstrichterlich bestätigt worden. Schon vor Erhebung der Anklage aber war eine lautstarke Lobby von Gewerkschaftsfunktionären, linken Sozialdemokraten, natürlich Kommunisten und GAL-Abgeordneten systematisch bestrebt, aus Gaßmann einen politischen Märtyrer zu machen – nicht ohne Erfolg, wie sich jetzt zeigt. Die hanseatische Gnadenkommission unter Vorsitz von Justizsenatorin Eva Leithäuser hat es offenbar nicht gestört, daß die extrem frühe Begnadigung Gaßmanns nach Verbüßung nur eines Strafdrittels – zwei Drittel sind üblich – den peinlichen Eindruck erzeugen muß, der Senat habe sich politischem Druck gebeugt.

Auch mit dem Vorwurf, ein rechtskräftiges Urteil unterlaufen und sowohl das Hanseatische Oberlandesgericht als auch den Bundesgerichtshof desavouiert zu haben, mußte dieses Gremium rechnen – ganz abgesehen von dem Kopfschütteln der Sicherheitsbehörden. Hier tritt Genossenfilz auf einem höchst sensiblen Feld zutage. Die eiertänzerische Behutsamkeit, mit der die Hamburger SPD diesen Fall bislang behandelt hat, läßt den Schluß zu, daß die hanseatische Regierungspartei Verrat für ein Kavaliersdelikt hält.

Khaddams Unvollendete

Von Jürgen Liminski

Zeitweise schien es, als entglitte dem syrischen Dirigenten in Lausanne, dem frischgebackenen Vizepräsidenten Khaddam, der Taktstock. Das drusische Blech hatte unvermittelt Posaunentöne von sich gegeben. Aber das war nur eine Art Kontrapunkt zur ersten Geige, dem libanesischen Präsidenten Amin Gemayel. Dieser sollte noch leiser streichen. Das Zwischenspiel offenbarte erneut: In Lausanne wird eine syrische Posse mit libanesischen Marionetten vorgeführt.

Dazu gehört auch der neue Waffenstillstand. Seine Haltbarkeit steht unter einem syrischen Stern. Diese Garantie hat auf der Rückseite viel Kleingedrucktes, das der Öffentlichkeit vorenthalten wird. Zum Beispiel: In Lausanne sind nur prosyrische Parteien zugegen, oder solche, die der syrischen Besatzung militärisch nichts entgegenzusetzen haben. Der libanesische Widerstand, organisiert in den christlichen Milizen der „Forces Libanaises", ist in Lausanne nicht vertreten.

Pierre Gemayel und Camille Chamoun sprechen nur für ihre ohnehin zerstrittenen politischen Parteien. Die „Forces Libanaises", bislang militärischer Arm der christlichen Parteien, halten Versöhnungsgespräche unter syrischem Diktat für sinnlos. Sie haben sich für die israelische Option ausgesprochen und wurden erst gar nicht nach Lausanne eingeladen.

Khaddams Orchester in Lausanne ist somit ein Solistentreffen. Seine melodramatischen Beschlüsse sind belanglos. Drusen und Syrer werden weiterhin die „Forces Libanaises" angreifen und die christlichen Wohngebiete mit Artilleriefeuer belegen, denn mit diesen Milizen ist kein Waffenstillstand vereinbart worden. Und sie werden Amin Gemayel mit der Beschuldigung unter Druck setzen, daß er die Milizen, die sich natürlich weiterhin verteidigen, nicht zur Waffenruhe gebracht habe. So soll der Keil im christlichen Lager tiefer eingeschlagen und der Widerstand gebrochen werden.

Daß mit der Abwesenheit der „Forces Libanaises" auch die israelische Option in Lausanne ausgeklammert wurde, erleichtert es den Syrern, sich der westlichen Presse als Friedensstifter darzustellen und den Israelis die Schuld am nächsten Waffenstillstandsbruch zuzuschieben. Dieser kommt bestimmt. Das Leiden der Libanesen ist auch nach Lausanne noch lange nicht am Ende.

Gewußt, wann

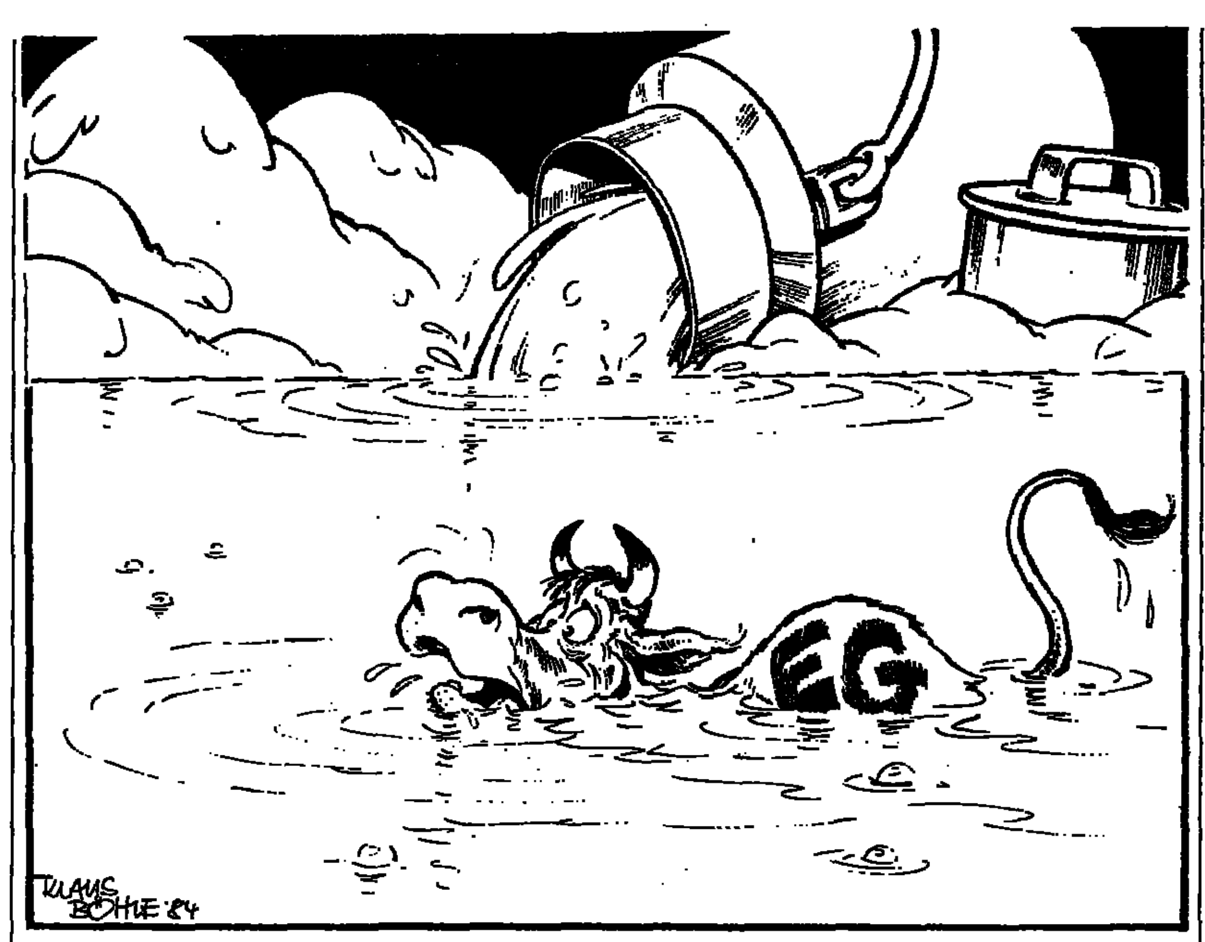
Von Enno v. Loewenstern

Man kann sich an der Pikanterie des Falles delektieren. Schließlich ist es ja nicht zuletzt die Hamburger Wochenpublizistik, der wir jenes Gesetz zu verdanken haben, wonach die Veröffentlichung gerichtlicher Akten vor der Hauptverhandlung unter Strafe steht. Sie belehrte uns, daß Vorverurteilungen allemal verwerflich seien, und erzog eine ganze Nation dazu, von mutmaßlichen Terroristen auch in Fällen zu sprechen, wo nicht etwa nur Geständnisse, sondern Bekenntnisse vorlagen.

Es ist dieselbe Wochenpublizistik, die nun in eigener Sache dagegen zu Felde zieht, daß Vorverurteilungen bestraft werden. Aber natürlich liegt darin kein Widerspruch. Denn wenn es nicht um Terroristen und andere Weltverbesserer geht, sondern um mutmaßlich dem Sozialismus abgeneigte und abträgliche Politiker, dann ist eine Vorverurteilung nicht nur zulässig, sondern geboten.

Da ist es wohlgetan, Aktenstücke zu publizieren, vorausgesetzt, sie sind sorgsam ausgewählt, um uns die Schuld desjenigen einzuhämmern, der auch noch uneinsichtig genug ist, auf seiner rechtlich vorgegebenen Unschuldsvermutung zu bestehen. Und das Gesetz richtet sich mutmaßlich gegen die Meinungs-, Informations- und sonstige Freiheit, wenn es auch fortschrittliche Vorverurteilungen unter Strafe stellt.

Der Hamburger Richter, der das peinliche Thema erst einmal nach Karlsruhe abschob (siehe Seite 4), handelte mutmaßlich taktisch klug, wenn man das rechts- und sonstige politische Ambiente der Hansestadt in Betracht zieht. Wenn die Leute, die mit Graf Lambsdorff eine ganze Regierung kippen wollten und zu diesem Zweck eine völlig unbegründete Anklage agitatorisch unterfütterten, damit auch noch davonkämen, wäre das allerdings ein weiteres faszinierendes Beispiel dafür, daß liberale Rechtsstaatlichkeit in diesem Land nur zu oft Glückssache ist. Aber niemand möge uns erzählen, daß jene Contempt-of-court-Bestimmungen zum Schutze der Angeklagten und damit der Menschenwürde, wie zivilisierte Staaten sie seit langer Zeit anwenden, ausgerechnet mit der deutschen Verfassung nicht vereinbar seien.



„Hilfe – ich ertrinke!" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Kandidat nach Steckbrief

Von Thomas Kielinger

Alle vier Jahre gehen die USA durch ein Spektakel, das mit der Metapher „politischer Schönheitswettbewerb" umschrieben wird. Schönheit – nun ja, sagen wir: Ausstrahlung. Aber Wettbewerb ganz gewiß, und ganz brutal. Diese Präsidentschafts-Vorwahlen – „primaries", „caucuses" – sind einmalig in der Welt. Sind sie gut, sind sie schlecht, ist der europäische Hochmut über diesen angeblich unrepräsentativen Rummel gerechtfertigt?

Vor allem beklagen Kritiker, daß Durchbrüche in der amerikanischen politischen Szene sich planen ließen, falls Clausewitz in die Madison Avenue, die Straße der Werbeagenturen, einzöge. Und in der Tat, gerade dieser Vorwahlkampf des Jahres 1984 hat seinen Clausewitz gefunden, den jungen Patrick Caddell, der Public Relations in Harvard lernte, sich seit 1972 als Demoskop bei prominenten Kandidaten verdingt, Jimmy Carter mit zwei berühmt gewordenen Memoranda beriet und vor zwei Jahren die Suche nach dem Sieger des demokratischen Vorwahlkampfes 1984 antrat.

Caddells Rezept: Er muß um die vierzig sein, etwa zehn Jahre Erfahrung im Capitol haben, sich nicht links oder rechts festlegen lassen, die Generationenwachablösung betonen, die in dieser Partei übliche Interessenhörigkeit ablegen, sich der High-tech-Thematik verschreiben, auf Wachstum setzen und vor allem dies betonen, immer wieder: „neue Ideen", „neue Führung".

Eine Art Steckbrief also, gemünzt auf einen Täter, den es noch gar nicht gab. Nicht etwa vergleichbar den Phantombildern, die Polizei-Zeichner von Unbekannten nach Zeugenbeschreibungen anfertigen; eher ein Spiel ähnlich dem jener Retuscheure, die sich als Illustriertengag „die schönste Frau der Welt" zusammenschnipseln: die Augen von Natalie Wood, den Mund von Marilyn Monroe usw. Nur: hier wurde aus dem Spiel Ernst. Noch ehe die Kandidaten für den Vorwahlkampf feststanden, ging dieser Mann in Washington auf die Suche. Drei, vier Senatoren und Abgeordnete, die dem Modell am nächsten kamen, lehnten ab. Verzweifelt machte Caddell am 31. Dezember 1983 bei Gary Hart halt, dem letzten, der sich noch so einigermaßen in die Verpackung verwandeln ließ. Hart schlug ein. Und nun liegt das fleischgewordene Phantom tatsächlich vorn.

Auch die zwei Siege, die Walter Mondale am Dienstag in den Südstaaten Georgia und Alabama erzielen konnte, nehmen Hart nichts von seinem phönixhaften Anstieg. Hier ist ein Produkt auf dem Markt, nach dem die Leute greifen, weil es Appeal hat. Die demokratische Partei, lange darniedergelegen, ausgeblutet an Ideen, wird aus dem Computerbild der Marktfahndung wieder zusammengesetzt als verbrauchergerechte Größe. Die Atari-Demokraten pochen an die Tür. Sie werden tatsächlich so genannt nach der Computerspiel-Firma und deren seelenlosen Phantom-Figuren, auch von Anhängern, die den Begriff für futuristisch und wohlwollend halten. Ausgerechnet Kreise, die sonst Werbung für Betrug und Packungen allemal für Mogelpackungen halten, fördern Hart – auch im sich so klug gebenden Europa. Vielleicht ist es wirklich nur die Abneigung gegen den „konservativen" Reagan. Vielleicht ist es eine Selbstentlarvung.

Freilich traf Caddells Suchbild einen Kandidaten, der selber die empfohlenen Aussagen, wenn auch noch nicht marktgerecht, auf seine Fahnen geschrieben hatte. Zudem entspricht das Bild natürlich gewissen Bedürfnissen der angesprochenen Kundschaft, sonst ginge es ja am Markt vorbei. Die Generation der nach dem Zweiten Weltkrieg Geborenen scheint geprägt von den ernüchternden Berg- und Talfahrten der sechziger und siebziger Jahre, ziemlich frei von traditionellen Loyalitäten, einer voraussetzungslosen Rationalität geneigt und bereit, in Gary Hart den reinsten Ton ihrer eigenen Stimme zu hören. Die Signale, auf die der Phänotyp Hart antwortet, kommen aus dem gegebenen Milieu.



Gesten nach dem Kennedy-Modell: Hart FOTO: AP

Er tut das mit Slogans, die klingen, als habe die Verpackung keinen Inhalt. Ausgerechnet Harts Gegner Mondale – selber eher ein Produkt der Humphrey'schen Parolenfabrik – hält ihm vor, es komme nicht darauf an, ob Ideen neu seien, sondern ob sie gut sind. Hart, gänzlich unbekümmert, unterstreicht den Verpackungseffekt, indem er den gesamten Gestenkatalog John F. Kennedys durchspielt: das Glattstreichen der Krawatte, die in der Jackentasche vergrabene Hand, der ausgestreckte Zeigefinger, das Zurückwischen der Stirnlocke. Die „neuen Ideen" und die „neue Führung" imitieren alte Erfolgsrezepte.

Wird aus solchem Stoff ein neuer Präsident der USA? Die Antwort muß die neue Generation geben, die angeblich dem neuen Kandidaten so maßgeschneidert anliegt. Kein Zweifel, daß eine vielfach fragmentierte Gesellschaft mit Hilfe dieses Vorwahl-Prozesses immer wieder so etwas wie ein Selbstporträt versucht. Die Umrisse bleiben allerdings nie lange deutlich erkennbar, schon weil viel zu wenige Amerikaner aktiv an diesen Vorwahl-Veranstaltungen teilnehmen. Bedeutsam sind sie nur als Orientierungsmarken für ein Land, das noch immer in großer Veränderungsbewegung dahineilt und nach „Neuem" sucht. Neues muß nicht ipso facto hohl sein. Vor vier Jahren verkörperte Präsident Reagan das Neue, mit einer tatsächlichen politischen Wende. Bis jetzt hat selten ein leerer, aber wohlgeschminkter Kopf einen bedeutenden Kopf im amerikanischen Wahlkampf besiegt. Wenn Hart gegen den Mann gewinnen will, der Amerika einen neuen Weg wies, wird er noch einiges an Substanz nachweisen müssen.

IM GESPRÄCH Alvarez Martinez

Wem Gott viel gibt

Von Günter Friedländer



Dem Feind nicht helfen: General Alvarez Martinez FOTO: DPA

General Gustavo Alvarez Martinez, der seit zwei Jahren die honduranischen Streitkräfte kommandiert, spricht von seinen Zukunftsplänen wie ein Amerikaner der alten Schule: „Wenn ich das Heer verlasse, werde ich mich der Wohltätigkeit widmen, denn ich glaube, daß Gott sehr gut zu mir war. Ich habe genug für die Erziehung meiner Kinder und zum Leben. Wenn Gott mir viel gegeben hat, habe ich die Pflicht, ebenfalls zu geben." Und von seinem Kampf gegen den Kommunismus sagte er ausländischen Journalisten bei einer Pressekonferenz: „Ich glaube, wir gewinnen die Schlacht. Und das verdankt man Präsident Reagan. Hoffentlich bleibt die Politik der Vereinigten Staaten dabei, den Kommunismus aus diesem Raum zu entfernen."

Wie viele Generäle Lateinamerikas wird Alvarez Martinez von den Freunden der mittelamerikanischen Revolution verdächtigt, die Hand nach der Präsidentschaft seines Landes auszustrecken. Seine Antwort: „Ich habe das schon oft verneint. Gewiß, ich stehe auf dem Höhepunkt meiner militärischen Laufbahn, und das Heer hat mir nichts mehr zu bieten. Aber ein Politiker bin ich nie gewesen. Dazu habe ich einen zu aufrichtigen Charakter."

Er handelte mit den USA das Abkommen über die gemeinsamen Manöver Ahuaras Tara (Pino Alto) II aus. Deshalb halten viele ihn für den Mann, der über die Köpfe von Präsident, Parlament und Gerichtsbarkeit hinweg in Wahrheit Honduras regiert. Er leugnet, daß Unzufriedene in Honduras den Einfluß des Heeres fürchten: „Nur die Kommunisten sind gegen uns."

Man wirft ihm Verletzung der Menschenrechte vor, weil er salvadorianische Flüchtlinge nicht im Grenzgebiet dulden will. Sein Grund: Salvadorianische Guerrilleros haben sich als Flüchtlinge getarnt und mit Lebensmitteln versorgt. Es sei souveränes Recht des Staates, darüber zu entscheiden, wo Flüchtlinge angesiedelt werden. Inzwischen hat die Umsiedlung der Salvadorianer begonnen, um das Grenzgebiet sicherer zu machen.

Ein anderer Stein des Anstoßes ist, daß der General sich mit der Errichtung nordamerikanischer Stützpunkte in Puerto Castillo und Aguacate einverstanden erklärt hat. Die Entscheidung hierüber liege aber bei den Politikern und nicht beim Heer, heißt es. Manche fragen ihn, warum Honduras nicht den Sandinistas gegen die Contras helfen will, wie es El Salvadors Regierung gegen die Rebellen hilft. „Wir haben ihnen gesagt", antwortet er, „daß wir nicht einem Feind den Rücken decken können, der die Subversion auf unserem Boden unterstützt."

Ob der Ehrgeiz ihn nach neuen Würden Ausschau halten läßt oder nicht: Er ist ein Mann von Prinzipien, dessen Einfluß sich in Honduras fühlbar macht.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

Äußerungen zur deutsch-deutschen Politik werden hier kommentiert:

Da behauptet doch ein leibhaftiger stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender und Volljurist namens Jürgen Schmude allen Ernstes, es sei albern, der „DDR" Menschenrechtsverletzungen vorzuwerfen. Und haltlos sei es, der Volkskammer vorzuhalten, daß sie nicht frei und demokratisch gewählt sei. Schließlich, so folgert dieser famose Herr Schmude, gehörten der Volkskammer ja alle führenden „DDR"-Funktionäre an. Und so weiter und so weiter. Natürlich weiß das hierzulande jedes Kind. Aber auch alle führenden Nazis gehörten der Nazipartei an. Kann man Herrn Schmude überhaupt noch ernst nehmen, wenn er außerdem meint, die zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter zur Registrierung der Verbrechen an der Zonengrenze sei entbehrlich und entspreche nicht dem Sinn des Grundlagenvertrages. Auf welchem Mond hat Herr Schmude eigentlich bisher gelebt? Entsprechen SM-70-Automaten und Schießbefehl vielleicht dem Grundlagenvertrag?

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Zu Apels Auftritt in Berlin heißt es hier:

Der mutmaßliche SPD-Spitzenkandidat für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus trat an der Spree auf wie jemand, der sich vorgenommen hat, den Laden mal wieder richtig in Schwung zu bringen. Vorbei scheint es mit der Leutseligkeit eines Harry Ristock oder der blassen Ordentlichkeit eines Hans Jochen Vogel. „Parteisoldat" Apel stellte schon beim Antrittsbesuch klar: Alles hört auf mein Kommando. Da werden viele Ohren klingeln. Entweder gemeinsam oder gar nicht – das geht an die Linken in der Partei, die glauben, sie könnten dem „rechten" Apel Scharmützel liefern.

Schwarzwälder Bote

Zur Vorruhestandsregelung heißt es im Oberndorfer Blatt:

Mit der Vorruhestandsregelung ist eine andere, umfassendere Solidarität mit den Arbeitslosen gefordert als bei der Einschränkung der wöchentlichen Regelarbeitszeit auf 35 Stunden, die kostenmäßig voll zu Lasten der Unternehmen und beschäftigungspolitisch zu Ungunsten der Arbeitnehmer wirken würde. Die neue Solidarität der 58er-Regelung nimmt Arbeitgeber, Staat und auch jene Arbeitnehmer finanziell in die Pflicht, die freiwillig ihre Plätze in Betrieben vor dem eigentlichen Ruhestand freimachen, damit Arbeitslose sie einnehmen können.

LE FIGARO

Die Pariser Zeitung lobt die Selbstbeschränkung bei der Milchproduktion der EG:

Die Einigung über die Milch befreit den für Montag vorgesehenen Europäischen Rat von einem schweren Handikap. Frankreich, das diesem Rat vorsitzt, kann damit auf eine globale Lösung hoffen, vor allem bei der britischen Frage (wir werden zahlen müssen) und bei der Anhebung der Einnahmen der Gemeinschaft (wir werden noch mehr zahlen müssen) ... Dagegen könnte die Milch-Einigung das Signal für eine gefährliche Explosion bei den Bauern in Frankreich geben.

GAST-KOMMENTAR / Honeckers Besuch hat seine Fußangeln

Eine Anerkennung der „DDR" darf auch nicht konkludent zustandekommen / Von Jens Hacker

Die Bundesregierung war gut beraten, daß sie noch vor dem Bericht zur Lage der Nation, den Bundeskanzler Kohl heute vor dem Bundestag erstattet, allen Spekulationen über einen möglichen Besuch Honeckers in Bonn ein Ende bereitete. Der Besuch soll im Herbst andernorts – möglicherweise im Saarland und in Trier – stattfinden. Die geplante Visite des SED-Chefs in dessen Eigenschaft als Vorsitzender des „DDR"-Staatsrats wirft rechtliche und politische Fragen auf, die in der bisherigen Diskussion viel zu wenig beachtet worden sind. Hier geht es nicht nur um Protokoll-, sondern auch und gerade um Statusfragen, die sich nicht als juristischer „Formelkram" abtun lassen.

Ebenso wie für ihre Vorgängerinnen steht auch für diese Bundesregierung eine völkerrechtliche Anerkennung der „DDR" außerhalb der Diskussion. Als die SPD/FDP-Bundesregierung 1972 das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zur „DDR" vertraglich regelte, legte sie großen Wert auf die Feststellung, eine völkerrechtliche Anerkennung der „DDR" komme für sie nicht in Betracht. Daher haben sich beide Seiten im Grundvertrag darauf geeinigt, nicht – wie es die „DDR" gerne gesehen hätte – Botschafter, sondern Ständige Vertretungen am Sitz der jeweiligen Regierung auszutauschen. Hieraus resultiert auch die Besonderheit des Ratifikationsverfahrens, in das der Bundespräsident bewußt nicht einbezogen worden ist.

Da die Bundestagsfraktionen CDU/CSU, FDP und SPD in ihrer gemeinsamen Entschließung zur Deutschlandpolitik vom 9. Februar 1984 festgestellt haben, die Deutschlandpolitik bleibe u. a. durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 bestimmt, sollten sie auch die zentrale Aussage des höchsten deutschen Gerichts im Auge behalten, daß der Grundvertrag einen Doppelcharakter habe: „Er ist seiner Art nach ein völkerrechtlicher Vertrag, seinem spezifischen Inhalt nach ein Vertrag, der vor allem Inter-se-Beziehungen regelt. Inter-se-Beziehungen in einem völkerrechtlichen Vertrag zu regeln, kann vor allem dann nötig sein, wenn eine staatsrechtliche Ordnung – wie hier wegen der Desorganisation des Gesamtstaats – fehlt." An anderer Stelle betont das Gericht, die „DDR" gehöre zu Deutschland und könne im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland nicht als Ausland angesehen werden.

Die Bundesregierung sollte sich genau überlegen, ob sie Honecker zu einem offiziellen Staatsbesuch, der ein bestimmtes Protokoll impliziert, oder nur zu einem Arbeitsbesuch einlädt. Als der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt im Dezember 1981 Honecker einlud, machte er selber gerade keinen offiziellen Besuch, sondern einen „Arbeitsbesuch" in der „DDR". Daher wäre es durchaus statthaft, den Gegenbesuch Honeckers auf der gleichen protokollarischen Ebene anzusiedeln – die übrigens auch ein militärisches Zeremoniell ausschlösse.

Die „DDR" ist seit langem bestrebt, die innerdeutschen Sonderbeziehungen auf die völkerrechtliche Ebene zu transponieren. Sie fordert beispielsweise die Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften, zuletzt gegenüber den Vertretern der SPD-Bundestagsfraktion, die in der Volkskammer Gespräche führten.

Ob der offizielle Besuch des Staatschefs eines völkerrechtlich nicht anerkannten Staates als stillschweigende Anerkennung (durch konkludentes Handeln) ausgelegt werden kann, ist in der Völkerrechtslehre umstritten. Überwiegend wird im westlichen Schrifttum die Ansicht vertreten, daß sich aus offiziellen Kontakten mit einem nicht anerkannten Staat nicht ein zwingender Schluß auf den Willen zur Anerkennung ergeben müsse. Im Zweifelsfall muß ein ausdrücklicher Vorbehalt gemacht werden, wenn man den Anschein einer völkerrechtlichen Anerkennung vermeiden will.

Während sich die Völkerrechtslehre der „DDR" mit dieser Problematik bis Anfang der achtziger Jahre selten dezidiert befaßt hat, wird in dem 1983 erschienenen, von einem Autoren-Kollektiv verfaßten „Grundriß Völkerrecht" ein Staatsbesuch uneingeschränkt als stillschweigende Anerkennung gewertet. Auf jeden Fall ist die Bundesregierung bei einem offiziellen Staatsbesuch Honeckers gehalten, einen unmißverständlichen Vorbehalt geltend zu machen, daß daraus nicht auf einen Anerkennungswillen geschlossen werden könne und sie nicht beabsichtige, die innerdeutschen Sonderbeziehungen auf die völkerrechtliche Ebene zu heben.

Bei seinem Besuch wird Honecker den Bundeskanzler zu einem Gegenbesuch in die „DDR" einladen. Da der SED-Chef nicht nach Bonn kommen wird, weiß er, daß Bundeskanzler Kohl bei einer Visite in der „DDR" Ost-Berlin aussparen will. Die Bundesregierung ist – ebenso wie die drei westlichen Alliierten – nicht bereit, den Anspruch der „DDR" hinzunehmen, Ost-Berlin sei die Hauptstadt der „DDR" und unterliege nicht mehr dem Vier-Mächte-Status. Der Bundeskanzler sollte jedoch dem Beispiel seines Vorgängers folgen und sich nur zu einem Arbeits-, nicht aber zu einem offiziellen Besuch bereit erklären.

Professor Dr. Jens Hacker lehrt Politikwissenschaft und Völkerrecht an der Universität Regensburg

Karl Carstens – der Präsident, den das ganze Deutschland bewegt

Von MANFRED SCHELL

Während seines letzten Staatsbesuchs, der ihn nach Thailand und Indonesien führte, erreichte Bundespräsident Karl Carstens eine Würdigung aus der Heimat, die auch für ein international geachtetes und ausgezeichnetes Staatsoberhaupt noch Bedeutung hat. Johannes Rau, der stellvertretende SPD-Vorsitzende und nordrhein-westfälische Ministerpräsident, sagte in einem Zeitungsinterview bemerkenswerte Sätze. „Den jetzigen Bundespräsidenten habe ich nicht mitgewählt. Aber mir liegt daran, zu sagen, daß ich von seiner Amtsführung beeindruckt bin, von seiner Fairneß gegenüber den politischen Parteien, von seinem Bemühen um Objektivität. Ich denke, daß es gut ist, wenn auch einmal ein Sozialdemokrat ausspricht, daß Karl Carstens sein Amt auf eine Weise wahrgenommen hat, die mich hätte wünschen lassen, daß er ein zweites Mal zur Verfügung gestanden hätte."

Rau ist gewiß nicht der einzige Sozialdemokrat, der sein Bild von Karl Carstens korrigiert hat, der vom Skeptiker zum Bewunderer geworden ist. Aber immerhin: Die Art und Weise, wie Rau dies getan hat, war nobel.

Zu einer zweiten Amtszeit kommt es nicht. Karl Carstens, der fünfte Präsident der Bundesrepublik Deutschland, wird am 30. Juni aus seinem Amt ausscheiden. Viele, die ihn in Briefen und in persönlichen Gesprächen zu einer zweiten Amtsperiode ermuntern wollten, haben seinen Verzicht zunächst nicht verstanden, zumal Carstens in guter geistiger und körperlicher Verfassung ist. Fünf Jahre, so hat der jetzt 69jährige gesagt, sind eine lange Zeit. „Zwischen dem 70. und 75. Lebensjahr zählen die Jahre doppelt."

Die Lebenserfahrung hat Carstens zum Verzicht geraten, sicherlich auch die Erfahrungen, die seine Amtsvorgänger Heuss und Lübke machen mußten. Dies will er „dem Amt und sich nicht antun". Die letzten Monate werden ausgefüllt sein. Die Ehrungen häufen sich. Carstens wird Ehrenbürger von Berlin und Bonn, auch „seiner" Universität Köln, an der er als Staatsrechtler gelehrt hat und zu der die Verbindungen nie abgerissen sind. Die Stresemann-Medaille in Gold ist ihm verliehen worden, die Übergabe wird zeitlich abgesetzt 1985 erfolgen. Am meisten gefreut hat Carstens die Auszeichnung mit dem diesjährigen internationalen Karlspreis der Stadt Aachen, die ihm am 31. Mai überreicht wird. Mit ihr wird der „Europäer" Carstens gewürdigt. Die ARD plant, von Berlin aus, eine große Unterhaltungssendung zu seinen Ehren, von Hans Rosenthal moderiert.

Über 20 Reden wird Carstens noch als Bundespräsident zu halten haben; er will sie hauptsächlich den Anliegen der Deutschen widmen. In welchem Rahmen er sich von der Bundeswehr verabschieden wird, der er in schwierigen Zeiten Unterstützung gegeben hat, ist noch nicht festgelegt.

Wichtiger als die Frage, wie sich nach dem Abschied am 30. Juni sein Leben gestaltet, ist für den Bundespräsidenten, was von den zurückliegenden fünf Jahren bleiben wird. Carstens ist, für manche unerwartet, viel Sympathie zugeflossen. Er hat bei seinen populären Wanderungen gemeinsam mit seiner Frau Veronica diese Sympathie auch spontan verspürt.

In einer Zeit, in der fast alles, was irgendwie mit Politik zu tun hat, mit Fragezeichen versehen wird, ist es schon ein Wert an sich, wenn sich die große Mehrheit der Bürger mit ihrem Bundespräsidenten identifiziert. Aus diesem Zuspruch erwächst schließlich auch das Gewicht, das ein Bundespräsident mit Ratschlägen, mit Kritik, mit grundsätzlichen Aussagen schlechthin und auch in mancherlei diskreter Weise in das politische Geschehen einbringen kann.



Zu Fuß durch deutsche Lande: Veronica und Karl Carstens FOTO: DPA

Ein nicht einfacher, politischer Präsident

Karl Carstens ist ein politischer Präsident, wobei es ihm die Zeitläufte und die Tagespolitiker in Bonn nicht immer leicht gemacht haben. Eines seiner schlimmsten Erlebnisse war für ihn, als er zur Gelöbnisfeier von Bundeswehrsoldaten mit dem Hubschrauber in das umlagerte Stadion seiner Heimatstadt Bremen eingeflogen werden mußte. Über 300 Polizeibeamte waren damals bei Gewalttätigkeiten verletzt worden. Aber für Carstens überwiegt, was er in diesen Jahren, vor allem auch von jungen Menschen, an persönlichem Engagement und Hilfsbereitschaft erlebt hat.

Sehr schnell nach seinem Amtsantritt hatte er sich diesen „Normalbürgern" zugewandt. Er hat dabei den Zugang über Behinderte und Schwerkranke gesucht. Ihnen wollte er „Mut machen" und auch Dank sagen dafür, daß sie auf ihre Weise den Mitbürgern zeigen, wie ein schweres Schicksal gemeistert werden kann. Zu diesen „Normalbürgern" gehörten auch die vielen hunderttausend jungen Menschen, die sich vielfältig und uneigennützig in Vereinen und Hilfsorganisationen betätigen.

Carstens hat wieder vom Stellenwert der Familie, geradezu selbstverständlich von Tugenden wie Fleiß, Pünktlichkeit und Leistungsbereitschaft gesprochen. In konkreten Anliegen, die ihm wichtig erschienen, hat er auch Position gegen die Bundesregierung bezogen. Zum Beispiel in der Frage der Lehrstellen. Hier hat er sich auf den Standpunkt gestellt, wenn der Staat Abiturienten Studienplätze zur Verfügung stellt, dann müsse er auch – wenn das Engagement der Wirtschaft nicht ausreicht – für ausreichend solide Ausbildungsplätze sorgen. „Es darf nicht mit zwei Maßstäben gemessen werden."

An 60 Tagen ist Karl Carstens gewandert. Zum letzten Mal als Staatsoberhaupt wird er es am 5. Mai und am 3. Juni im Spessart und im Oberfränkischen tun. Er hat dabei ein Bild von der „schönen" Bundesrepublik Deutschland gewonnen, das anderen verschlossen bleibt. Er hat, was den Umweltschutz betrifft, dabei viel Gutes, aber auch Alarmzeichen gesehen. Aufgrund eigener Beobachtungen und der Schilderung von Fachleuten hat Carstens schon früh auf das Waldsterben aufmerksam gemacht.

Auch in anderen Anliegen hat er Briefe an die Kanzler Helmut Schmidt und Helmut Kohl oder direkt an Fachminister geschrieben. Mit beiden Kanzlern ist der Bundespräsident gut ausgekommen. Im ersten Jahr hat es zwischen ihm, dem Christdemokraten, und Schmidt, dem Sozialdemokraten, ein eher formalistisches, vom Respekt vor dem höchsten Staatsamt geprägtes Verhältnis gegeben. Später wurde es fast freundschaftlich.

Schmidt kam häufig zu Carstens, meist hatte er den jeweiligen Chef des Kanzleramtes dabei. Der Bundespräsident war von seinem Staatssekretär Hans Neusel begleitet. Es ist selten in der Bonner Landschaft, daß ein Bundespräsident so harmonisch mit seinem Staatssekretär zusammenarbeitet, wie es bei Carstens und Neusel der Fall ist. Es kam später schon vor, daß Kanzler Schmidt bei einem „krummen" Geburtstag unangemeldet in der Villa Hammerschmidt stand. Er wolle „eben mal gratulieren". Carstens hat seine Wertschätzung durch einen Gratulationsbesuch beim „Pensionär" Helmut Schmidt anläßlich dessen 65. Geburtstag in Hamburg-Bergedorf zum Ausdruck gebracht.

Das Verhältnis zu Helmut Kohl ist naturgemäß unbefangener, offener von Anbeginn gewesen. Beide kennen sich aus langjähriger politischer Zusammenarbeit. Da werden Probleme direkter angesprochen. Kohl sagt man nach, sein Respekt vor Institutionen sei nicht so ausgeprägt wie der seines Amtsvorgängers. Eine große Respektlosigkeit jedenfalls war es, als sich Kohl, Strauß und Genscher auf Neuwahlen am 6. März einigten, obwohl die Festsetzung des Wahltermins dem Staatsoberhaupt vorbehalten ist.

Zu den wohl politisch schwierigsten Entscheidungen von Carstens gehörte die Auflösung des 9. Deutschen Bundestages. Carstens hat es gegen viele Ratschläge getan. In 1500 Briefen war ihm abgeraten worden, auch Staatsrechtler hatten in diesem Sinne an ihn appelliert. Aber er hat sich auf sein eigenes Rchtsverständnis gestützt, die Erklärungen der Parteien und Fraktionen, die Abstimmungen im Parlament in seine Entscheidung einbezogen. Sie hatte dann auch vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe Bestand. Carstens hätte das Parlament nicht aufgelöst, wenn sich CDU/CSU und FDP davon einen Vorteil hätten ausrechnen können. Es gab niemanden, auch nicht in der SPD, der diese Haltung bezweifelte.

Entscheidungen erst nach genauer Prüfung

Von vielen wurde es auch unangenehm empfunden, daß der Bundespräsident mit der Affäre Kießling/Wörner befaßt werden mußte. Carstens ist noch heute der Meinung, daß Wörner aus der damaligen Situation heraus so handeln mußte. Der Bundespräsident hatte die Entlassung Kießlings nicht auf Briefe oder Vorträge hin veranlaßt, sondern er hatte Wörner zur Berichterstattung gebeten. Dies hat er in seiner Amtszeit in zehn anderen Fällen auch getan. Er wollte Hintergründe wissen, die zur Entlassung rechtfertigten.

Am 30. Juni scheidet Karl Carstens, der 5. Präsident der Bundesrepublik Deutschland, aus dem Amt FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

Das Grundgesetz mit den unpräzisen Bestimmungen über die Vollmachten des Bundespräsidenten hat Carstens, aus eigenem juristischen Urteil heraus, auf seine Weise interpretiert. Er hat das Prüfungsrecht über Gesetze, die von Bundestag und Bundesrat verabschiedet worden sind, zurückhaltend ausgelegt. Carstens ist der Meinung, daß vor allem eine materielle Prüfung Angelegenheit des Bundesverfassungsgerichts ist. Das Staatshaftungsgesetz hat er passieren lassen, aber gleichzeitig in Briefen an Bundestag und Bundesrat Bedenken angemeldet. Das Verfassungsgericht hat dann dieses Gesetz später aufgehoben.

Staatsbesuche – Carstens hat 17 absolviert – hat der Bundespräsident mit der jeweiligen Bunderegierung abgestimmt, aber seine Reden nicht. Die öffentlichen Auftritte sind die stärksten Einwirkungsmöglichkeiten, die ein Bundespräsident hat. In der heftigen Friedensdiskussion des letzten Jahres hat der Protestant Carstens Kritik an Teilen seiner eigenen Kirche geübt. Die Einseitigkeit, mit der hier argumentiert, mit der gegen verantwortliche Politiker und Bundeswehrsoldaten zu Felde gezogen worden ist, hat ihn gestört. In dieser hysterischen Zeit hat er sich bemüht, die Debatte auf die „normale Grundfrage" zurückzuführen, nämlich wie der Frieden unter den heutigen Bedingungen am ehesten gesichert werden kann. Und Carstens ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß dafür Nachrüstung und Verhandlungen in Betracht kommen.

Geschichte und Kultur, das Wissen, „woher man kommt", ist entscheidend dafür, „wohin man geht", hat Carstens einmal gesagt. Die kulturelle Vertiefung ist ihm ein großes Anliegen geblieben. Häufig hat er Dichter, Schriftsteller und Sänger zu sich in die Villa Hammerschmidt eingeladen. Ernst Jünger war zu einem Essen zu Gast, lange bevor er durch die Stadt Frankfurt ausgezeichnet wurde. Carstens reiste nach Darmstadt und Lübeck, um bestimmmte Theateraufführungen zu sehen. Er wollte damit „Zeichen" setzen. Öffentlich hat er die Kultusminister aufgefordert, in den Unterrichtsprogrammen Kultur und Geschichte mehr Raum und Tiefgang zu geben.

Die Geschichte, das „ganze Deutschland" hat Karl Carstens nie in Ruhe gelassen. Es gibt keine Rede von außenpolitischer Relevanz, keine Akkreditierung eines Botschafters, bei der Carstens nicht von der Teilung des deutschen Volkes und dem Ziel der Wiedervereinigung in Freiheit gesprochen hat. Wie kein anderer Bundespräsident vor ihm ist Carstens für die Belange Berlins eingetreten. Er hat sein Engagement für die geteilte Stadtdurch (bisher) 62 Besuche auch öffentlich unter Beweis gestellt.

Eine Reise in die „DDR" scheiterte

Carstens wäre im Luther-Jahr gerne in die „DDR" gefahren. SED-Generalsekretär Honecker hat er erstmals beim Tod von Tito und dann nach dem Ableben von Breschnew in Moskau kennengelernt. Die Begegnung in der sowjetischen Metropole lief in „vernünftigen Formen" ab. Eine Begegnung mit Ulbricht wäre Carstens viel schwerer gefallen. Bei Honecker hatte er den Eindruck, daß dieser zumindest in gewisser Hinsicht als „Deutscher fühlt".

Die Reise in die „DDR", die vorwiegend privaten Charakter haben solllte, war in ihrer Vorbereitung schon ziemlich weit gediehen. Als dann aber bekannt wurde, daß Carstens seine Teilnahme an der staatlichen Luther-Feier im November 1983 in Ost-Berlin absagen würde, schwanden die Aussichten. Seine Absage hatte zur Folge, daß die gekrönten Häupter der protestantischen Staaten ebenfalls absagten. Ost-Berlin war in dieser Situation nicht souverän genug, Carstens dennoch die Teilnahme an kirchlichen Feiern mit „ergänzenden politischen Gesprächen" zu ermöglichen. Seine Frau war mehrfach in der „DDR".

Vielleicht will Karl Carstens später, wenn er aus dem Amt geschieden ist, wieder nach drüben reisen. Der Wunsch, seine Studienstadt Königsberg für westliche Besucher zu öffnen, scheiterte am „Njet" Moskaus.

Von den Personen, die ihm offiziell begegnet sind, hat ihn Papst Johannes Paul II. am stärksten beeindruckt. Mit dem italienischen Präsidenten Pertini hat Carstens persönliche Freundschaft geschlossen. Politiker wie Mitterrand, Reagan und der spanische König hat er schätzen gelernt, aber auch Führer aus der Dritten Welt, zum Beispiel Kenneth Kaunda.

Als erster deutscher Politiker hatte Carstens noch als Bundestagspräsident mit dem damaligen israelischen Premierminister Begin eine Unterredung. Carstens erinnert sich an den „tiefen Ernst", der in dieser Begegnung lag. Sprecher der Knesseth war damals Shamir, der heutige Ministerpräsident. Er war als Außenminister häufiger Gast in der Villa Hammerschmidt; beide Ehepaare pflegen freundschaftliche Beziehungen und lassen gegenseitig Grüße übermitteln. Ab und zu hat Carstens auch einfach zum Telefon gegriffen, um einen ausländischen Staatschef anzurufen, zum Beispiel den von Niger.

Zu Andropow hatte er keine Beziehungen. Schon als sich dessen Tod abzeichnete, hatte Carstens Bundesaußenminister Genscher zu sich gebeten und ihm gesagt, daß er nicht nach Moskau fahren werde. Carstens hat auch das Verhältnis zu den Nachbarn intensiv gepflegt. Der König der Belgier, Baudouin und dessen Frau, waren privat zum Kaffeetrinken im Ferienhaus von Carstens in der Eifel. Als es Prinz Claus von Holland zeitweise gesundheitlich schlecht ging, gab es Kontakte der Besorgnis und Anteilnahme.

Was macht ein rüstiger Bundespräsident, wenn er aus dem Amt geschieden ist? Karl Carstens denkt wohl daran, ein Buch zu schreiben, vielleicht auch zwei. Die Bildungspolitik und deren verfassungsrechtlicher Zusammenhang könnte dabei ein Thema sein. Memoiren in dem Sinne will Carstens aber nicht schreiben. Vielleicht hält er hin und wieder eine Vorlesung. Einladungen liegen vor. Zum Beispiel von seiner alten Universität Yale. Karl Carstens möchte die Erfahrungen seines politischen Lebens als Wissenschaftler umsetzen.

Die DKP will die Friedensbewegung auf Kurs halten

hy, Bonn

Die in der Friedensbewegung zusammengeschlossenen Organisationen und Gruppierungen wollen auf ihrer Aktionskonferenz Anfang Mai versuchen, ein „integriertes Gesamtkonzept" zu erarbeiten. Bis dahin soll ein im Februar in Köln beschlossenes „Konsens-Dissens-Papier" als Grundlage dienen. Nach Erkenntnissen der Sicherheitsorgane wurden bei den Beratungen in Köln zwei Strömungen deutlich: Ein Flügel will die „Anti-Raketen-Bewegung" zur „Anti-NATO-Bewegung" entwickeln, der andere sie zu einer „antimilitaristischen Bewegung" umfunktionieren.

Nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden dominierten in Köln Funktionäre der DKP und deren Vorfeldorganisationen. Nach wie vor wolle die DKP prinzipiell an der Verhinderung der NATO-Nachrüstung unter Ausklammerung der Vorrüstung des Ostblocks und etwa der Polen- und Afghanistan-Frage festhalten. Einer Erweiterung dieses „Minimalkonsens" hatte sie nur unter der Voraussetzung zugestimmt, daß sie mit Positionen des „realen Sozialismus" zu vereinbaren sind, u. a. Stationierungsstopp von Pershing 2 und Cruisse Missiles, Abbau bereits vorhandener Systeme, Beseitigung aller in der Bundesrepublik Deutschland gelagerten atomaren, biologischen und chemischen Waffen sowie Stopp und Abbau der konventionellen Rüstung. Außerdem soll jegliche militärische Intervention abgelehnt und die Abschreckungspolitik überwunden werden. Zu den „Dissenspunkten" gehörten die Bewertung der neuen sowjetischen SS-21- und SS-20-Rüstung, der Stationierungsentscheidung des Bundestages und die daraus zu ziehenden Konsequenzen. Während das DKP-Umfeld das Kampagnenziel nur für knapp verfehlt hält, sprechen andere Gruppierungen von einer Niederlage.

Nach Prognosen der Sicherheitsbehörden ist es trotz der Spannungen nicht sicher, daß die Friedensbewegung auseinanderbricht. Insbesondere die orthodox-kommunistischen Kräfte bemühten sich um die Einheit der Bewegung.

Im Landtag wird heute „giftig" debattiert

Von XING-HU KUO

Heute, zehn Tage vor der Landtagswahl am 25. März, muß der Stuttgarter Landtag noch einmal zu einer Sondersitzung zusammenkommen. Von der oppositionellen SPD nach längerem Hickhack erzwungen, geht es um ein bundesweit brisantes Thema, das jedoch gerade im Südwesten in den zurückliegenden Wochen und Monaten eine – durch den Wahlkampf zusätzlich giftige – Aktualität bekommen hat.

Begonnen hatte die heftig geführte Diskussion um die Wasserprobleme im Lande mit der Enthüllung durch die SPD, das Grundwasser in Stuttgart sei mit Chlorkohlenwasserstoffen (CKW), die krebserregend sein sollen, verseucht. Nachdem Oberbürgermeister Manfred Rommel (CDU) dies bestätigen mußte – in einem extremen Fall wurde eine Konzentration gefunden, die die höchstzulässige Menge von 25 Mikrogramm pro Liter um das 520fache überstieg – wird fast täglich aus anderen Städten und Regionen des „Musterländle" eine ähnliche Hiobsbotschaft mitgeteilt. In dieser Wahlkampfzeit, in der



das Thema Umweltschutz von allen Parteien zu einem Schwerpunkt erklärt wurde, schien deshalb Ministerpräsident Lothar Späth die Devise „Angriff ist die beste Verteidigung" das Richtige zu sein. Er war es auch, der als CDU-Landesvorsitzender „grünes" Licht für eine öffentliche Erörterung dieses verseuchten Themas gab. Die Regierung habe, so Späth, nichts zu befürchten. Im Gegenteil, Baden-Württemberg habe bundesweit auch in Sachen Gewässer- und Wasserschutz mehr getan als anderswo.

Umweltminister Gerhard Weiser (CDU) gab Anfang der Woche, rechtzeitig vor der heutigen Landtagsdebatte, eine Pressekonferenz. Weiser bedauerte, daß es keine bundesweite Regelung zum Abwasserabgabegesetz gebe. Zumindest im Südwesten werde „spätestens im Mai" dieses Jahres die Landesregierung einen entsprechenden Erlaß mit klaren Regelungen vorlegen. Sollten bis dahin Unternehmen, denen vom Lande Stundungen bis zu 80 Prozent der Abwasserabgaben (vor allem Papierfabriken) gewährt wurden keine baureifen Pläne für Kläranlagen vorliegen, wird kassiert". Weiser verteidigte diese Milde gegenüber den starken Umweltverschmutzern mit dem Hinweis, sie sei Bestandteil eines „Gesamtkonzepts zur Reinigung der besonders schadstoffhaltigen Abwässer" aus der Zellstoffindustrie.

Der Minister verwies auf ähnliche Beispiele in Hessen und Niedersachsen. Ferner habe sich Stuttgart" in Abstimmung mit Bayern" ebenfalls entschlossen, von der im Abwasserabgabengesetz vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch zu machen, die „Buß"-Gelder gezielt für die Abwasserreinigung zu verwenden. Die Lage im Lande charakterisierte der Minister sibyllinisch, sie sei „noch nicht alarmierend, müsse aber sehr ernst genommen werden".

Vor allem in den Wein- und Maisanbaugebieten am südlichen Oberrhein, im Raum Heilbronn, bei Ludwigsburg und im Remstal (unweit von Stuttgart) sowie im Tabak-, Spargel- und Gemüseanbaugebiet des Rhein-Neckar-Raumes, am Bodensee usw. sei der zulässige Grenzwert von 50 Milligramm Nitrat pro Liter Wasser überschritten, teilte Weiser mit.

Erst gestern hat Nordrhein-Westfalens Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) vor der Presse in Düsseldorf eine „Gülle-Verordnung zum Schutz des Grundwassers" vorgestellt, in der weitreichende Maßnahmen gegen die bisher freizügige Benutzung dieses Düngemittels vorgesehen sind. Allerdings hatte Matthiesen Ende Februar auch Skepsis darüber zum Ausdruck gebracht, ob es überhaupt möglich sein wird, Gewässer und das Grundwasser in der Bundesrepublik langfristig vor neuen Vergiftungen zu schützen. Dazu sei ein „irrsinniger, apparativer, personeller, finanzieller und wissenschaftlicher Aufwand vonnöten", erklärte der Minister. Er regte deshalb u. a. an, die Abwasserabgabe von bisher 40 Mark auf 50 bis 60 Mark pro Schadeinheit zu erhöhen.

Nicht nur der Stuttgarter Landtag, auch das bayerische Landesparlament wird sich noch in diesem Halbjahr mit den immer brisanter werdenden Problemen des Wassers beschäftigen. CSU und SPD haben unabhängig voneinander umfangreiche Anfragen – alleine das SPD-Papier umfaßt 28 Seiten – eingereicht.

Während Regierungen und Parlamente sich auf die neueste Umweltgefahr nach dem Waldsterben einzustellen beginnen, kam aus Hessen folgende Meldung: Durch eine Warnung des Gießener Kinderschutzbundes alarmiert, hat die Stadtverwaltung von Lollar-Ruttershausen im Kreis Gießen die Eltern aufgefordert, Säuglingen bis zum 3. Monat kein Leitungswasser zum Trinken zu geben. Dieses enthalte zu viel Nitrat. In Baden-Württemberg ist dies übrigens in zahlreichen Fällen bereits geschehen. Minister Weiser: „Die Zeitbomben sind entschärft, sofern sie entschärft werden können ..."

Verfahren gegen Redakteure des „Stern" ausgesetzt

Gericht entsprach dem Hilfsantrag der Verteidigung

UWE BAHNSEN, Hamburg

Das Strafverfahren gegen drei Redakteure des Magazins „Stern" und die beiden früheren Chefredakteure der Zeitschrift wegen der Berichterstattung über die Flick-Spendenaffäre ist gestern vom Amtsgericht Hamburg ausgesetzt worden. Das Gericht beschloß, dem Bundesverfassungsgericht die Frage vorzulegen, ob der Paragraph 353 d, Ziffer 3 des Strafgesetzbuches mit dem Grundgesetz zu vereinbaren ist. Diese Bestimmung stellt die wörtliche Wiedergabe von amtlichen Schriftstücken eines Strafverfahrens unter Strafe, bevor sie in mündlicher Gerichtsverhandlung erörtert worden sind, oder das Verfahren abgeschlossen ist. Das Bundesverfassungsgericht soll vor allem klären, ob diese Strafvorschrift mit dem grundgesetzlich geschützten Recht der freien Meinungsäußerung und mit der Pressefreiheit kollidiert.

Das Gericht erklärte dazu, objektiv hätten die fünf Journalisten Heiner Bremer, Karl-Günther Barth, Werner Heilemann, Peter Koch und Felix Schmidt durch Veröffentlichungen über die Spendenaffäre gegen die entsprechende Bestimmung des Strafgesetzbuches verstoßen und könnten insoweit auch verurteilt werden. Zu prüfen sei jedoch, ob diese Vorschrift, die ihre eigenen Ziele nicht erreiche, in unverhältnismäßiger Weise in Verfassungsgüter eingreife.

Mit diesem Beschluß entsprach das Gericht einem Hilfsantrag der Verteidiger. Sie hatten für den Fall, daß ihre Mandanten nicht freigesprochen würden, die Aussetzung des gesamten Verfahrens und Vorlage beim Bundesverfassungsgericht verlangt. Bei dem Paragraphen 353 d handele es sich um „ein Sondergesetz zur Gängelung der Presse". Die „Stern"-Redakteure hätten mit der wörtlichen Wiedergabe von Auszügen aus den Ermittlungsakten zwar ein Rechtsgut verletzt, um jedoch ein anderes, höherwertiges zu schützen.

Apel warnt vor Flügelkämpfen

Der „Parteisoldat" von der Elbe präsentiert sich den Berliner Genossen

F. DIEDERICHS, Berlin

Der Matador betritt die Arena im Blitzlichtgewitter. Pünktlich, braungebrannt, strahlend und sichtlich gutgelaunt. „Kurz vor meiner Abreise aus Teneriffa bin ich angerufen worden, so ist das eben", sagt Hans-Eberhard Apel (52) aus Hamburg der Hundertschaft führender Berliner Sozialdemokraten, die den Einzug des „Parteisoldaten" (Apel über Apel) mit erwartungsfrohem Beifall begleiten. Zum vertraulichen Vorstellungstermin schließen sich wenig später die Türen des Saales 195 im Rathaus Schöneberg.

Nach genau 90 Minuten springen sie wieder auf, um eine Welle der Erleichterung herausfluten zu lassen. „Eine menschlich schöne Sache", resümiert ein Parteisprecher über die zurückliegenden eineinhalb Stunden, in denen der Gast aus Hamburg mit dem roten Faden der Gemeinsamkeit schon schwindende Hoffnungen wieder neu aufblühen lassen konnte. „Sogar die ganz Linken haben geklatscht", berichten später Mitglieder des SPD-Landesvorstandes aus der vertraulichen Sitzung, die der Gegenkandidat Apels für den Nominierungsparteitag am 31. März, Alexander Longolius, sichtbar blaß und als einer der ersten eilig verläßt.

„Die Euphorie vergeht"

Harry Ristock, bis zu seinem Rücktritt als Spitzenkandidat in der vergangenen Woche noch Magnet aller optimistischen Prognosen, schüttelt dem Mann die Hand, der vielleicht schon im vergangenen Jahr nach Berlin gekommen wäre, „wenn man mich richtig gefragt hätte". Niemand fragte Apel damals mit ganzem Herzen, so warf dann Ristock den Hut in den Ring, nahm ihn wieder heraus und freut sich dennoch: „Hans, mit dir gewinnen wir die Wahl."

Die Abkühlung des Mannes, der im Wahlkampf die Minuspunkte eines „Importierten" wird aufarbeiten müssen, läßt nicht auf sich warten: „Die Euphorie dieser Tage wird schnell vergehen", warnt Apel die Berliner Genossen, auf deren „politischen Verstand" er bei der Entscheidung am 31. März vertraut, ob er oder der seit gestern nur noch von einigen aufrechten Jungsozialisten als „Berliner Lösung" favorisierte Alexander Longolius gegen Eberhard Diepgen antreten.

Hans Apel wird es sein, dessen ist er sich selbst so sicher, daß er ohne Zögern die Fronten absteckt: „Entweder machen wir es gemeinsam oder wir schaffen es nicht", geht die leise Warnung des zum rechten Parteiflügel zählenden Apel an zaudernde Genossen, die ihre Zustimmung wegen der gegensätzlichen Haltung zur Nachrüstung noch abwägen. Denn während Apel als einer von 14 SPD-Mitgliedern im Bundestag für den Nachrüstungsbeschluß stimmte, driftete die Berliner Landespartei mit dem Nachrüstungs-Nein ein deutliches Stück nach links ab. „Ich gebe meine Philosophie schließlich nicht an der Garderobe ab", sagt Apel in deutlicher Anspielung auf die noch vorhandenen Hemmnisse und bekräftigt, auch als Berliner Spitzenkandidat an seinen persönlichen Überzeugungen wie dem Atlantischen Bündnis und der Sicherheitspartnerschaft mit dem Ostblock festhalten zu wollen.

Die jetzt schon von politischen Gegnern verbreitete Parole, Apel fehle der typische Berliner „Stallgeruch", kontert der Hamburger mit hanseatischem Selbstbewußtsein und Schlagfertigkeit, die einer „Berliner Schnauze" würdig wäre. „Ich bewerbe mich ja nicht als Taxifahrer", lautet so die forsche Replik auf den Anspruch Diepgens, ein Regierender Bürgermeister von Berlin müsse schließlich wissen, daß die Karl-Marx-Straße nicht im Ostteil der Stadt, sondern in Neukölln liege. Seinem Vorgänger Ristock gleich will Apel als Spitzenkandidat in Markthallen und Betriebe eilen, „bis zur Sommerpause in alle Bezirken der Stadt mindestens einen Tag verbringen".

Seine Frau ist dann natürlich dabei, versicherte er allen Fragenden. „Es war eine schwere Entscheidung der Familie", berichtet er und verweist auf seine zentrale Philosophie, von der er sich zusätzlichen Aufwind verspricht: „Ich bleibe in Berlin, egal wie die Wahl ausgeht." Auch er sehe „Berlin als nationale Aufgabe", und gleich schließt sich die erneute Warnung an die Partei an, ihn nicht in Flügelkämpfen für diese Arbeit zu verschleißen: „Wer meint, er könne Hans Apel vorne in den Fleischwolf hineinstecken und hinten als Beefsteak wieder herauskriegen, der hat sich gewaltig geirrt."

Arbeit „vor Ort"

Daß es ihm an Erfahrungen in so manchem Berliner Bereich mangelt, gibt Apel offen zu. Um nicht nur auf den Schwerpunkten seiner beabsichtigten Wahlkampfarbeit, der wirtschaftlichen Zukunft der Stadt und der Lösung der sozialen Probleme, zu verharren, werde er Diepgen bitten, ihm Einblicke in die Arbeit der wichtigsten Senatsverwaltungen zu gewähren. „Schließlich gehört die Berliner Verwaltung ja nicht der CDU, der Gegenkandidat hat Anspruch auf alle Informationen für eine vernünftige politische Arbeit." Diepgen sagte dies sofort zu.

So sehr sich Apel schon jetzt auf die Arbeit „vor Ort" einstellt, so sehr meidet er Aussagen zu politischen Bindungen für die Zeit nach der Wahl im kommenden Jahr. An hessische Verhältnisse, an Kontakte zu den Alternativen, mag er jetzt noch nicht denken, „dazu weiß ich ja fast nichts von diesem Problemkreis". Um so genauer wisse er jedoch, was er auch immer wieder betont: „Wenn Apel kommt, bleibt er in Berlin."

Franke und Hirt demnächst vor Gericht?

STEFAN HEYDECK, Bonn

Der ehemalige Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke (SPD), und sein damaliger Abteilungsleiter, Ministerialdirektor Edgar Hirt, werden sich voraussichtlich in absehbarer Zeit vor Gericht wegen fortgesetzter Untreue und Urkunden-Unterdrückung verantworten müssen.

Gestern hat die Staatsanwaltschaft beim Bonner Landgericht gegen Hirt Anklage erhoben. Sie hat Bundestagspräsident Rainer Barzel gebeten, die Immunität von Franke durch das Parlament aufheben zu lassen. Nach Angaben von Oberstaatsanwalt Hans Wilhelm besteht aufgrund der Ermittlungen der Verdacht, daß Franke an den strafbaren Handlungen „teilweise mitgewirkt" hat. Außerdem wurde der Berliner Rechtsanwalt Jürgen Stange angeklagt. Ihm wird Beihilfe vorgeworfen.

Die Ermittlungsverfahren waren am 1. März letzten Jahres mit dem Ziel eingeleitet worden, den Verbleib von 5,56 Millionen DM zu klären. Die Staatsanwaltschaft ist zu der Überzeugung gekommen, daß sich Hirt in 27 Fällen Summen zwischen 10 000 und 700 000 DM vom Caritas-Verband in Berlin hat zurückgeben lassen. Diese Gelder waren der Caritas von der öffentlichen Hand bewilligt worden und sollten für Zwecke ausgegeben werden, für die Bundesmittel nicht zur Verfügung gestellt worden waren. Die Unterlagen, so die Ermittlungsbehörden, wurden „zur Verdeckung des Verwendungszwecks" vernichtet. Außerdem soll Hirt, der als Leiter der Abteilung I für humanitäre Fragen im innerdeutschen Verhältnis zuständig war, mit Unterstützung des Berliner Rechtsanwalts 460 000 Mark veruntreut haben. Stange war von der Bundesregierung unter anderem bei Freikäufen von Häftlingen aus „DDR"-Gefängnissen eingeschaltet worden.

Honecker: Wir sind wirklich interessiert

Äußerungen über Zusammenarbeit mit Bonn

H.-R. KARUTZ, Leipzig

Die „DDR" strebt offensichtlich eine schon auf den nächsten Fünfjahresplan (1986 bis 1990) angelegte engere wirtschaftlich-politische Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik an. Darauf deuten auch bisher nicht analysierte Äußerungen von Erich Honecker gegenüber Franz Josef Strauß und auf dem Saar-Messestand hin. Gleichzeitig signalisierte Honecker durch Erfolgsmeldungen über die eigene Wirtschaft in den ersten beiden Monaten 1984 westlichen Banken die Kreditwürdigkeit der „DDR" und ihr weiterhin vorhandenes dringendes Interesse an einem frei verfügbaren Kredit, für den allerdings die Bundesregierung bürgen müßte.

Strauß berichtete nach seinem Gespräch mit Honecker, die Formel von der Notwendigkeit, nach dem Nachrüstungskonflikt „den Schaden zu begrenzen", sei von Honecker als eine grundsätzliche Bemerkung und „keine zufällige" gekennzeichnet worden. Gleichzeitig war der SED-Vorsitzende gegenüber dem bayerischen Politiker noch über seine Äußerungen am Werbellinsee im Juli 1983 hinausgegangen und hatte ihn endgültig und ausdrücklich in die Reihe der Friedensanhänger eingeordnet.

Erste konkrete Hinweise

Strauß zitierte Honecker dabei mit der Bemerkung, die sich am Dienstag allerdings nicht im SED-Organ „Neues Deutschland" fand: „Er halte mich, sagte Honecker zu mir, für einen genauso überzeugten Anhänger des Friedens und absoluten Gegner jeder militärischen Auseinandersetzung, wie er sich selbst betrachte und seine Politik verstehe."

Unter dem Eindruck des ausgesprochenen „Familientreffens" am Saarstand hatte Honecker außerdem einen Satz gesagt, der die langfristige Perspektive der „DDR" beschrieb, sich aber ebenfalls nicht in der eigenen Presse fand. Honecker sagte: „Ich habe heute sehr viele Stände besucht, aber ich muß sagen, der Besuch hier, der ja in einem Maße zutage trat, die Aufnahme und so weiter, die bei weitem nicht zu messen ist am Umsatz von 15,2 Milliarden Mark (im innerdeutschen Handel, d. Red.), sondern eher daran zu messen ist, daß wir wirklich interessiert sind, unter der Voraussetzung gleicher Sicherheit, gegenseitiger Achtung und so weiter."

Absage an Gera?

Zur Zeit weist auch nichts darauf hin, daß Ost-Berlin versuchen will, die eigenen Geraer Forderungen von 1980 durchzusetzen und von ihrer Erfüllung den weiteren Fortgang der Beziehungen zur Bundesrepublik abhängig zu machen. Strauß erklärte vor der Presse, Honecker habe ganz offenkundig im Hinblick auf die strittige Staatsbürgerschaftsfrage ausdrücklich betont, man solle „Dinge fortführen, über die man sich verständigen kann und nicht solche, bei denen man sich nicht versteht".

Aus Bankkreisen war in Leipzig zu vernehmen, daß Ost-Berlin mit Sicherheit alles unternehmen werde, um nicht in die Nähe irgendwelcher Umschuldungsverhandlungen zu geraten. Als Indiz für die noch engere Verknüpfung von Wirtschafts- und Finanzbeziehungen zur Bundesrepublik und zum westlichen Ausland allgemein mit der eigenen Planwirtschaft wird die Berufung eines der bisherigen Vizepräsidenten der „Deutschen Außenhandelsbank" in Ost-Berlin, Krause, in das höchste staatliche Planungsgremium gewertet. Krause gilt als unbedingter Parteimann, der an der vorgegebenen Linie ständiger Kreditwürdigkeit festhalten soll.

UNO verschiebt Entscheidung über Polen

dpa, Genf

Die UNO-Menschenrechtskommission hat beschlossen, die Abstimmung über eine Entschließung zur Lage der Menschenrechte in Polen auf die nächste Sitzungsperiode im kommenden Jahr zu verschieben. In dem von der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien und den Niederlanden eingebrachten Entwurf wurden die polnischen Behörden aufgefordert, dem Volk die volle Ausübung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten zu ermöglichen. Die Verschiebung der Abstimmung wurde in einem von Kuba vorgelegten Antrag gefordert, der mit 17 gegen 14 Stimmen bei zwölf Enthaltungen angenommen wurde.

Der Entwurf würdigt das Amnestiegesetz vom 12. Juli 1983. Zugleich wurde jedoch darauf hingewiesen, daß das Kriegsrecht durch eine neue Gesetzgebung ersetzt worden sei, mit dem die Behörden weiterhin die Menschenrechte und Grundfreiheiten einschränken und eine „Gewerkschaftsbewegung auf demokratischem Boden" unterdrücken könnten. Die „Verschiebung" stieß unter den westlichen Delegierten auf „Unverständnis".

Hamburger Senat begnadigt Gaßmann

ub, Hamburg

Der 55jährige Bildungs- und Jugendsekretär der Hamburger IG Metall, Hermann Gaßmann, der vor einem Jahr wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der „DDR" zu 30 Monaten Haft verurteilt worden war, ist vom Senat der Hansestadt überraschend begnadigt worden. Gaßmann soll Mitte Mai nach der Verbüßung von insgesamt zehn Monaten Haft entlassen werden. Prominente Sozialdemokraten, unter ihnen der frühere Bundesjustizminister Jürgen Schmude und die IG Metall, hatten sich für ihn eingesetzt. Der Bundesgerichtshof verwarf die Revision des Verurteilten.

Die Hamburger CDU hat die Entscheidung der Gnadenkommission des Senats, die nicht begründet worden ist, in scharfer Form als Mißbrauch des Begnadigungsrechts kritisiert.

Seite 2: Hamburger Gnadenrecht

Kirchenführer gegen Waffenlieferungen

epd, Frankfurt

Israel ist als „Staat der Juden im Land der Verheißung" nach Ansicht des Präsidenten der Evangelischen Kirche in Hessen-Nassau, Helmut Hild, für die Kirche mehr als nur eine „säkulare Größe". Auch sei Israel für die Deutschen kein Staat wie jeder andere, betonte Hild auf einer Veranstaltung der Frankfurter Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit zur diesjährigen „Woche der Brüderlichkeit". Zu den geplanten Waffenlieferungen der Bundesrepublik an Saudi-Arabien erklärte der Kirchenpräsident, die Deutschen dürften keine politischen Entscheidungen fällen, die sich auf die Juden und ihren Staat negativ auswirken würden. Diese Maxime gelte auch dann, wenn eigene Interessen berührt oder gar bedroht seien.

Fraktionen billigen Vorruhestand mit 58

rtr, Bonn

Die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und FDP haben gestern der in der Regierungskoalition verabredeten Senkung des Vorruhestandsalters auf 58 Jahre zugestimmt. Die Fraktionen billigten damit auch eine Reihe von anderen Änderungen am Entwurf der Bundesregierung. Sie erklärten sich nun auch mit der Senkung des Bundeszuschusses von 40 auf 35 Prozent einverstanden, der gezahlt werden soll, wenn für den ausscheidenden Arbeitnehmer ein Arbeitsloser eingestellt wird. Für Klein- und Mittelbetriebe wurde eine Härteklausel vorgesehen.

Das Gesetz soll im Bundestag und im Bundesrat so rechtzeitig verabschiedet werden, daß es Anfang Mai noch vor den dann anstehenden Tarifverhandlungen in Kraft treten kann.

Allensbach sieht Einbußen bei FDP

dpa, Bonn

Die Freien Demokraten haben nach Meinungsumfragen des Demoskopischen Instituts Allensbach zu Beginn dieses Jahres Einbußen erlitten und sind unter der Fünf-Prozent-Grenze weiter abgefallen. Die CDU/CSU erreichte die absolute Mehrheit, während die SPD bei 40 Prozent lag und die Grünen um die Fünf-Prozent-Grenze schwankten.

Nach der jüngsten Allensbach-Umfrage vom 1. bis 8. März, die das Institut am Mittwoch in Bonn bekanntgab, entschieden sich von über 2000 Befragten auf die Sonntagsfrage (Welche Partei würden Sie wählen, wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?) für die CDU/CSU zu 50,5 Prozent, SPD 40,6 Prozent, FDP 3,5 Prozent, Grüne 5,2 Prozent, Sonstige 0,2 Prozent.

Bei den regelmäßig im Auftrag der Bundesregierung vorgenommenen Umfragen des Bielefelder Emnid-Instituts wurden dagegen im Durchschnitt des Monats Februar für die CDU/CSU nur 46,5 Prozent (Januar: 47 Prozent) registriert, für die FDP aber gegenüber den Vormonaten unverändert 6,5 Prozent. Die SPD rangierte danach bei 40,5 (39) Prozent. Für die Grünen entschieden sich nach Angaben aus Regierungskreisen 6,5 (7,5) Prozent der Befragten.

Maier kündigt eine Renaissance der Hauptschule an

PETER SCHMALZ, München

Die Hauptschule, klagte Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms, sei im Ansehen der Bevölkerung drastisch gesunken, in einigen Bundesländern sei sie fast schon zur „Restschule" geworden. Und Paul Schnitker, der Präsident des Zentralvereins des Deutschen Handwerks, forderte eine „gründliche innere Reform" der Hauptschule, die aus dem Fahrwasser der weiterführenden Schulen ausscheren müsse.

Als Podium für ihre Forderungen nutzten die CDU-Politikerin und der Unternehmer den Kongreß des Deutschen Handwerkstages, der unter dem Thema „Neuorientierung der Hauptschule" am Rande der 36. Internationalen Handwerksmesse in München einberufen wurde. Professor Hans Maier, als bayerischer Kultusminister in der Rolle des bildungspolitischen Hausherrn, nahm den Heimvorteil wahr und führte den Teilnehmern den Freistaat als das Land vor, von dem die Renaissance der Hauptschule ausgehen werde.

Auch Bayern habe sich von den Bildungsvorstellungen der siebziger Jahre nicht abkoppeln können, gesteht der Minister ein, die auf eine absolute Privilegierung der theoretisch-akademischen Bildung hinausgelaufen seien. In der Öffentlichkeit ist die Meinung gewachsen, die Hauptschule sei nur für Minderbegabte da. „Eine Ernüchterung", meint Professor Maier, „wird erst in den kommenden Jahren allmählich einsetzen und eine Rückbesinnung darauf bringen, daß die Menschen unterschiedlich begabt sind, daß aber auch die Gesellschaft auf unterschiedliche Begabungen und Fertigkeiten angewiesen ist."

Nur langsam werde der Boden für ein Umdenken bereit, fügte der CSU-Minister mahnend an, um dann ausführlich darzulegen, daß Bayern hier längst die Rolle des Vordenkers übernommen hat. Aus dem „überzogenen und falschen Wettbewerb" mit Realschule und Gymnasium, der zu einer Vermehrung kognitiver Fächer und Lernziele geführt habe, werden Bayerns Hauptschulen seit zwei Jahren in eine Richtung gelenkt, die sich weitgehend mit den Forderungen Schnitkers decken.

Die Arbeits- und Berufswelt, so wünschte der Handwerker-Präsident, müsse in der Hauptschule stärker gegenwärtig sein, die Unterrichtszeit der Fächer Deutsch und Mathematik müsse vermehrt werden, das Fach Werken dürfe kein Bastelkurs sein, sondern müsse grundlegende Arbeitstechniken behandeln, Betriebspraktika sollten schließlich den Kontakt zwischen Schule und Handwerk intensivieren.

Alles längst da, war darauf die Quintessenz der Maier-Rede: Auf Initiative der CSU-Fraktion im bayerischen Landtag wurden Deutsch um sechs und Mathematik um drei Wochenstunden erhöht, ohne die Lerninhalte auszuweiten; Englisch ist als Pflichtfach auf die Jahrgangsstufen 5 bis 7 beschränkt und wird danach nur noch als Wahlpflichtfach angeboten; der gesamte Wahlpflichtbereich konzentriert sich auf Fächer, die für die spätere Berufswahl von Bedeutung sind.

Mittlerweile wird im Münchner Kultusministerium der gesamte Hauptschul-Lehrplan überarbeitet. Maier: „Er wird dieser Schule letztlich ihr eigentliches Gesicht geben." Als Grundideen für diesen Plan erwähnte der Minister unter anderem: Konzentration auf das Wesentliche und Abbau von fachlichen und stofflichen Überforderungen, Lebens- und Praxisnähe und Orientierung am Beruf, Ausbau des konkreten Bezugs im Fach Arbeitslehre, indem Betriebspraktika eingeführt und die Kooperationen mit den Berufsschulen verbessert werden.

Maiers Kollegin Wilms zitierte eine Untersuchung, wonach nur noch 17 Prozent der deutschen Eltern für ihre Kinder einen Hauptschulabschluß wünschen. Maier wehrte sich aber dennoch dagegen, diesen Schultyp als „Restschule" anzusehen: „Das ist sie weder zahlenmäßig, denn 43 Prozent aller Schüler der 8. Jahrgangsstufe sind in Bayern Hauptschüler, noch von ihrer Aufgabe her." Schon sei in der bayerischen Hauptschule ein Angebot geschaffen, das einem großen Teil der Jugend auf den Leib geschnitten ist und einen guten Weg ins Leben ebnet.

Der Münchner Kongreß aber war sich einig: Dafür braucht die Hauptschule ein besseres Image. Frau Wilms: „Sie muß den Ruf verlieren, sie bringe den Jugendlichen scheinbar oder tatsächlich schlechtere Berufschancen."

Gründer des „Club of Rome" ist tot

dpa, Rom

Aurelio Peccei, der Gründer des „Club of Rome", ist tot. Er starb am Mittwoch in Rom im Alter von 75 Jahren nach einem Infarkt. Das bestätigte der Club, den der italienische Manager und Zukunftsforscher im Jahre 1968 geschaffen hatte.

Peccei saß lange Zeit in den Chefetagen führender italienischer Konzerne wie Fiat oder Olivetti. Im Frühjahr 1968 lud er etwa 30 Wissenschaftler und Politiker in die italienische Hauptstadt ein, um über weltweite Probleme zu diskutieren. Sie schufen den „Club of Rome", der frei von politischen und wirtschaftlichen Sonderinteressen Informationen und Alternativen als Entscheidungshilfen für die Mächtigen der Welt ausarbeitet. Die bekannteste Arbeit des „Club" war 1971 die Studie „Die Grenzen des Wachstums".

Berkhan: Kein Schaden durch Nachrüstungsdebatte

Wehrbeauftragter kritisiert Altersstrukur der Armee

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die Bundeswehr habe die Debatte über die sogenannte Nachrüstung ohne Schaden für ihr inneres Gefüge überstanden, stellte der Wehrbeauftragte Karl-Wilhelm Berkhan in seinem jetzt veröffentlichten Bericht über das Jahr 1983 fest.

Dabei bemängelte der Wehrbeauftragte aber „polemische Angriffe" von Kommandeuren gegen Politiker, die die Nachrüstung abgelehnt hätten. Dies erschwere die Integration der Streitkräfte in die Gesellschaft. Ausfallende Äußerungen über Politiker, Abgeordnete und Amtsträger seien mit den im Soldatengesetz verankerten Pflichten des Vorgesetzten nicht vereinbar. Es verpflichte sie zur Zurückhaltung.

Kritisch äußerte sich Berkhan auch zum Verhalten von Verteidigungsminister Wörner, dem er indirekt vorwarf, Befürworter der Nachrüstung in der Truppe bei polemischen Angriffen gegen Politiker dienstrechtlich weniger entschieden belangt zu haben als Soldaten, die sich selbst gegen die Nachrüstung ausgesprochen hätten. Berkhan forderte, in solchen Fällen müsse das Ministerium „einheitliche Maßstäbe" anwenden.

Besonders kritisch beurteilt Berkhan in seinem Bericht die Praxis der Bundeswehr bei der Einberufung der Wehrpflichtigen zum Grundwehrdienst. Es ist ihr im Zusammenwirken mit den Organisationen der Wirtschaft sowie den staatlichen und privaten Ausbildungseinrichtungen bisher nicht gelungen, die Termine für die Beendigung des Grundwehrdienstes mit denen zur Aufnahme eines Ausbildungsganges abzustimmen.

Leerlauf als mangelnde „Wehrmotivation"

So entstehe für zahlreiche Wehrpflichtige vor und nach ihrer Bundeswehrzeit ein Leerlauf, der nach Ansicht des Wehrbeauftragten vermeidbar wäre. Er macht diesen Mißstand mitverantwortlich für die mangelnde „Wehrmotivation" der Jugend und „mahnt" die Verantwortlichen in Staat und Gesellschaft, ihre diesbezüglichen Bemühungen zu verstärken. „Die Grundwehrdienstleistenden müssen die Gewißheit haben, daß die Gemeinschaft, für die sie ein persönliches Opfer bringen, dies auch zu würdigen weiß."

Auch an der Personalführung in den Streitkräften nimmt Berkhan Anstoß. Der Wehrbeauftragte rechnet vor, daß von 1045 Bataillonskommandeuren und vergleichbaren Offizieren bereits 400 mehr als 45 Jahre alt sind und damit nicht mehr die körperliche und geistige Spannkraft zur Führung eines Verbandes haben.

Bewußtsein für Umgang mit Schußwaffen schärfen

Bei Kompaniechefs sind von 2170 Dienstposten-Inhabern schon 590 mehr als 35 Jahre alt. Von 4000 Offizieren des militärfachlichen Dienstes sind 1360 älter als 35, und bei den 11 360 Posten für ältere Unteroffiziere und Kompaniefeldwebel haben bereits rund 4400 Inhaber die 45 Jahre überschritten. Dies nannte der Wehrbeauftragte „schwerwiegende Strukturprobleme in den Streitkräften", die sich auch der Bundestag mit der Bewilligung von 350 zusätzlichen Planstellen im Haushalt 1983 bewußt gemacht habe. Dennoch bleibe die „derzeitige Situation unbefriedigend".

Obwohl der Wehrbeauftragte insgesamt das militärische Verhalten von Soldaten und Vorgesetzten in der Truppe in Ordnung findet, hat er auf eine Reihe von gravierenden Vorfällen in seinem Jahresbericht aufmerksam gemacht.

So schildert Berkhan ein „Aufnahmeritual", bei dem ein Soldat eine „Fernmeldetaufe" über sich ergehen lassen mußte. Er wurde in Gegenwart eines Feldwebels mit Armen und Beinen an Pflöcken gefesselt und mit Stromstößen malträtiert. Später wurde er mit den Beinen nach oben gefesselt über einen Ast gezogen. Wiederholt sei es auch zu Mißbrauch mit Schußwaffen gekommen.

Solche Vorfälle nahm Berkhan zum Anlaß, das Verteidigungsministerium eindringlich auf eine verstärkte Dienstaufsicht hinzuweisen und die Durchsetzung der Sicherheitsbestimmungen im Umgang mit Waffen einzufordern. In der Truppe müsse das Bewußtsein für den verantwortlichen Umgang mit Schußwaffen geschärft werden.

Paris gibt bei Schulreform nach

Vorlage des Gesetzentwurfes verzögert sich / Kompromiß nach Elternprotest möglich

A. GRAF KAGENECK, Paris

Die Regierung in Paris scheint sich vor der Entscheidung für oder gegen Privatschulen in Frankreich und der damit verbundenen Gefahr eines „Kulturkampfes" noch eine weitere Bedenkfirst einräumen zu wollen. Entgegen der ursprünglichen Planung, wonach gestern der Ministerrat bereits einen fertigen Gesetzentwurf zur Vorlage in der Nationalversammlung in drei Wochen verabschieden sollte, beriet das Kabinett unter Vorsitz von Staatspräsident Mitterrand nur einen „Bericht" des Erziehungsministers Alain Savary über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen mit den Vertretern des privaten Erziehungswesens.

Nach dem Ministerrat kündigte Regierungssprecher Max Gallo lediglich an, daß der Minister am Freitag einen endgültigen „Text" vorlegen werde, der eine Synthese aller Meinungen darstelle. Schon jetzt aber lasse sich sagen, daß die freie Wahl eines Schulsystems durch die Eltern garantiert und die Paralleleinrichtung öffentlicher und privater Schulen nicht aufgehoben werde. Damit ist jedoch nicht sicher, ob die Volksversammlung das seit zwei Jahren in Arbeit befindliche Gesetz noch in der bevorstehenden Frühjahrssitzung beraten wird.

Ganz offensichtlich ist die Regierung vor der Protestwelle seitens der katholischen Elternschaft zurückgewichen. Höhepunkt war am 4. März eine Demonstration in Versailles mit 800 000 Teilnehmern. Von einer „einheitlichen republikanischen Schule", wie sie Punkt 90 der 810 Wahlprogrammvorschläge Mitterrands im Frühjahr 1941 forderte, spricht heute nur noch der radikale Flügel des „Nationalen Komitees für die laizistische Aktion" (CNAL). In beiden Lagern haben dagegen die Befürworter eines Kompromisses seit den Massenaufmärschen der katholischen Elternschaft die Mehrheit gewonnen.

Das katholische Episkopat, das bemüht ist, sich nicht vor den Wagen der politischen Rechtsopposition spannen zu lassen und als Wahrerin der Interessen „aller freiheitsliebenden Franzosen" aufzutreten, hat hinter den Kulissen auf eine einvernehmliche Lösung hingearbeitet.

Premierminister Mauroy vermeidet das „demütigende Wort" Kompromiß und spricht von einem „Gleichgewicht der Interessen", auf das man sich einpendeln müsse. Der Regierungschef benutzt gerne die Formulierung aus dem „sozialistischen Manifest" von 1981, wonach bei den Verhandlungen über eine Einheitsschule „niemand vergewaltigt noch beraubt" werden sollte. Ein Stichwort, das von Mitterrand zur Beruhigung der Szene ausgegeben wurde.

Gerade das aber behauptete lange Zeit der äußerst mißtrauische Generalsekretär des katholischen Erziehungswesens, Pater Guiberteau, dem die Last der Verhandlungen mit dem Erziehungsminister aufgebürdet wurde. Eine „Vergewaltigung" sieht er in dem Plan, die privaten mit den öffentlichen Lehrern gleichzustellen und sie quasi einen republikanischen Schwur tun zu lassen. Damit würde ihnen die sittliche Besonderheit ihres Lehrauftrages entzogen. Dieser Punkt scheint – neben der Höhe künftiger staatlicher oder kommunaler Zuwendungen an den „privaten Sektor" – der am heftigsten umstrittene zu sein. Pater Guiberteau stellte allerdings einen „historischen Kompromiß" nicht in Abrede. Kommt es nicht zu einer Einigung, so ist die Regierung gegenüber ihrer skeptisch gewordenen Anhängerschaft im Wort, ihren Standpunkt mit Gesetzeskraft durchzusetzen.

Keine Wende in der Personalpolitik

Unionsfraktion führt Klage: Eigene Mitglieder werden „gebremst"

HEINZ HECK, Bonn

Die Bonner Unionsfraktion beschwert sich über die Personalpolitik der neuen Bundesregierung, vor allem über die der Minister Geißler und Graf Lambsdorff. Die seit dem Regierungswechsel „betriebene Personalpolitik gibt bislang kaum Anlaß, von einer Wende in diesem Kernbereich politischer Tätigkeit sprechen zu können", heißt es in einem Vermerk aus dem Fraktionsvorstand für das Kanzleramt. Es wird zwar eingeräumt, daß es in den unionsgeführten Häusern „zu einem fast vollständigen Austausch der Personen im Ministerbereich gekommen ist". Dagegen setze sich in den Abteilungen eine 1969 eingeleitete Entwicklung fort. Mit Hilfe der Personalverwaltungen und -beauftragten würden seither SPD- und FDP-Mitglieder „so plaziert, daß sie auf ihrer Position bessere Möglichkeiten zur Qualifizierung erhalten als Parteilose oder der Union angehörende Bewerber". Diese Handhabung führe zu schnellerer Beförderung und ermögliche ein Nachrücken eigener Parteigänger. Unionsmitglieder würden dagegen in ihrem beruflichen Fortkommen gebremst oder gar gestoppt – „mit dem Ergebnis um sich greifender Resignation".

Als Beispiel wird die Kritik an zwei Ministerien genannt: „Überaus problematisch ist die Situation im unionsgeführten Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit." Da ist von Kommunikationsschwierigkeiten zwischen der Leitung (Staatssekretär Chory), dem Personalrat und dem CDU/CSU-Arbeitskreis die Rede. Die Personalpolitik werde zwar im wesentlichen von Chory und Abteilungsleiter Elzer bestimmt, die „beide der Union zugerechnet werden"; doch bewegten sie sich mit ihren Personalentscheidungen „auf eingefahrenen Gleisen". Kritisiert wird ferner, daß noch kein Meinungsaustausch zwischen Geißler und den CDU/CSU-Mitgliedern des Personalrats stattgefunden habe. Der der SPD angehörende Kabinetts- und Parlamentsreferent sei noch immer im Amt. Dies stütze den „Eindruck personalpolitischen Desinteresses". Ferner seien von den elf Mitgliedern der Gruppe „Öffentlichkeitsarbeit" neun in der SPD.

„Im FDP-geführten Wirtschaftsministerium wird auch heute noch keine Abteilung von einem Unionsmitglied geführt." Von 24 Unterabteilungsleitern gehörten fünf der SPD, vier der FDP und nur zwei (beide kurz vor der Pensionierung) der Union an. Darüber hinaus seien „entscheidende Referate" mit SPD-Mitgliedern besetzt. Durch Neugründungen von Unterabteilungen und Umbesetzungen innerhalb der Abteilungen würden SPD- und FDP-Mitglieder auf Positionen „geschoben", die wegen ihrer Bedeutung gute Voraussetzungen für ein weiteres Fortkommen bis zum Aufstieg in Führungspositionen mit sich brächten.

Auf Experimente läßt sich Hussein nicht ein

Von PETER M. RANKE

König Hussein von Jordanien kann damit zufrieden sein, daß die ersten freien Wahlen seit 1967 ruhig über die Bühne gingen. Seinerzeit fanden die Parlamentswahlen noch im ungeteilten Jordanien statt. Da politische Parteien nicht erlaubt sind, wurden alle acht Sitze bei der Nachwahl mit Unabhängigen besetzt, die unter 116 Kandidaten zu wählen waren. Politisch sind die acht neuen Abgeordneten nationalistisch und islamisch-orthodox einzustufen.

Die Neuwahl aller 30 Abgeordneten aus Ostjordanien wird innerhalb eines Jahres erwartet. Die anderen 30 Abgeordneten aus dem besetzten Westufer (nicht Gaza-Streifen) werden vom König und dem Parlamentspräsidenten ernannt. Dabei sollen in Westjordanien ansässige Notablen ebenso berücksichtigt werden wie Flüchtlinge vom Westufer,

JORDANIEN

die sich jetzt etwa in Amman aufhalten. Auf alle Fälle sollen es „Palästinenser" sein, auch wenn sie offiziell seit 1949 jordanische Staatsbürger sind. Ob die von den Israelis ernannten Parlamentarier aus dem besetzten Westjordanland zu Sitzungen nach Amman ausreisen dürfen, ist allerdings fraglich.

Mit dem dann vollständigen Parlament von 60 Abgeordneten hätte König Hussein ein Instrument, das er für Verhandlungen mit den USA, Yassir Arafats PLO oder Israel als jordanische Vertretung für die Palästinenser in den besetzten Gebieten einsetzen könnte. Viele politische Beobachter in Amman zweifeln allerdings, daß der König das noch will. Denn der generelle Trend der jordanischen Politik heißt wieder einmal: abwarten, abschirmen, keine Experimente.

Das hat mehrere Ursachen: Bei der Wahlkampagne müssen die radikalen Töne für die PLO und gegen die amerikanische Politik, für die Abschaffung des Kriegsrechts in Jordanien (seit 1967) und für eine fast schon sozialistische Wirtschaftspolitik dem Königshaus in den Ohren geklungen haben. Hussein mag befürchten, daß aus den geplanten Parlamentswahlen eine Volksvertretung herauskommt, mit der er politisch nicht zusammenarbeiten kann. Beobachter glauben daher nicht, daß die Wahlen überhaupt noch stattfinden werden.

Der König selbst sieht das Parlament wohl auch nicht mehr in der Rolle eines Sprechers für die Palästinenser in den besetzten Gebieten. Denn in seinen Gesprächen mit Arafat Ende Februar hat er von neuem die PLO als „einzige Vertretung der Palästinenser" anerkannt, wie sie im Fes-Plan des arabischen Gipfels von 1982 festgeschrieben ist. Auch von einer Föderation Jordanien–Restpalästina (Westufer) war dann keine Rede mehr, wie sie US-Präsident Reagan angeregt hatte.

Im Gegenteil: Nachdem in Beirut die US-Marinesoldaten auf die Schiffe zurückgebracht worden waren, betonte König Hussein in Interviews, er wolle kein Vertretungsmandat und werde nicht ohne die PLO und nicht allein über „Palästina" verhandeln. Amerika warf er vor, die israelische Siedlungspolitik nicht gestoppt und die israelische Armee nicht zum Abzug aus Libanon gezwungen zu haben. Als Ergebnis des amerikanischen Scheiterns in Libanon ist Hussein offensichtlich auf Distanz zu Washington gegangen. Schließlich will er gegenüber Syrien überleben.

Seit 1967 lebt Hussein im unerklärten Friedenszustand mit Israel und will das nicht gefährden, auch nicht durch ein neues Bündnis mit Arafat. Der PLO ist weiter die Arbeit in den Flüchtlingslagern verboten, die über tausend „Kämpfer" Arafats in Jordanien sind in Wüstenlagern isoliert. Wie immer, wenn die Lage unübersichtlich ist, geht Hussein auf. Er weicht daher auch allen amerikanischen Planungen aus, um eine „Achse" Kairo–Amman–Bagdad mit Unterstützung Saudi-Arabiens zu zimmern. Da selbst die Saudis trotz der Zuspitzung des Golf-Krieges keine amerikanische Eingreiftruppe dulden, sieht Hussein nicht ein, warum seine Armee für 200 Millionen Dollar diese Eingreiftruppe von 8000 Mann aufstellen soll. (SAD)

Seite 2: Khaddams Unvollendete

Die Mikroelektronik wird unsere Zukunft bestimmen

Regierung legt Bericht „Informationstechnik" vor / 32 Aufträge werden finanziert

Von FRANZ BARSIG

Der „Regierungsbericht Informationstechnik", den die Bundesregierung am 14. März beschlossen hat, umfaßt 89 Seiten und 25 Schaubilder. Er gibt nicht nur die Konzeption der Bundesregierung zur Förderung der Mikroelektronik und der Informations- und Kommunikationstechniken wieder, sondern er sagt auch konkret, welche finanziellen Förderungsmaßnahmen die Bundesregierung in den nächsten Jahren vorhat und welche Mittel dafür zur Verfügung stehen werden. Es sind weit über eine Milliarde DM.

Die alte sozial-liberale Regierung hatte am 13. Mai und am 24. Juni 1981 zu ähnlichen Themen einen, wie sie es nannte, „Problemaufriß" gegeben, der weit umfangreicher war. Nach den Kabinettsberatungen wurden diese Vorlagen zur Makulatur.

Der Bericht „Informationstechnik" der Regierung Kohl hingegen erteilt 32 konkrete Aufträge und finanziert sie entsprechend. Fast kann man diesen Bericht ein Schicksalsbuch nennen. Sieht manvon den Grünen einmal ab, dann könnte die Grundaussage allseitige Zustimmung finden:

„Wer durch innovative Nutzung der Informationstechnik an Wachstumsmärkten teilhaben kann, hat im internationalen Wettbewerb gute Chancen, neue Arbeitsplätze zu schaffen, wegfallende Arbeitsplätze durch neue zu ersetzen und bestehende Arbeitsplätze durch Modernisierung zukunftssicherer zu machen. Wenn die Bundesrepublik das Innovationspotential der Informationstechnik nicht nutzt, würden in diesem Land alte Arbeitsplätze aber in anderen Industrieländern entstehen."

In dem Bericht wird mit dem Märchen aufgeräumt, die deutsche Industrie müsse in Sack und Asche gehen, weil sie die Zukunft verschlafen habe. Das ist nicht so; aber es ist auch nicht zu bestreiten, daß die Vereinigten Staaten, Japan und zum Teil auch Frankreich bei bestimmmten Fertigungen, die zukunftswichtig sind, die Nase vorn haben.

Die private Industrie in den USA profitiert entscheidend von Staatsaufträgen in der Weltraumtechnik und Rüstung. In Japan koordiniert die MITI mit Fleiß und enormen staatlichen Zuschüssen Zukunftstechnologien, und die französische Regierung unternimmt ebenso große Anstrengungen, um Anschluß an den Weltmarkt zu finden. Die deutsche Industrie hingegen hat einen Nachholbedarf vor allem bei integrierten Schaltungen, im Datenverarbeitungsmarkt und auch in der Unterhaltungselektronik. Auf die Dauer kann sich das die Bundesrepublik Deutschland nicht leisten.

Zwei Ministerien werden bei der Verwirklichung der beschlossenen Maßnahmen besonders gefordert sein. Das Bundesministerium für Forschung und Technologie muß die Förderungsmittel in Zukunft so ausgeben, daß Schwerpunkte gebildet werden. Noch wichtiger ist das Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen. Mit einer Investitionssumme von rund 14 Milliarden DM jährlich hat es eine Schlüsselposition.

Im Vorfeld der Kabinettsitzung vom Mittwoch gab es nicht wenige, die die Hoffnung hatten, man werde aus diesem Bericht neue Munition erhalten, um weiter gegen Schwarz-Schilling schießen zu können. Dafür gibt der Bericht nichts her. Im Gegenteil: Die bisherige Politik des Postministers findet nunmehr die Unterstützung der gesamten Bundesregierung.

Schwarz-Schilling kann nun, wie er es vor hatte, in der Nachrichtentechnik das ISDN-System, also das dienstintegrierte digitale Netzwerk, von 1985 an erproben und – 1987 beginnend – in den geschäftlichen Zentren einführen. Er kann aber auch die Verkabelung in Kupferkoaxialtechnik entsprechend der Nachfrage und nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zügig fortsetzen – jährlich mit ein bis zwei Milliarden DM, bis der gleitende Übergang zur Glasfasertechnologie möglich ist. Etwas anderes hat der Minister nie gewollt. Er kann dann die Glasfaserverkabelung nach dem Autobahnsystem bauen, das heißt: erst die Hauptstrecken legen und dann die erforderlichen Abzweigungen schaffen.

Die Bundesregierung hält es für notwendig, daß der Bevölkerung die Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird, die für die Verteilung von Fernseh- und Rundfunkprogrammen erforderlich ist. Und das soll auf absehbare Zeit in Koaxialkabeltechnik geschehen (Seite 64 des Berichtes).

Schwarz-Schilling braucht es nicht zu stören, wenn geprüft werden soll, wie auf den künftigen Endgerätemärkten liberale Bedingungen für Angebot und Wartung sichergestellt werden sollen. Als Mittelständler muß er ohnehin dafür sein. Auch der Prüfungsauftrag, ob für die Hoheits- und die Unternehmensaufgaben der Deutschen Bundespost neue Strukturen gefunden werden können, ist nicht weltbewegend, wenn man daran denkt, daß schon Richard Stücklen einmal Generalpostmeister werden wollte.

Das Kabinett hat insgesamt ein überzeugendes Konzept beschlossen. Es auszuführen, wird für Lebensqualität, Einkommen, Export und für das soziale Netz viel wichtiger sein als manches, was uns vordergründig bewegt.

Raus medienpolitische Kehrtwendung

WILM HERLYN, **Düsseldorf**

Mit Vehemenz setzt sich der stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende und Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau, an die Spitze jener Kräfte in seiner Partei, die ein Umdenken in der Medienpolitik fordern. Gestern stellte er in Düsseldorf eine von seiner Regierung in Auftrag gegebene Studie für einen „Telekommunikations-Entwicklungsplan" vor. Dabei betonte er, die medienpolitische Diskussion habe zu lange im Streit zwischen Kupferkoaxialverkabelung und Glasfaser gestanden und die „eigentlich innovativen neuen Telekommunikationsentwicklungen" vernachlässigt. Hatte nicht die SPD diese nunmehr getadelte Diskussion bei jeder sich bietenden Gelegenheit eingebracht?

Ziel der Studie sei es, fuhr Rau fort, die Möglichkeiten der künftigen Entwicklung aufzuzeigen, den Bedarf an neuen Telekommunikationsdiensten für Nordrhein-Westfalen qualitativ abzuschätzen und konkrete Projektvorschläge zu machen. Zwar sei für den Ausbau und den Aufbau von Fernmeldenetzen allein die Bundespost zuständig; aber wegen der Bedeutung der Telekommunikationswege für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes müsse das Land, müßten die Kommunen ihre infrastrukturellen Wünsche und Forderungen konkret anmelden.

In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, daß das sozial-liberale Bonner Kabinett Schmidt / Genscher im Frühjahr die neue Technik der Glasfaser abgelehnt und damit die Industrie auf das Kupferkoaxialkabel gelenkt hatte. Jetzt nach dem Wechsel in Bonn und dem Versuch des neuen Postminister Schwarz-Schilling die Bundesrepublik vorerst mit der Koaxialtechnik zu verkabeln, will Rau die Glasfaser. Dabei vergißt er nicht, die Versuche der Bundespost in sieben Städten mit einem integrierten Breitbandnetz in Glasfasertechnik zu loben. Einer dieser Tests findet in Düsseldorf statt.

Es ist nicht das erste Mal, daß Rau öffentlich Umkehr gelobt. Zwar gab SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz in Bonn bekannt, die SPD gebe ihre Zurückhaltung beim Privatfernsehen unter bestimmten Auflagen auf. Doch Johannes Rau war es vorbehalten, als erster die direkte Folge dieses Sinneswandels zu verkünden: Der Chef seiner Staatskanzlei, Klaus Dieter Leister, bestätigte wenig später vor dem Hauptausschuß des Landtages, daß die Regierung an einem Landesmediengesetz arbeite. Darin sollen privaten Programmanbietern Senderechte eingeräumt werden.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Vielseitiger Gefreiter

„Der Stabsgefreite des Kremls in der Wehrmacht"; WELT vom 1. März

Sehr geehrte Herren,

Sie beschreiben durchaus zutreffend die „kometenhafte Karriere des Maurers Willi Stoph". Mir fehlt der Hinweis auf die sozusagen journalistischen Fähigkeiten des mitteldeutschen Mehrzweck-Politikers.

1939 wurde Stoph Kanonier in Hitlers Wehrmacht. Dort muß es ihm gut gefallen haben. 1937 schrieb er in der Zeitschrift der „Deutschen Arbeitsfront", einer Art brauner Gewerkschaftsersatz, unter der Überschrift „Vom Bauplatz zum Kasernenhof – von Willi Stoph, Maurer" den schönen Satz: „Wer einmal beim Kommiß war und ein Manöver mitgemacht hat, der weiß, was wahre Volksgemeinschaft ist." Und aus dem Schatze seiner damaligen Erinnerungen kramte Soldat Stoph die bemerkenswerte Feststellung: „Ein Erlebnis von bleibendem Wert war die Geburtstagsparade vor dem Führer."

Solcher Art Reminiszenzen muß er später als eher peinlich empfunden haben. In der gegenüber damals ungleich höherwertigen Karriere in der DDR (Staatsratsvorsitzender und zweimal Ministerpräsident als zivile Ämter) waren diese Ergüsse Anlaß zu Feststellungen – nicht von ihm, er schweigt, wie Sie schreiben, heute noch, – das habe er nur geschrieben, weil er sich als Mitglied der KPD habe tarnen müssen.

Ihre Version, er sei zugleich Hitlers Soldat und ein Agent der Armeespionage GRU gewesen, ist mir neu. Ich möchte ein zaghaftes Fragezeichen dahinter setzen – kann denn diese Version nicht auch eine Tarnung sein, um die lupenreine Genesis eines kommunistischen Arbeiterführers zu dokumentieren?

Jedenfalls wird er sich als Kommandeurfahrer im Artillerie-Regiment 293 nicht vorgestellt haben, daß er zu höheren militärischen Ehren berufen sein würde: seit dem 19. 1. 1956 Armeegeneral und Chef des „Ministeriums für Nationale Verteidigung". Die Nationale Volksarmee entstand zu diesem Zeitpunkt durch einfaches Umhängen von Schildern aus der Kasernierten Volkspolizei, die Kader waren längst ausgebildet. Und dafür war seit 1952 der Generaloberst und Innenminister der DDR namens Willi Stoph zuständig gewesen.

Wer weiß das eigentlich noch?

Mit freundlichen Grüßen
Reinhard Hauschild,
Bonn 1

Wie üblich

„Links labern, rechts werben"; WELT vom 3. März

Sehr geehrte Redaktion,

ich meine, daß diesem Artikel nur voll zugestimmt werden kann. Doch was konnte schon von dieser ziemlich rot eingestellten, kleinen Sende-Anstalt in Bremen anderes für die Jugend erwartet werden? Mögen uns künftig als Funk- und Fernsehteilnehmer für unsere laufend zu zahlenden Gebühren weitere „derartige Sendungen" grundsätzlich erspart bleiben.

Mit freundlichen Grüßen
Helmut Spindler,
Lübeck

Mißverständnis

„Suche nach neuem Leitbild der Familie": WELT vom 29. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

ein Diskussionspapier von mir zur Familienpolitik hat eine heftige Reaktion ausgelöst. Leider sind dabei Mißverständnisse aufgetreten.

Die Union ist der beste politische Anwalt für die Familie. Das soll auch so bleiben. Deswegen muß immer wieder neu über die Grundlagen für eine gute Familienpolitik nachgedacht werden.

In meiner Ausarbeitung habe ich erwähnt, daß die CDU-Frauenvereinigung einen großen Anteil daran hat, daß die Familie im Mittelpunkt der CDU-Politik stand und steht. Ich habe weder für den Mann noch für die Frau ein Leitbild gekennzeichnet, sondern formuliert, daß Ehe und Familie als Beziehungsgeflecht betrachtet werden können, daß die Familie aber nicht nur aus den Beziehungen zwischen den Mitgliedern untereinander besteht, sondern auch einen Eigenwert hat. Die Familie ist also nicht nur die Summe der Einzelbeziehungen, sondern als Ganzes mehr. Sie hat Funktionen.

Wichtig ist aber, daß nicht die Funktionen in den Mittelpunkt gerückt werden, sondern als Folge eines gelingenden Familienlebens erfüllt werden. Deutlicher denn je sollte der versöhnende, liebende, solidarische und friedenstiftende Charakter der Familie gewürdigt werden.

Mit freundlichen Grüßen
H. Kroll-Schlüter, MdB, CDU

*

Hiermit beenden wir die Diskussion. Die Redaktion.

Unauffindbar

Sehr geehrte Damen und Herren,

als „Zitat des Tages" vom 2. März bringen Sie eine Äußerung des bayerischen Ministerpräsidenten über das eingängige Beispiel von den 279 Worten der Zehn Gebote, den 300 Worten der Amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und den angeblich 25 911 Worten einer EG-Verordnung über den Import von Karamelbonbons.

Wir konnten eine Verordnung dieses Gegenstands nicht finden. Ob der Erfinder dieses Vergleichs die allgemeine Einfuhrregelung des Rates für Drittlandswaren im Auge hat, die sich neben Tausenden von Produkten auch auf Karamelbonbons bezieht, ist mir unbekannt. Für das deutsche Kommissionsmitglied Dr. Karl-Heinz Narjes ist es jedenfalls abwegig, „anzunehmen, die Gemeinschaft habe nahezu 26 000 Worte, noch dazu in sieben Sprachen, auf ein Produkt wie Karamelbonbons verwendet".

Mit freundlichen Grüßen
v. Berge, Presse- und Informationsbüro, Kommission der Europäischen Gemeinschaften

Wort des Tages

„Heutzutage führen alle gescheiten Leute das Sprichwort im Munde: 'Kommt Zeit, kommt Rat.' Besser aber ist es, beizeiten Kraft und Klugheit anzuwenden. Denn die Zeit kann ebenso leicht Böses wie Gutes bringen."

Niccolò Machiavelli, ital. Staatsmann und Geschichtsschreiber (1469–1527)

Personalien

EHRUNGEN

Bundespräsident **Karl Carstens** hat dem Präsidenten des Bayerischen Senats, Dr. **Hans Weiß**, das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband verliehen. Ministerpräsident **Franz Josef Strauß** überreichte die Auszeichnung in der Bayerischen Staatskanzlei. Der 1919 in München geborene und promovierte Jurist Weiß war 1982 zum neuen Präsidenten der „Zweiten Kammer" gewählt worden. Er ist ein Bayer mit Fortune, mit dem ein Glas Frankenwein zu trinken stets ein Vergnügen ist. Hans Weiß ist Gründungsmitglied der CSU. 1952 wurde er als jüngster Oberbürgermeister der Bundesrepublik Deutschland zum Stadtoberhaupt der Casino-Stadt Bad Kissingen gewählt. Dieses Amt hat er nach fünfmaliger Wiederwahl bis heute inne.

*

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident **Johannes Rau** wird am Sonntag im Düsseldorfer Rathaus den Helmut-Käutner-Preis überreichen. In diesem Jahr erhält ihn der Regisseur **Wolfgang Staudte** für seine Verdienste um den deutschen Film. Die Ehrung erfolgt postum – Staudte ist im vorigen Jahr gestorben. Den Preis nimmt die Witwe des Künstlers entgegen.

*

Dem Leiter des Düsseldorfer Stadtarchivs, Dr. **Hugo Weidenhaupt**, hat der nordrhein-westfälische Wissenschaftsminister, Dr. **Rolf Krumsiek**, den Titel eines Professors verliehen. Der mit der Geschichte Nordrhein-Westfalens ebenso vertraute wie verbundene Historiker wurde für seine „Forschungsarbeiten im Bereich der Geschichtswissenschaften" geehrt, wie es zur Verleihung heißt.

Damentreff: Frau Talalla, rechts, und Barbara Genscher. FOTO: KEIL

VERANSTALTUNGEN

400 Teilnehmer kamen zur internationalen Jahrestagung des Instituts für deutsche Sprache in Mannheim. Der Stuttgarter Staatssekretär im Wissenschaftsministerium, **Norbert Schneider**, forderte gestern zur Eröffnung: „Die deutsche Sprachkultur muß besonders vor dem Hintergrund der Teilung Deutschlands diskutiert werden." **Klaus von Bismarck**, der Präsident des Goethe-Instituts, sagte, man schätze die Zahl der Deutsch-Schüler im Ausland auf 16 bis 17 Millionen. Allein zehn bis zwölf Millionen Kinder sind es in der Sowjetunion. Anläßlich der Tagung wurde der sowjetischen Germanistin Professor **Mirra Guchmann** aus Moskau der mit 15 000 Mark dotierte Konrad-Duden-Preis der Stadt Mannheim verliehen.

*

Datin Nooraihan Ali Talalla, Frau des Botschafters von Malaysia, lud zu Ehren von **Barbara Genscher**, der Frau des Außenministers, zu einem folkloristischen Tanznachmittag nach Godesberg ein. Die Botschaften fernöstlicher Länder oder auch der afrikanischen Staaten haben es oft sehr schwer, interessiertes Publikum aus dem Bonner politischen Leben in ihre Residenzen zu holen: Die malerische Folklore ihrer Länder wirkt jedoch oft wie ein Magnet. Das wegen seiner Rohstoffe als reich geltende Malaysia bekommt heute von der Bundesrepublik Deutschland Entwicklungshilfe nur noch im Rahmen der technischen Zusammenarbeit.

Für Gefühl der Verbundenheit mit den USA

JÜRGEN LIMINSKI, Berlin

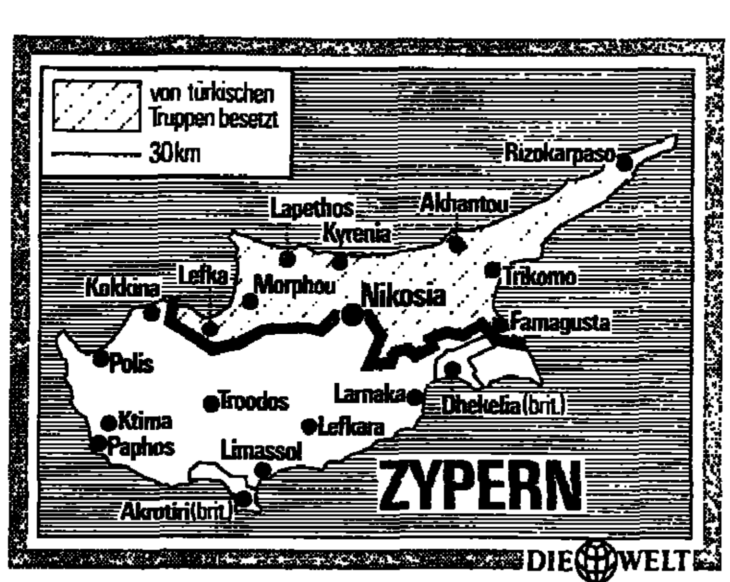
Der voraussichtliche künftige Bundespräsident und ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin, Richard von Weizsäcker, hält eine Stärkung der emotionalen Bindung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika für unbedingt erforderlich.

Auf einer Tagung des Aspen-Instituts in Berlin begründete von Weizsäcker diese These im Zusammenhang einer Diskussion mit deutschen Politikern und fünf amerikanischen Gouverneuren über den jüngsten Aufsatz Henry Kissingers und die deutsch-amerikanischen Beziehungen. Von Weizsäcker: „Die Allianz entstand wirklich 1948, während der Berlin-Blockade. Damals nahmen die Amerikaner ihre Verantwortung als Schutzmacht wahr und erzeugten ein Gefühl der gegenseitigen Achtung und des Respekts. Berlin wurde dadurch zum Angel- und Ausgangspunkt einer Entwicklung, die zum Beitritt der Bundesrepublik in die NATO führte. In Berlin entstand das Gefühl für die gegenseitige Partnerschaft." Diese Erfahrung von 1948 habe die neue Generation nicht gemacht. Dadurch sei das emotionale Moment in der Allianz immer schwächer geworden. Es müsse wieder verstärkt werden, damit die atlantischen Beziehungen weiterhin auf einer soliden, festen Grundlage bestehen könnten.

Übereinstimmend erklärten die amerikanischen Teilnehmer der Tagung, daß die USA früher oder später den Sachzwängen nachgäben und den Verteidigungsetat kürzen und die Europäer somit mehr für ihre konventionelle Verteidigung tun müßten. Insofern habe Kissinger recht und entsprächen seine Vorschläge einer weit verbreiteten Stimmung im amerikanischen Volk. Über die einzelnen Vorschläge Kissingers waren die Teilnehmer jedoch unterschiedlicher Meinung. Wichtig sei, so von Weizsäcker, daß „wir in der Allianz keine Arbeitsteilung vornehmen nach dem Schema, Verteidigung für die Amerikaner und Dialog mit dem Osten für die Europäer, sondern daß wir gemeinsam mit den Amerikanern sowohl verteidigen als auch das Gespräch mit dem Osten suchen". Alles andere sei „dumm und selbstzerstörerisch".



Grenzübergang in Nikosia, aufgenommen von der griechisch-zypriotischen Seite: Links das Leda-Grandhotel, Hauptquartier der UNO. Die Aufschrift auf der Mauer bedeutet: „Freiheit oder Tod" FOTO: NICO NAGEL



Bis zur „Attila-Linie" wirkt alles normal

Impressionen einer Zypern-Reise / Beobachtungstürme und Maschinengewehre erinnern an deutsche Verhältnisse / Tourismusgewerbe erholt

Von HUBERTUS PRINZ zu LÖWENSTEIN

Der internationale Flugplatz von Nikosia ist seit der türkischen Invasion und der Teilung der Stadt im Juli 1974 geschlossen. Aber Larnaca, im Südosten der Insel, ist seit meinem letzten Besuch vor zwei Jahren erweitert worden. Neben den Maschinen der Olympic Airways – lange Zeit die einzige Luftverbindung – gibt es jetzt ein gutes Dutzend Flugzeuge der Cyprus Airways. In ungefähr vier Stunden fliegt man nonstop nach Köln-Wahn. Weitere Direktflüge gehen nach München, England, Frankreich, in die Schweiz und nach Nahost, zum Beispiel nach Dschiddah, Kuwait und Dubai.

Neue Hotels sind entstanden, sogenannte „Appartment"-Häuser. Japanische, italienische, französische, britische Autofirmen preisn ihre Erzeugnisse an. Daneben bieten „Boutiquen", Modesalons, Nachtlokale, reichlich versorgte Wein- und Lebensmittelgeschäfte ihre Waren feil. Die Zahl der Arbeitslosen ist niedrig, die Währung, ein Zypernpfund kostet 4,80 DM, stabil. Alles wirkt durchaus normal – bis man plötzlich einen Umweg machen muß, weil die „Attila-Linie", der zyprische Eiserne Vorhang, die Straße kreuzt. Von einem Kirchturm jenseits dieser Linie weht eine türkische Fahne. Beobachtungstürme mit drohenden Maschinengewehrläufen erinnern an deutsche Verhältnisse ...

In den modernen Berliner Hotels denkt man nicht dauernd an die nahegelegene Mauer. So auch nicht in Nikosia an die scharfe Trennungslinie. Europäischer Großstadtkomfort, ausgezeichnete Telephonverbindungen mit der ganzen Welt, reichgedeckte Frühstücksbuffets, Bedienung in mehreren Sprachen in den Restaurants, Zeitungen aus aller Welt – und da soll es ein „Zypernproblem" geben?

Erstaunlich schnell hat sich das Hotel- und Tourismusgewerbe erholt. Dabei gingen 1974 fast 13 000 Betten in bestgepflegten Hotels verloren, vor allem in Famagusta, Kyrenia und entlang der schönen Nordküste mit ihren ausgedehnten Badestränden. Knapp 50 Hotels mit weniger als 5000 Betten blieben damals im freien Teil von Zypern übrig. Jetzt sind es mehr als hundert Hotels. Achtzehn Blocks von „Service Flats" sind vollendet.

Deutsch sächsisch gefärbt

Mit Englisch kommt man überall durch. Vielfach auch mit Deutsch, nur hat dies leider oft einen sächsischen Unterton, da die Bundesrepublik Deutschland immer noch versäumt, jungen Zyprioten Stipendien anzubieten. Das Goethe-Institut in Nikosia allein kann es nicht schaffen. Auch sollten deutsche „Public Relations"-Institute stärker den Unterschied zwischen dem freien Deutschland und der „DDR" herausstellen. Die „DDR", das ist für uns, betonte ich oft, was für Euch die „Türkische Republik Nord-Zypern" ist!

Trotz alldem, was sich seit meinem letzten Besuch 1982 ereignet hat, stößt man im Volke nicht auf Türkenhaß. Seit der Eroberung durch das Osmanische Reich im Jahre 1571 lebt man zusammen. Ein geschlossenes, türkisches Siedlungsgebiet hat es nie gegeben. Zahlreiche Zypern-„Türken" mögen, wie mir Makariotatos (Seine Seligkeit) Erzbischof Chrysostomos sagte, griechischer oder venezianischer Abstammung sein, die vom Osmanischen Pascha zu „Moslems", und damit zu Türken, erkärt worden waren.

Solche „Türken" gab es auf der Insel nie mehr als 18 Prozent. Bezeichnend ist, sagte der Erzbischof, daß zahlreiche ihrer Dörfer die Namen christlicher Heiliger trugen: St. Johannis, St. Georgios, St. Symeon, St. Iacovos und viele andere.

Erzbischof Chrysostomos ist der Nachfolger des Präsidenten-Erzbischofs Makarios. Er ist nicht mehr, wie dieser es war, „Ethnarch" – Volksherrscher –, aber doch ausgestattet mit allen Privilegien, die im Jahre 488 der Oströmische Kaiser Zeno den Erzbischöfen von Zypern für alle Zeit verliehen hat: Sie führen ein kaiserliches Zepter statt eines bischöflichen Krummstabes, sie tragen einen Purpurmantel und leisten ihre Unterschrift mit purpurroter Tinte.

Dies alles, weil dem damaligen Erzbischof Anthemius der Nachweis gelungen war, daß die Kirche von Zypern im Jahre 46 von den Aposteln Paulus und Barnabas gegründet worden ist. Somit ist sie auch „autokephal", also keiner anderen kirchlichen Autorität unterworfen.

„Seit fast zweitausend Jahren", sagt Erzbischof Chrysostomos, „haben wir inmitten nichtchristlicher Völker, ohne je zu wanken, das Christentum und seine Kultur vertreten. Warum kümmert man sich in Deutschland, das doch ein christliches Land ist, so wenig um die Christen auf Zypern – warum bringt das geteilte Deutschland dem geteilten Zypern so wenig Verständnis entgegen?" Nach einer kurzen Pause fügte er hinzu: „Vielleicht wegen der militärischen Bedeutung der Türkei?"

Hort europäischer Kultur

Die historische Bemerkung des Erzbischofs wurde von Verteidigungsminister Benjamin, der auch der amtierende Außenminister ist, ergänzt: „Im zweiten Jahrtausend vor Christus kamen die Griechen nach Zypern. Seitdem waren wir ein Hort europäischer Kultur, umgeben von nicht-europäischen Völkern. Wir haben durch die Jahrtausende unser Alphabet bewahrt und ebenso unsere Sprache."

Daß Zypern ein Lehen des Heiligen Römischen Reiches war, ist durch die englische Geschichtsschreibung im Bewußtsein der Öffentlichkeit, nicht nur der Deutschen, ausgelöscht worden. In jedem zyprischen Touristenpamphlet kann man lesen, daß der englische König Richard Löwenherz dem französischen Kreuzfahrer Guy de Lusignan Zypern zum Lehen gegeben habe – was er gar nicht konnte. Historisch korrekt ist, daß der Hohenstaufenkaiser Heinrich VI. im Jahre 1197 Amalrich von Lusignan als Klientenkönig des Heiligen Römischen Reiches einsetzte. Heinrichs Sohn, Kaiser Friedrich II., nahm 1229 auf der Fahrt ins Heilige Land Zypern als Reichslehen kampflos in Besitz. Er residierte mehrere Monate lang auf Schloß St. Hilarion, heute in türkischen Händen. Er und seine Nachkommen – Kaiser Konrad IV. und Konradin von Schwaben – haben den Titel eines Königs von Zypern geführt.

1914 hat Großbritannien, das seit 1878 Zypern verwaltete, die Insel dem König Konstantin I. von Griechenland angeboten, unter der Bedingung, daß er seinem Verbündeten, dem Deutschen Reich, den Krieg erkläre. Der König hat dies als unvereinbar mit der Ehre Griechenlands abgelehnt.

Griechenland, das heldenhaft auf seiten der Alliierten gekämpft hatte – während die Türkei neutral blieb –, und das schwer unter der Nazi-Besetzung litt, konnte erwarten, daß ihm 1945 Zypern zugesprochen würde. Das Wort Enosis war damals kein Kampfruf, sondern nur Ausdruck einer als selbstverständlich erwarteten Lösung.

Schon 1956, als der Aufstand gegen die britische Herrschaft ausbrach, an dem sich die Inseltürken nicht beteiligten, wenn sie nicht sogar den Engländern Polizeieinheiten zur Verfügung stellten, drohte der Konflikt, die NATO zu sprengen. Bis dann Zypern 1960 durch die Verträge von Zürich und London die Unabhängigkeit erlangte: als die e i n e, unteilbare, neutrale Republik. Die verfassungsrechtliche Stellung der türkischen Zyprioten wurde voll gewährleistet, nicht im Sine einer „Minderheit", sondern einer „Volksgruppe", die auch den Vizepräsidenten stellte.

Neue Heimat weist Vorwürfe zurück

lnw, Hamburg

Die Neue Heimat Städtebau (NHS) hat den Vorwurf der nordrhein-westfälischen SPD-Landesregierung zurückgewiesen, sie trage „nach den Baubetreuungsverträgen eindeutig die Kostenverantwortung" für den Bau des Großklinikums in Aachen. In einer gestern in Hamburg veröffentlichten Erklärung der NHS heißt es, die Kosten seien deshalb von ursprünglich veranschlagten 570 Millionen auf bisher 1,67 Milliarden Mark gestiegen, weil es zu „Planungsänderungen, zusätzlichen Bauauflagen und weiteren Zusatzwünschen des Bauherrn" gekommen sei; „alles Entwicklungen, die das Land Nordrhein-Westfalen zu vertreten hat".

Durch diese Zusatzwünsche sei die Bauzeit, die ursprünglich 1977 hätte beendet sein sollen, bis 1984 verlängert worden. Die NHS räumte ein, daß fünf Klagen des Landes gegen sie anhängig seien. Diese Schadensersatzansprüche beliefen sich allerdings auf lediglich 5,26 Millionen Mark. Die Gesellschaft bestreitet zudem, zur Zahlung an das Land verpflichtet zu sein.

Keine Spenden an „Amtsträger"

STEFAN HEYDECK, Bonn

Der ehemalige Manager des Flick-Konzerns, Eberhard von Brauchitsch, hat erneut bestätigt, daß es Zahlungen des Unternehmens an Politiker gegeben habe. Sie seien aber nie an „Amtsträger" geflossen. Vor dem Flick-Untersuchungsausschuß versuchte Otto Schily von den Grünen mehrfach, Brauchitsch in Widersprüche zu verwickeln. Das führte wiederholt dazu, daß der frühere Manager unter Hinweis auf die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen Auskünfte verweigerte. Am Nachmittag ließ er sogar die Vernehmung unterbrechen, um sich von seinem Verteidiger Reinhold Vester eine Erklärung schreiben zu lassen. Brauchitsch bestätigte, daß er nach Beginn der Ermittlungen im Februar 1982 zweimal mit den ebenfalls Beschuldigten, Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff und dessen Vorgänger Hans Friderichs, gesprochen habe.



Kritik in Unionsfraktion an „Prozession" zu Honecker

Warnung vor „Legitimation von außen" für SED-Regime

MANFRED SCHELL, Bonn

In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist deutliche Kritik an dem Auftritt von Unionspolitikern bei der Leipziger Messe und bei SED-Generalsekretär Erich Honecker geübt worden. In der gestrigen Sitzung der Fraktion sprach der Deutschlandpolitiker Manfred Abelein von einer „Prozession von Unionspolitikern" in die „DDR". Ohne den saarländischen Ministerpräsidenten Werner Zeyer zu nennen, sagte Abelein, einige seien wohl stolz auf den „großen Sohn" ihres Landes, womit Honecker gemeint gewesen ist. Der CDU-Politiker warnte davor, durch solche Auftritte dem SED-Regime eine „Legitimation von außen zu geben, die es von den eigenen Menschen nicht erhält".

Eine schwere Kunst

Kritisch hat sich auch der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes (CDU), geäußert. Im Pressedienst der Union schrieb er gestern, Friede sei auch „Friedensgestaltung gegen jede Unterdrückung und Mißachtung persönlicher Menschenrechte und nationaler Selbstbestimmung". Diese schwere Kunst sei in der Außen- und Deutschlandpolitik am meisten gefragt. Mertes: „Sie verlangt Klarsicht und Umsicht, Disziplin und Stetigkeit. Gute Außen- und Deutschlandpolitik braucht Gestalter, die sich selbstlos an die Maxime halten: Mehr sein als scheinen." Bei aller Besonnenheit, so meinte Mertes, habe niemand das Recht, zu vergessen, „wo freie Gewerkschaften existieren und wo nicht; wo Haß in den Kindergärten und Schulen gelehrt wird und wo nicht". Die Gestaltung des Friedens und die Verwirklichung der Menschenrechte seien „unlösbar" miteinander verbunden. In diesem Zusammenhang erinnerte der CDU-Politiker daran, daß CDU und CSU „in der Oppositionszeit" stets auf den grundlegenden Unterschied zwischen Menschenrechten und menschlichen Erleichterungen hingewiesen hätten.

Eingehend wurde in der Fraktionssitzung auch über die von der SPD geforderte Aufnahme offizieller Beziehungen des Deutschen Bundestages zur „DDR"-Volkskammer diskutiert. Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger sprach von einem „Alleingang" der SPD. Die Union spreche mit jedem, der Einfluß in der „DDR" habe, meinte Dregger. Die Volkskammer habe keinen Einfluß. Bundestagspräsident Rainer Barzel verwies darauf, daß es ja Kontakte über die Interparlamentarische Union (IPU) gebe. Die letzte Sitzung der IPU in Seoul sei von der Volkskammer boykottiert worden. Er sei gespannt, ob sie bei der nächsten Beratung der IPU in Genf teilnehme. Barzel verwies darauf, daß es zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR" nicht zuletzt auch wegen des Status von Berlins „besondere Beziehungen" gebe. Diese seien aus einleuchtenden Gründen eben anderer Natur als völkerrechtliche Beziehungen zum Beispiel zu Frankreich.

Status ignoriert

Die SPD, deren Parlamentarierdelegation bei Volkskammerpräsident Sindermann war, hatte diese Aspekte nicht berücksichtigt. Zu ihrer Delegation hatten Abgeordnete auch aus Berlin gehört, die bei der Anmeldung ihre behelfsmäßigen Personalausweise bei der Ständigen Vertretung der „DDR" eingereicht hatten. Auch während des Besuchs in der „DDR" wurde nicht differenziert. Der von der Delegation benutzte Übergang Heinrich-Heine-Straße ist normalerweise für Einwohner der Bundesrepublik Deutschland, für Diplomaten und die Alliierten gedacht. Statusrechtliche Fragen, die für Berlin geradezu lebenswichtig sind, spielen aber auch in anderer Hinsicht eine Rolle: Die „DDR" ignoriert den besonderen Status dadurch, daß sie die Ostberliner Abgeordneten für die Volkskammer ebenfalls direkt wählen läßt. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Claus Jäger hat gestern auf einen 1981 vom Bundestag einstimmig gefaßten Beschluß hingewiesen, wonach die Volkskammerwahl nicht unseren demokratischen Grundsätzen entspreche.

Ost-Berlin läßt zweite Mauer bauen

F. D. Berlin

Ostberliner Grenzposten und Bauarbeiter haben gestern in unmittelbarer Nähe des Brandenburger Tores mit dem Bau einer zweiten Mauer begonnen. Nach Beobachtungen der Westberliner Polizei waren bis gestern abend bereits 100 Meter des neuen Walls fertiggestellt. Die zweite Mauer verläuft knapp 100 Meter hinter der ersten Befestigungsanlage. Die Bauarbeiten zur Verstärkung der Befestigungsanlagen stehen offenbar in Zusammenhang mit der geglückten Flucht zweier Ostberliner Grenzposten, die bereits am Dienstag nach West-Berlin geflohen waren. Sie konnten die Mauer in der Nähe des Sektorenübergangs Bornholmer Straße im Bezirk Wedding unverletzt überwinden. Wie sie berichteten, hatten sie sich unter dem Vorwand bei ihren Vorgesetzten abgemeldet, sie hätten etwas Verdächtiges bemerkt. Dann waren sie mit ihren Waffen über die Mauer geklettert.

11 343 Aussiedler aus der „DDR"

ms. Bonn

Aus dem Bundesinnenministerium sind jetzt die Zahlen über Aussiedler und Flüchtlinge aus der „DDR" im Jahr 1983 bekanntgeworden. Danach sind im vergangenen Jahr insgesamt 11 343 Bewohner der „DDR" in die Bundesrepublik Deutschland gekommen. Davon waren 7729 Übersiedler, die mit Genehmigung der Behörden in Ost-Berlin ausgereist sind. Dazu dürften auch diejenigen gehören, die in die Ständige Vertretung in Ost-Berlin oder in die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Prag geflüchtet sind.

Mit 2487 ist die Zahl derjenigen „DDR"-Bewohner, denen die Flucht gelungen ist, bemerkenswert hoch. In den meisten Fällen haben sie dienstliche Auslandsaufenthalte, Schiffsreisen oder touristische Unternehmungen zur Flucht genutzt. Nur 228 von ihnen haben den Todesstreifen an der innerdeutschen Grenze überwunden. In die Freiheit gelangten außerdem 1227 Personen, die zum Teil zu langjährigen Haftstrafen in der „DDR" verurteilt worden waren.

„Keine Bewegung in Ost und West"

WELT-Interview mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden nach seiner Moskau-Reise

DW. Moskau

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel (SPD) hat in einem Gespräch mit der WELT die Auffassung geäußert, daß in Abrüstungsfragen derzeit weder in Moskau noch in Washington Bewegung zu erkennen sei. Mit Vogel sprach Peter Philipps.

WELT: Sie haben mit maßgeblichen Sowjetführern jetzt in Moskau gesprochen, vor wenigen Wochen in Washington mit Repräsentanten der US-Regierung. Gab es Signale für eine Wiederaufnahme der unterbrochenen Abrüstungsverhandlungen?

Vogel: Meine Sorge ist nach den Besuchen und den Gesprächen, die ich geführt habe, größer geworden. Die Antworten, die die beiden Weltmächte auf die Frage geben, wie der jetzt beschleunigte Rüstungswettlauf zum Stehen gebracht werden soll, gehen weit auseinander und sind unvereinbar. Es ist schwer zu erkennen, wie ohne einen ganz neuen Ansatz dieser Zustand überbrückt werden kann.

WELT: Da Sie also auf diesem Gebiet – im Gegensatz zu Ihrem Moskau-Besuch bei Andropow vor gut einem Jahr – nicht einmal Signale mitbringen, was haben Sie in Moskau substantiell erreicht?

Vogel: Neben Fakten, die zeigen, daß die Sowjetunion in anderen Bereichen der Rüstungskontrolle gesprächs- und auch bewegungsbereit ist – MBFR-Verhandlungen, Gewaltverzichts-Vereinbarungen, chemische Waffen, Entmilitarisierung des Weltraums, Einschränkung der Rüstungsausgaben –, auch die Bildung einer gemeinsamen Gruppe, in der die Frage der Rüstungsersparnis und Weiterverwendung für die Dritte Welt besprochen und vertieft werden soll. Außerdem die Erkenntnis, welche Bedeutung die Sowjetunion den bilateralen Verhältnissen zur Bundesrepublik Deutschland beimißt.

WELT: In der Frage der drastisch zurückgegangenen Ausreisegenehmigung für Deutschstämmige aus der Sowjetunion haben Sie nichts erreichen können?

Vogel: Die Zahl war im vergangenen Monat die niedrigste seit vielen Jahren. Wir haben das zur Sprache gebracht und wurden angehört. In einem Zweiergespräch (zwischen Bahr und Sagladin, die Red.) ist dies noch vertieft worden. Man hat Prüfung zugesagt, aber die Antworten waren nicht viel positiver, als die, die dem Bundeskanzler gegeben worden sind. Man muß das Thema beständig, ruhig aber beharrlich bei jeder Gelegenheit wieder ansprechen.

WELT: Warum fliegen Sie zum Abschluß Ihrer Reise, deren erster Teil zu den Verbündeten nach Ottawa, Washington und Paris führte, und deren zweiter Teil in Moskau stattfand, nach Ost-Berlin?

Vogel: Ich glaube, daß es Sinn macht, daß man sich deutsch-deutsch über die Eindrücke austauscht, die man über die gegenwärtige Weltlage und ihre Auswirkungen auf die beiden deutschen Staaten hat. Denn wir sind diejenigen, die von einer weiteren Verschärfung oder gar – wenn es Wirklichkeit werden sollte – einem Konflikt am ehesten und furchtbarsten betroffen. Wir sind diejenigen, die von einer günstigen Weltlage den größten Nutzen haben.

WELT: Nun geben sich ja zur Zeit sehr viele die Türklinke bei Herrn Honecker in die Hand.

Vogel: Das Schmunzeln über den zum deutschlandpolitischen Paulus gewordenen bayerischen Saulus, das Amüsement über den Übereifer, das war auf beiden Seiten des Tisches unverkennbar.

Windelen warnt vor Überschwang

● Fortsetzung von Seite 1

mehr Antragstellern die Ausreise in den Westen zu gestatten. „Täglich kommen zur Zeit 100 bis 150 zu uns." Zum Teil lägen ihre Anträge bis zu sechs Jahren zurück, sagte Windelen. Natürlich handele die „DDR" nicht nur aus humanitären Motiven. Sie wolle sich dabei auch eines „innenpolitischen Störpotentials entledigen". Sie habe festgestellt, daß qualifizierte Kräfte, die nach der Antragstellung auf Ausreise degradiert und schikaniert worden seien, „nicht mehr integrierbar" sind. Außerdem dürfe man die „finanziellen Begleiterscheinungen" nicht übersehen.

Zu einem für Herbst erwarteten Besuch von Honecker meinte Windelen, er müsse konkrete Ergebnisse haben. Die Erwartungshaltung der Menschen hüben und drüben sei hoch. Besuche Honeckers in Saarbrücken und in Trier seien „naheliegend". Auch Honecker müsse daran gelegen sein, mit Ergebnissen abzureisen. „Ich glaube nicht, daß er mit einem Drops nach Hause fahren kann", sagte Windelen in Anspielung auf den Abschied von Helmut Schmidt bei dessen Besuch am Werbellinsee.

Bonn jedenfalls sei daran gelegen, daß die gute Enwicklung im humanitären Bereich „stetig" bleibe. Die Bundesregierung habe kein Interesse daran, daß diese Politik durch Fluchtaktionen in die Ständige Vertretung oder in die Botschaft in Prag erschwert werde. „Wir sind nicht darauf aus, diejenigen mit den spitzen Ellenbogen zu bevorzugen", sagte Windelen. Beim Freikauf von Häftlingen, der mit der Übersiedlung nichts zu tun habe, sei jetzt sichergestellt, „daß keine Kriminellen mehr darunter sind".

Entschieden widersprach Windelen Forderungen der SPD, die zentrale Erfassungsstelle der Länder für Gewalttaten an der Zonengrenze in Salzgitter aufzulösen. Dafür gebe „es keinen Anlaß". Der Schießbefehl sei „nicht aufgehoben". Windelen: „Vielleicht schießt so mancher Angehörige der DDR-Grenzwache nicht auf Flüchtlinge, weil er nicht weiß, wie sich seine Zukunft entwickelt." Das, was an Gewalttaten in Salzgitter festgehalten werde, „ist Gegenwart". Die „DDR" habe es selbst in der Hand, Salzgitter überflüssig zu machen. Außerdem müsse bei dieser Diskussion an die Ludwigsburger Zentralstelle zur Erfassung von nationalsozialistischen Verbrechen gedacht werden, die Vorgänge festhalten soll, „die in der Vergangenheit liegen".

Als „absolut zuverlässig" bezeichnete Windelen den Ostberliner Rechtsanwalt Vogel, der Gesprächspartner Bonns in humanitären Angelegenheiten. Vogel habe das volle Vertrauen von Honecker.

Mindestumtausch: Vogel hofft auf Verbesserung

DW, Berlin

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Jochen Vogel, hält weitere Verbesserungen in der Frage des Mindestumtausches und der Reisemöglichkeiten für denkbar. Nach einem Gespräch mit dem „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker sagte Vogel am Mittwoch, er halte es nicht für ausgeschlossen, daß sich auf diesen Gebieten weitere Ergebnisse erzielen ließen. Die von der SPD geäußerten Wünsche nach Senkung des Mindestumtausches und Verbesserungen der Reisemöglichkeiten seien nicht nur zur Kenntnis genommen worden, sondern die andere Seite würdige die Bedeutung der Wünsche. Über konkrete Zusagen könne er aber nicht berichten.

Vogel erneuerte die SPD-Forderung nach Abschaffung der Zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter für Straftaten von „DDR"-Behörden. Sie „entspricht nicht mehr dem Niveau der Beziehungen", sagte er. In der von der „DDR" gewünschten Anerkennung der Staatsbürgerschaft sei der SPD durch das Grundgesetz und die Auslegung des Bundesverfassungsgerichts „die absolute Grenze gezogen". Dies verbiete aber nicht die Feststellung, daß die von der Bundesrepublik anerkannte „DDR" die Personalhoheit besitze. Vogel spielte damit offenbar darauf an, daß „DDR"-Bürgern in der Bundesrepublik auch gegen ihren Willen die Personalpapiere ungültig gestempelt werden.

In einer nach Vogels Worten „gleichlautenden", jedoch nicht gemeinsamen Erklärung, die die Nachrichtenagentur ADN verbreitete, traten beide Seiten für die Wiederaufnahme konkreter Rüstungskontrollverhandlungen und den umfassenden Abbau der Nuklearwaffen ein.

Bekräftigt wurde auch der von der Bundesregierung und auch von Ost-Berlin benutzte Begriff der „Verantwortungsgemeinchaft" beider deutscher Staaten. Sie seien wegen ihrer Geschichte und Lage in besonderem Maße gehalten, auf Abrüstungsschritte hinzuwirken. Dabei „solle und wolle keine der beiden Seiten die Bündniszugehörigkeit der anderen in Frage stellen", hieß es in der Erklärung.

Broker-Budget

fu (London) – Kaum jemand kann sich erinnern, daß ein Budget in der Londoner City derart euphorisch aufgenommen wurde wie das jetzt von Schatzkanzler Lawson vorgelegte. „The stockbrokers Budget", hieß es augenblicklich, und die Aktienkurse kletterten in ungeahnte Höhen. Warum diese Begeisterung, fragt man sich, wo dieses Budget doch steuerlich neutral ist, Geben und Nehmen sich also die Waage halten, und etwa vor einer Ausweitung der staatlichen Investitionen weit und breit keine Spur ist?

Richtig, ein steuerlich neutrales Budget war allgemein erwartet worden. Dies verleitete aber dazu, ein langweiliges Mini-Paket zu antizipieren. Doch plötzlich zaubert Mr. Lawson Karnickel aus seinem Zylinder. Damit nicht genug setzt er den Rahmen für ein weitreichendes Programm steuerlicher Reformen, das von ihm nicht zu Unrecht als radikal bezeichnet wird.

Wie geschickt der Schatzkanzler das erste Budget in seiner Laufbahn inszenierte, wird daran deutlich, daß nur wenige das Gefühl haben, auf der Verlierer-Seite zu stehen. Sein Trick ist einfach: Er stutzt den Wildwuchs steuerlicher Ungereimtheiten und Ungerechtigkeiten, der sich in Großbritannien auch unter wechselnden Regierungen gebildet hat. Die von dieser Reform Betroffenen können gar nicht anders, als deren Notwendigkeit (wenn auch zähneknirschend) einzugestehen. Ausländische Arbeitnehmer, die Hamburger-Ketten wie MacDonalds oder die Importeure sind es, die mit dem Ende ihrer Steuervorteile die Zauberkunststücke des Schatzkanzlers mitfinanzieren. Und natürlich, wie immer, die Raucher.

Venture-Träume

cd. – Der Verkauf steuersparender Kapitalanlagen ist zähflüssig geworden, seit der Fiskus manche Vorteile gekappt hat. Auf diese Weise wird zugleich vielleicht manche Fehlinvestition verhindert, und das ist kein Schaden. Doch die Aktivisten aus der Steuersparbranche, die mit Geschick den „Zahnarztmilliarden" nachjagten, legen die Hände nicht in den Schoß. Sie haben das Venture Capital entdeckt. Und in diesem neuen Zweig des Anlagegeschäfts scheint sich auch so mancher zu tummeln, der das hochriskante Warentermingeschäft unter mehr oder weniger dubiosen Umständen an den Nagel hängen mußte. Hier ist also Vorsicht geboten bei Angeboten, die allzuviel versprechen. Die Beteiligung an Venture-Capital-Projekten kann enorme Gewinne abwerfen, aber auch zu einem Flop werden. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Gelingen ist ein routiniertes Management. Das zu finden ist weitaus schwieriger als Risikokapital einzusammeln. Und daran werden wohl manche Venture-Capital-Träume scheitern.

Der Nährboden stimmt

Von DANKWARD SEITZ

Zur 36. Internationalen Handwerkermesse in München, die noch bis zum 18. März dauert, stimmt im Prinzip einfach alles. Woran viele vor Jahresfrist noch nicht recht glauben wollten, ist eindrucksvoll bewiesen worden. Mit einem Umsatzwachstum von nominal fünf Prozent auf etwa 385 Milliarden Mark hat der zweitgrößte deutsche Wirtschaftsbereich in einem beachtlichen Maß am Konjunkturaufschwung teilgenommen und den empfindlichen Rückschlag des Jahres 1982 weitgehend wieder wett machen können.

Daß es dabei noch starke sektorale und auch regionale Unterschiede gibt, kann bei insgesamt 125 verschiedenen Handwerksbereichen nicht überraschen und sollte nicht überbewertet werden. Selbst der Beschäftigungseinbruch des Jahres 1982, der noch ins erste Quartal des vergangenen Jahres hineinwirkte, konnte gestoppt werden und mündete in einen Aufwärtstrend ein, so daß Ende Dezember wieder rund 3,9 Millionen Beschäftigte gezählt wurden und damit ebenso viele wie Anfang 1982.

Und wenn es auch bei den Erträgen noch ein bißchen hapert, so bestimmt doch allgemein wirtschaftliche Zuversicht diese erste Mehrbranchen-Schau, der von vielen Experten eine Rolle aus aussagekräftiger Frühindikator für 1984 zugeschrieben wird. Alles deutet darauf hin, daß die Handwerksunternehmen mit weiter verbesserten Absatzchancen rechnen und eine Umsatzzunahme von fünf bis sechs Prozent erwarten können.

Zudem erweist sich die weltgrößte Messe des Handwerks auch in diesem Jahr wieder als Publikumsmagnet. Sowohl in den Hallen als auch auf dem Freigelände herrscht an den Ständen der 2485 ausstellenden Firmen teilweise sehr großes Gedränge. Eine besonders erfreuliche Feststellung: Es sollen bisher mehr Fachbesucher mit dickeren Brieftaschen angereist sein.

Wenn es stimmt, daß Messen Gewächshäuser für Optimismus sind, der Nährboden dafür könnte nicht besser sein. Doch so rechte Freude will auf dem Messegelände unter der Bavaria dennoch nicht aufkommen. Die Stimmung wird von der drohenden Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche zwar nicht gerade vermiest, aber dennoch erheblich belastet. Statt über die sich weiter verbessernden Geschäftsaussichten wird mehr über die Problematik jeglicher Arbeitszeitverkürzung und ihre für das Handwerk „verheerenden Auswirkungen" diskutiert. Ratlosigkeit, ja sogar Empörung bestimmen die Tonart. Was für Großbetriebe sinnvoll sein könne, dürfe noch lange nicht ohne Wenn und Aber auf Klein- oder Mittelbetriebe übertragen werden. Von Konkurs wird sogar hin und wieder gesprochen.

Manches von dem, was da in so düsteren Farben ausgemalt wird, kann sicherlich als emotionale Überreaktion im Vorfeld von Tarifauseinandersetzungen bewertet werden. Und dennoch bleibt der Eindruck, daß der viel gerühmte goldene Boden des Handwerks jetzt zum ersten Mal wirklich erschüttert werden könnte. Sein Glanz droht auch bei besserem Konjunkturklima an Kraft zu verlieren.

Denn, so ein Vertreter des Handwerks, selbst wenn die durch Arbeitszeitverkürzungen anfallenden extremen Kostensteigerungen noch aufgefangen werden könnten, es wird noch mehr an Facharbeitern und Meistern fehlen, um Lehrlinge auszubilden – ganz abgesehen von den zusätzlich bestehenden Ausbildungshemmnissen. Auf jeden Fall wäre es illusorisch, zu glauben, daß dann noch einmal wie 1983 trotz konjunktureller Schwierigkeiten rund 700 000 junge Menschen (plus 6,3 Prozent) eine Lehrstelle finden könnten.

Bei allen Existenzsorgen, die das Handwerk speziell vor diesem Hintergrund auch plagen mag, eins wird bei einem Rundgang durch die Messehallen deutlich: Der Wirtschaftszweig läuft weniger Gefahr als in früheren Zeiten, von der Industrie an die Wand gedrückt zu werden. Auch wenn seine Rationalisierungsmöglichkeiten nur begrenzt sein mögen.

Modernste Maschinen haben längst bei Bäckern, Metzgern und in vielen anderen handwerklichen Bereichen Einzug gehalten, erleichtern oder übernehmen Routinearbeiten und stärken die Konkurrenzfähigkeit. Zudem – und das ist ganz auffällig – scheint man sich wieder mehr auf das zurückzubesinnen, was Fließbandprodukte nicht bieten können: Flexibilität, handwerkliche Formen, Qualität und Frische.

INFORMATIONSTECHNIK / Bundeskabinett verabschiedet Förderungsprogramm

Bonn will Industrie-Investitionen von zehn Milliarden Mark mobilisieren

HEINZ HECK, Bonn

Mit einem umfassenden Maßnahmenbündel will die Bundesregierung die Entwicklung der Informationstechnik fördern. Im gestern vom Kabinett verabschiedeten „Regierungsbericht Informationstechnik" werden die Strategien erläutert und die – zum Teil schon beschlossenen – Programme des Forschungsministeriums mit einem Volumen von knapp drei Milliarden Mark (1984/88) aufgeführt.

Forschungsminister Heinz Riesenhuber schätzt, daß diese Programme weitere sieben bis zehn Milliarden Mark Industrieinvestitionen mobilisieren werden. Hinzu kommt das Investitionsbudget der Deutschen Bundespost mit jährlich zehn bis zwölf Milliarden Mark.

Der Regierungsbericht ist unter Federführung des Forschungsministeriums in monatelangen Verhandlungen mit den beteiligten Ressorts (Arbeit, Bildung, Post, Verteidigung und Wirtschaft) entstanden. Ordnungspolitische Bedenken des Wirtschaftsministers seien in einem Ministergespräch vor Weihnachten ausgeräumt worden. Das Schwergewicht der Förderung liege bei den - auch von der FDP bevorzugten - indirekten Maßnahmen. Riesenhuber betonte, er wolle die Industrie nicht gängeln. Es gelte, im Wege der Verbundforschung (die allein schon wegen des kleinen nationalen Marktes geboten sei) Techniken zu entwickeln. Später müßten die beteiligten Industrieunternehmen mit den Produkten gegeneinander konkurrieren.

Riesenhuber denkt nicht nur an staatliche Förderprogramme. Zwar werde auch die Grundlagenforschung gestärkt. Noch wichtiger sei jedoch die Brücke von der Grundlagenforschung in die technische Anwendung. Um auch die Käufe der öffentlichen Hand „stärker innovativ" zu gestalten, soll die Verdingungsordnung für Leistungen (die bisher an bewährte Produkte anknüpft) in Kürze novelliert werden.

Für ein Verbundprojekt zur Entwicklung der Submikrontechnologie sollen bis 1988 rund 600 Millionen Mark bereitgestellt werden. Dazu gehören vor allem Mikrochips mit extrem hoher Speicherdichte. Ziel des Programms ist es, in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre über eine konkurrenzfähige Technologie und darauf aufbauende Massenfertigung zu verfügen.

Weitere 530 Millionen sollen bis 1987 für die industrielle Automation bereitgestellt werden. Das Programm zielt auf die Beseitigung dreier Schwachstellen in diesem für die Exportkraft entscheidenden Feld (unter anderem Roboterherstellung).

Für ein Sonderprogramm „Mikroperipherik" stehen bis 1988 rund 320 Millionen Mark bereit. Damit sollen Komponenten wie vor allem Sensoren und Aktoren entwickelt werden.

Breiten Raum nehmen die Investitionspläne der Deutschen Bundespost in dem Bericht ein. Sie will bis 1985 ein integriertes digitales Fernmeldenetz (ISDN) erproben und ab 1987 – beginnend in geschäftlichen Zentren – einführen. Bis 1995 wird mit einer Nachfrage von drei bis vier Millionen ISDN-Anschlüssen gerechnet. Das strategische Ziel der Bundesregierung sei der Ausbau des heutigen Fernmeldenetzes zu einem vermittelnden Breitbandnetz mit optischer Übertragungstechnik. Im Fernnetz habe die Einführung der optischen Nachrichtentechnik bereits begonnen. Es werde Großstädte und Ballungsgebiete in der Bundesrepublik und West-Berlin untereinander verbinden und soll in den nächsten zehn Jahren (1985/95) forciert ausgebaut werden.

Der Endgerätemarkt soll – anders als bei Hauptanschlüssen für Telefon heute – dem Wettbewerb geöffnet werden und den Anschluß aller Endgeräte an die Fernmeldenetze gestatten, die „den Zulassungsanforderungen entsprechen und deren qualifizierte Wartung sichergestellt ist". Die Bundesregierung erwarte auf künftigen Endgerätemärkten eine „intensive Wettbewerbssituation mit hohen Innovationsraten und dadurch hervorgerufenem Wachstum". Eine Neustrukturierung der Bundespost (Trennung von Hoheits- und Unternehmensaufgaben) soll geprüft werden.

HAUSHALT GROSSBRITANNIEN

Euphorie der Wirtschaft über die Steuer-Reformen

WILHELM FURLER, London

Der britische Schatzkanzler Lawson, der sein erstes Budget und gleichzeitig das erste Budget der zweiten Amtsperiode der Regierung Thatcher vor dem Unterhaus vorgelegt hat, wird in der Londoner City und von der Wirtschaft des Landes gefeiert wie kein anderer Schatzkanzler – zumindest nicht in den letzten zehn Jahren. Das Budget besteht aus einem umfangreichen Paket zum Teil radikaler Steuer-Reformen, die in erster Linie der Wirtschaft, aber auch den Steuerzahlern erhebliche Vorteile bringen.

Die Euphorie in der Londoner City ließ den Financial-Times-Index für 30 führende Unternehmenswerte, Gradmesser des Anleger-Vertrauens, am Dienstag um 20,9 Punkte auf den neuen Rekordstand von 865 Punkten schießen. Gleichzeitig mit der Bekanntgabe seines Steuerreform-Programms betonte Lawson, daß der weiteren Inflationsbekämpfung unverändert Priorität im Programm der Regierung Thatcher zukomme.

Der gegenwärtige Konjuktur-Optimismus in Großbritannien wurde mit dem Hinweis darauf verstärkt, daß man auch für dieses Jahr ein Wirtschaftswachstum von drei Prozent erwarte. Bei den Investitionen in der britischen Wirtschaft rechnet Lawson für dieses Jahr mit einem Anstieg um sechs Prozent.

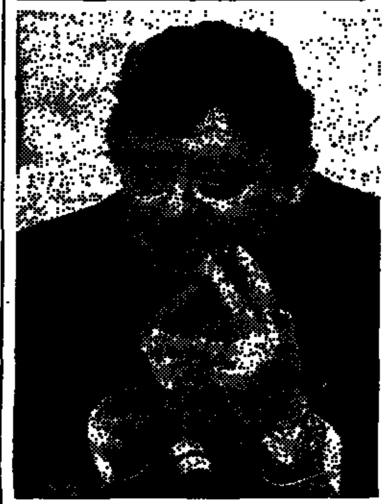
Die Entschlossenheit der Regierung, an ihrer Politik straffer Staatsausgaben festzuhalten, wird durch die überraschende Ankündigung des Schatzkanzlers unterstrichen, die öffentliche Neuverschuldung im kommenden Finanzjahr von zehn auf 7,25 Mrd. Pfund (27,4 Mrd. Mark) oder 2,25 Prozent des Bruttosozialprodukts zu reduzieren.

Die tiefreichendsten Steuer- und Abgaben-Reformen in Lawsons Budget betreffen den Unternehmesbereich. Die wichtigsten Änderungen sind:

- Radikale Kürzung der Körperschaftssteuer von gegenwärtig 52 Prozent in einzelnen Schritten auf nur noch 35 Prozent im Finanzjahr 1986/87; für kleine Unternehmen wird die Körperschaftssteuer unmittelbar von 38 auf 30 Prozent reduziert.
- Der Aufschlag auf den Arbeitgeber-Anteil an der Sozialversicherung in Höhe von einem Prozent wird Anfang Oktober abgeschafft; dies bedeutet eine Erleichterung für die Wirtschaft in Höhe von 3,2 Milliarden Mark im Jahr.
- Die Möglichkeit zur 100-prozentigen Abschreibung auf Anlagen und Maschinen im ersten Jahr läuft in zwei Schritten bis Ende März 1986 aus. Von dann an gilt ein 25-prozentiger Jahressatz.

Wichtige Steueränderungen betreffen weiter die sogenannte Stempelsteuer auf Wertpapier-Geschäfte und Hauskäufe, die von zwei Prozent auf ein Prozent halbiert wird; steuerliche Abzugsmöglichkeiten auf Lebensversicherungsprämien werden bei Neuabschlüssen abgeschafft; die steuerliche Behandlung von Zinsen auf Bankeinlagen wird der von Einlagen bei Bausparkassen angepaßt. Die Steuerfreibeträge bei der Einkommensteuer werden um 12,5 Prozent (real sieben Prozent) angehoben. Rund 850 000 Bezieher niedriger Einkommen werden durch die Anhebung der Steuer-Eintrittsschwelle ganz aus der Besteuerung entlassen.

AUF EIN WORT



„Es ist nicht nur eine Frage des Anstands, sondern auch der Vernunft, dem Steuerbürger „heimliche Steuererhöhungen" von Zeit zu Zeit zurückzugeben. Wer die Steuer- und Abgabenlast ständig erhöht, der untergräbt Leistungswillen und Leistungsbereitschaft, die Steuermoral und die unternehmerische Risikobereitschaft."

Franz Josef Strauß, Ministerpräsident des Freistaates Bayern

FOTO: FERDI HARTUNG

Neuer Kredit für Indonesien

dpa/VWD, New York

Indonesien erhält von einem internationalen Bankenkonsortium einen Kredit von 750 Millionen Dollar mit einer Laufzeit von acht Jahren. Ein entsprechender Kreditvertrag ist nach einer Mitteilung der indonesischen Regierung in New York von den Banken sowie vom indonesischen Notenbankchef Arifin M. Siregar unterzeichnet worden. Der Kredit wird zu 600 Millionen Dollar mit 0,75 Prozent über dem Londoner Interbanksatz (Libor) und zu 150 Millionen Dollar mit 0,20 Prozent über der amerikanischen Prime Rate verzinst.

KONJUNKTUR

Protektionismus gefährdet den weltweiten Aufschwung

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Erholung der Weltkonjunktur bringt der deutschen Wirtschaft in diesem Jahr zusätzliche Wachstumsimpulse, meinen der Sparkassenverband und die Deutsche Bank übereinstimmend in ihren neuen Konjunkturberichten. Risiken lägen allerdings im Handelsprotektionismus, dessen Gefahren der Sparkassenverband für größer hält als die der internationalen Verschuldungskrise.

Die Deutsche Bank weist darauf hin, daß die deutschen Exporterfolge in den USA, Kanada und Japan auch vom Wechselkursanstieg der Währungen dieser drei Länder profitiert haben und hält es für möglich, daß diese Exporte von einer Umkehr der Wechselkursentwicklung beeinträchtigt werden. Der Sparkassenverband glaubt, daß dagegen der deutsche Export auch durch eine Normalisierung der D-Mark gegenüber dem Dollar nicht geschwächt werde.

Risiken für den Aufschwung sehen Sparkassenverband und Deutsche Bank in den Forderungen nach Verkürzung der Arbeitszeit. Es wäre bedauerlich, wenn durch Verlauf und Ergebnis der Tarifverhandlungen die guten Voraussetzungen für mehr Investitionen beeinträchtigt und das psychologische Fundament des Aufschwungs geschwächt würden, betont die Deutsche Bank.

Eine nachlassende Abhängigkeit des deutschen Zinsniveaus vom Ausland registriert der Sparkassenverband als Folge von Kapitalzuflüssen in die Bundesrepublik, die eine Leitkurskorrektur im Europäischen Währungssystem (EWS) erforderlich machen könnte. Zugleich verbesserten sich die Chancen für eine Zinsstabilisierung auf niedrigerem Niveau.

GETREIDE-SUBSTITUTE

EG sucht Konfrontation mit den USA zu vermeiden

WILHELM HADLER, Brüssel

Nicht auf Kollisionskurs gegenüber den USA gehen will die EG bei dem Versuch, die Einführung von Getreide-Substituten (Mais-Nebenerzeugnisse) zu stabilisieren. Immerhin haben die Außenminister der Gemeinschaft jetzt den Brüsseler EG-Botschaftern den Auftrag gegeben, die Vorbereitungen für einen formellen Antrag auf Verhandlungen im Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (Gatt) abzuschließen.

Die Importe von Maiskleber und Maiskeimschrot – wichtigen Substitutionserzeugnissen für die Tierfütterung – haben sich in den letzten Jahren beträchtlich erhöht. Sie sind nach Meinung einiger EG-Länder mit schuld an den Überschüssen der Gemeinschaft an Getreide- und Milcherzeugnissen. Dabei begünstigen sie die Milcherzeugung in den Intensivbetrieben in transportgünstiger Lage (zum Beispiel in Holland). Die Landwirte in Frankreich empfinden sie durchweg als eine Beeinträchtigung der Wettbewerbsgleichheit.

Die Gemeinschaft will die im Gatt „gebundenen" Zollzugeständnisse an ihre Handelspartner einschränken, was nach Artikel 28 des Gatt-Vertrages nur durch entsprechende Konzessionen bei anderen Zollpositionen möglich ist. Hauptlieferant mit rund 500 Millionen Dollar waren 1983 die Vereinigten Staaten.

Die Bundesregierung, die schon in der Vergangenheit eine betont zögernde Haltung eingenommen hatte, machte ihre Zustimmung zu dem Verhandlungsmandat unter anderem von der Bedingung abhängig, daß die Verhandlungen ohne Zeitdruck geführt werden und keinen Zugzwang für den Fall ihres Scheiterns heraufbeschwören.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Kartellamt stellt Grundig und Philips Bedingungen

Berlin/Fürth (rtr) – Das Bundeskartellamt hat jetzt Bedingungen für den am 1. April geplanten Zusammenschluß zwischen der Grundig AG und dem niederländischen Elektrokonzern Philips aufgestellt. Ein Sprecher der Behörde gab bekannt, daß sich Philips von seiner 15prozentigen Beteiligung an der Loewe Opta GmbH in Kronach trennen müsse. Außerdem müßten die durch den Zusammenschluß entstehenden „sehr hohen Marktanteile" im Bereich Diktiergeräte reduziert werden. Ein Grundig-Sprecher erklärte die Bereitschaft des Fürther Konzerns, die Vertriebsorganisation für Diktiergeräte auszugliedern und zu verkaufen. Die Produktion der Diktiergeräte solle bei Grundig weiterlaufen. Beim Kartellamt hieß es, die beiden Konzerne seien zu eigenen Vorschlägen aufgefordert worden.

Über Rabatte einig

Bonn (AP) – Die Spitzenverbände der Wirtschaft haben sich darauf geeinigt, gemeinsam gegen überhöhte Hersteller-Rabatte und Mißbräuche bei der Preisgestaltung der Industrie für den Handel vorzugehen. Der Deutsche Industrie- und Handelstag teilte mit, die Frage der Preise und Rabatte solle in die „Gemeinsame Erklärung zur Sicherung des Leistungswettbewerbs" aufgenommen werden. In dieser Selbstverpflichtung der Wirtschaft waren bisher nur sachwidrige Nebenleistungen erfaßt. Vorschläge sollen bis zum Spätsommer erarbeitet werden. Vor allem die großen Handelsfirmen waren gegen diese Ausweitung gewesen. Sie wollten bisher nur gegen systematische Verkäufe unter Einstandspreis vorgehen, nicht aber gegen die bis um 25 prozentpunkte differierenden Konditionen beim Einkauf.

190 Millionen für Maxhütte

Brüssel (VWD) – Die von Bonn beantragten und jetzt in Brüssel freigegebenen Beihilfen zugunsten der Maxhütte belaufen sich nach Angaben aus Kommissionskreisen auf insgesamt 190 Mill. DM. Zusätzlich dazu können Bund und Land für Darlehen von 100 Mill. DM Bürgschaften übernehmen. Für die Böhler AG und den EBU wurden Subventionen von insgesamt rund 20 Mill. DM bzw. etwa zwölf Mill. DM genehmigt.

Wien erhöht Diskontsatz

Wien (AP) – Die österreichische Nationalbank hat die Erhöhung des Diskontsatzes von 3,75 Prozent auf 4,25 Prozent und des Lombardsatzes von 4,75 auf 5,5 Prozent beschlossen. Die Nationalbank erklärte, mit der Erhöhung der Leitzinssätze werde ein Beitrag für eine Anpassung der Zinsstruktur an die außenwirtschaftlichen Erfordernisse geleistet.

Mode-Branche optimistisch

Düsseldorf (dpa) – „Kräftigen Orderzuwachs" verzeichnete die Modeindustrie bei der gestern beendeten 140. IGEDO-Modemesse in Düsseldorf. Die optimistische Stimmung, so hieß es in einer Mitteilung der Messeleitung, sei durch die Orderfreudigkeit des Handels bestätigt worden. 85 Prozent der Einkäufer haben nach Feststellungen der Organisatoren gleich hohe oder höhere Aufträge erteilt wie im Vorjahr. 12 300 der insgesamt fast 50 000 Fachbesucher kamen aus dem Ausland.

Dollar erneut schwächer

Frankfurt (rtr) – Der Dollar ist am Mittwoch an den europäischen Märkten erneut stark unter Druck geraten. An der Frankfurter Devisenbörse sackte der Kurs beim amtlichen Fixing um mehr als vier Pfennige auf 2,5484 (2,5904) Mark ab. Die Bundesbank griff bei der Kursfindung nach Angaben von Händlern nicht in den Markt ein. Als Hauptgrund für den ausgeprägten Kursverlust nannten Devisenhändler den Rückgang der US-Einzelhandelsumsätze im Februar.

GROSSBRITANNIEN

Bankenbeteiligung am Brokergeschäft

WILHELM FURLER, London

In der Londoner City wird von einer „Revolution im Finanz-Dienstleistungsbereich" gesprochen: Gemeint ist die teilweise Öffnung der britischen Börsen für Außenseiter, von der insbesondere die großen Geschäftsbanken wie auch die Merchant Banks durch Beteiligungen an Jobber- und Brokerfirmen profitieren wollen. Seit es möglich ist, an Jobberfirmen (Jobber sind die Eigenhändler an den britischen Börsen, die auf eigene Rechnung Wertpapiere kaufen und verkaufen) und Brokerfirmen (Börsenhändler für die Kunden) Beteiligungen von bis zu maximal 29,9 Prozent zu erwerben, ist in London auf diesem Gebiet eine wahre Beteiligungswelle angelaufen.

Den spektakulärsten Schachzug hat jetzt Großbritanniens größte Clearing Bank Barclays enthüllt. Barclays wird zusammen mit dem größten Londoner Jobber-Haus, Wedd Durlacher Mordaunt, und einem der führenden Stockbroker-Unternehmen, de Zoete & Hevan, ein nach eigenen Angaben „mächtiges Konglomerat für den internationalen Wertpapierhandel" auf die Beine stellen.

Dies ist das erste Mal, das eine direkte Verbindung zwischen einer Großbank und beiden Seiten des Börsenhandels hergestellt wird. Barclays beabsichtigt, als Partner mit einem 29,9prozentigen Anteil bei Wedd einzusteigen; ähnliches ist für die Zusammenarbeit mit de Zoete vorgesehen. Dabei sollen diese Beteiligungen, wenn die Stock Exchange solches einmal erlauben sollte, auf bis zu 75 Prozent ausgeweitet werden.

Bis zum vergangenen Jahr waren die britischen Börsen für Außenseiter geschlossen; das Publikum war auf die jeweiligen Broker angewiesen. Zwar bedeutet die Möglichkeit, eine Beteiligung an Jobber- und Brokerhäusern in Höhe von bis zu 29,9 Prozent übernehmen zu können, nach britischem Aktienrecht nicht, das ein wirklicher Einfluß ausgeübt werden könnte. Aber die jetzt von Barclays angekündigte Gründung eines Finanz-Konglomerates ist ein Schritt in Richtung Liberalisierung der Londoner Finanzmärkte. Ähnliche Vorhaben wurden von der Midland Bank bekanntgegeben, deren Merchant-Bank-Tochter Samuel Montagu einen 29,9prozentigen Anteil am führenden Londoner Stockbroker W. Greenwell übernehmen wird.

EG / Nach Einigung über Grenzausgleich beginnen morgen neue Verhandlungen über das Agrar-Preispaket

Die Landwirte und Verbraucher üben Kritik

Ha./Mk. Brüssel/Bonn

Der überraschende Durchbruch bei den Bemühungen um die Reform der europäischen Agrarpolitik hat die Landwirtschaftsminister der EG ermutigt, weitere „Überstunden" einzulegen. Drei Tage vor dem Brüsseler Treffen der Staats- und Regierungschefs wollen sie morgen versuchen, auch einen Kompromiß über das diesjährige „Preispaket" sowie über die Ausgabenbegrenzung für andere Produkte als Milcherzeugnisse zu erreichen.

Für die Preisverhandlungen liegt ein Vorschlag der französischen Präsidentschaft vor, der für die wichtigsten Erzeugnisse (Weizen, Gerste, Roggen, Mais, Zucker, Rind- und Schweinefleisch sowie Olivenöl) eine Preissenkung um ein Prozent Ecu vorsieht.

Nach der Grundsatzeinigung der Minister wird der Abbau in der ersten Phase (wahrscheinlich zum 1. April) durch eine Kürzung von drei Prozentpunkten des gegenwärtigen „positiven" deutschen Grenzausgleichs (9,8 Prozent) beginnen. Dies bedeutet wirtschaftlich eine Verringerung der Einfuhrabgaben und Ausfuhrsubventionen an der deutschen Grenze, da sich die „grünen" Leitkurse zur Umrechnung der europäischen Preise künftig an der stärksten EG-Währung orientieren sollen.

In den Schwach-Währungsländern können die Erzeugerpreise in nationaler Währung entsprechend angehoben werden. Diese Mitgliedstaaten brauchen eine höhere Preissteigerung, da sie auch mit bedeutend größeren inflationären Kostensteigerungen zu kämpfen haben. Für die deutschen Landwirte bringe die Operation keine Einkommensverluste. Dafür wird die Umwandlung die EG-Kasse 1984 etwa 288 Mill. und im folgenden Jahr rund 900 Mill. Mark mehr kosten.

Die für den 1. April 1985 geplante zweite Phase des Modells sieht einen Abbau des „positiven" deutschen Währungsausgleichs um fünf Prozentpunkte vor. Die durch die Aufwertung der „grünen" Mark (gegenüber dem Ecu) entstehende Senkung der nationalen Agrarpreise soll durch Ausgleichszahlungen an die Landwirte kompensiert werden. Der größte Teil dieser Mittel von rund 2 Mrd. Mark muß vom Bund finanziert werden.

Offen ist der Zeitpunkt für die Beseitigung der restlichen Grenzausgleichsbeträge von 1,8 Prozent. Er soll im Rahmen eines früher vereinbarten „Gentlemen's Agreement" erfolgen. Er sieht vor, daß der Abbau unter Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Einkommensentwicklung geschehen soll, zu keiner nominalen Preissenkung für die deutschen Bauern führen darf und im Rahmen der jährlichen Brüsseler „Preisrunde" vereinbart wird.

Der vorläufige Brüsseler Agrarkompromiß ist in der Bundesrepublik bei Bauern, bei Verbrauchern und im Außenhandel auf Kritik gestoßen. Die Landwirte seien nicht bereit, sich auf dem Altar der EG opfern zu lassen, erklärte Bauernverbands-Präsident Constantin Freiherr Heereman auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung seiner Organisation in Bonn. Er appellierte an die Bundesregierung, nichts unversucht zu lassen, die Talfahrt der Einkommen zu bremsen und den Bauern wieder Hoffnung und Mut zu machen.

„Das mindeste, was wir in der laufenden Preisrunde erreichen müssen, ist ein Inflationsausgleich." Für Heereman werde derjenige unglaubwürdig, der die Mengen begrenzen, bei den Preisen jedoch nicht zulegen wolle. Wenn die Bundesregierung aus übergeordneten politischen Gründen einem Abbau des Grenzausgleichs zustimmt, sei sie verpflichtet, an anderer Stelle für einen Ausgleich zu sorgen. Heereman verlangte verbindliche Zusagen über Dauer und Höhe der Zahlungen. Er verteidigte zwar die Quotenregelung für Milch. Die Kontingente müßten jedoch bei der aktuellen Produktion ansetzen.

Für die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher wird die Agrarpolitik noch teurer und ineffizienter. Die Minister hätten deutlich gemacht, daß sie trotz der unverändert großen Überschußprobleme an den überhöhten Preisen festhalten wollten. „Der Präzedenzfall der Kontingentierung ist zugleich die Weichenstellung in eine planwirtschaftliche Richtung."

OSTHANDEL / DIW: Zahlungsbilanz-Probleme

Wachstum mit der UdSSR

PETER WEERTZ, Berlin

Der Außenhandel der Bundesrepublik mit der Sowjetunion und den osteuropäischen Ländern (Osthandel) hat sich 1983 wieder unterschiedlich entwickelt. Wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) berichtet, stieg das Handelsvolumen im Osthandel (ohne innerdeutschen Handel) im vergangenen Jahr um 6 Prozent auf rund 40 Mrd. DM. Damit beträgt der Anteil dieser Region am Warenhandel der Bundesrepublik nach wie vor nur knapp 5 Prozent.

Während jedoch die Exporte in die UdSSR um fast ein Fünftel auf 11,24 Mrd. DM wuchsen, gingen sie mit den übrigen Ländern des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW oder Comecon) um 4,4 Prozent auf 8,48 Mrd. DM zurück. Gleichzeitig betrugen die Importe aus der UdSSR 11,8 Mrd. DM (plus 4,5 Prozent) und aus den übrigen RGW-Ländern (ohne „DDR") 7,97 Mrd. DM (plus 1,3 Prozent).

Der Rückgang der Exporte in die osteuropäischen Staaten wird vom Berliner Institut mitden Zahlungsbilanzproblemen dieser Länder begründet, die zu Importdrosselungen aus westlichen Ländern führten. „Dem Diktat der Zahlungsbilanz fielen dort vor allem Einfuhren von Investitionsgütern, besonders Maschinenbauerzeugnisse (minus 10 Prozent), zum Opfer", meinen die Berliner Ostexperten.

Der hohe Zuwachs der Exporte in die UdSSR kam unerwartet. Gestiegen sind besonders Stahlröhren und Maschinenbauprodukte. Der Anteil der Fertigwaren an den deutschen Exporten lag mit 90 Prozent besonders hoch. Bei den Importen aus der UdSSR entfielen rund 80 Prozent auf Erdöl, Erdgas und Mineralölprodukte.

Zugleich hat das DIW die Beschäftigungseffekte im Osthandel untersucht, allerdings ohne dabei Arbeitsplatzverluste durch Importe zu berücksichtigen. Insgesamt waren nach den Angaben des Berliner Instituts rund 220 000 Erwerbstätige für den Export in die RGW-Länder tätig. Dies entspricht einem Anteil von 1 Prozent der Beschäftigten. Auf die Lieferungen in die UdSSR entfällt allein ein Beschäftigungseffekt von 120 000.

FRANKREICH / Autoproduktion im Januar erhöht

Erhebliche Absatzprobleme

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Das neue Jahr hat für die französische Automobilindustrie schlecht begonnen. Sowohl auf dem inländischen wie dem ausländischen Markt wurden Absatzeinbußen verbucht, die im starken Kontrast zu der verhältnismäßig günstigen Entwicklung des letzten Jahres stehen. Sie hatten Frankreich eine Steigerung der Pkw-Produktion um 6,6 Prozent gegenüber 1982 erlaubt, obwohl hier 1,9 Prozent weniger Wagen neu zugelassen wurden.

Im Januar und Februar schrumpften die Zulassungen über der gleichen Vorjahreszeit um neun Prozent. Dabei gingen die an ausländischen Wagen um 5,8 Prozent zurück, womit deren Marktanteil aber immer noch 35,3 Prozent erreichte, im Vergleich zu 32,66 Prozent in 1983. Immerhin wurden erstmals auch verschiedene Importmarken von der französischen Konjunkturschwäche betroffen.

Die nationalen Hersteller verbuchten insgesamt auf ihrem Markt noch größere Absatzverluste, so die staatlichen Renault-Werke von 18,8 Prozent und die Peugeot-Gruppe von 1,7 Prozent. Die einzelnen Marken der Gruppe entwickelten sich allerdings sehr unterschiedlich. Während an Peugeot-Wagen 22,7 Prozent mehr verkauft wurden, ging der Absatz der Citroën-Wagen um 7,0 Prozent und der von Talbot-Wagen um 48,1 Prozent zurück – maßgeblich aufgrund des Januar-Streiks bei Talbot.

Die Ausfuhr ist im Januar um 0,8 Prozent gefallen (Jahresvergleich). Der Branchenverband erblickt darin eine Konsolidierung der verstärkten Pkw-Exportsteigerung von 10,3 Prozent im vergangenen Jahr. Trotz dieser Absatzschwäche im In- und Ausland stieg die französische Pkw-Produktion im Januar um 3,1 Prozent, da die in den vorangegangenen Monaten stark reduzierten Vorräte wieder aufgestockt worden sind. Gleichzeitig wurde die Fertigung der Autoteile für Montagen im Ausland um 28,3 Prozent reduziert.

Einzelhandel ist wieder zufriedener

fu, London

Das Geschäft im britischen Einzelhandel hat sich im Februar nach dem scharfen Einbruch zum Jahresbeginn wie erwartet wieder erholt. Gegenüber Januar nahmen die Einzelhandels-Verkäufe nach Angaben des Ministeriums für Handel und Industrie dem Volumen nach um ein Prozent zu. Damit lagen sie um 3,5 Prozent über dem Niveau im gleichen Vorjahres-Monat, andererseits aber immer noch deutlich unter dem Durchschnitt der letzten drei Monate des vergangenen Jahres, als der Einzelhandels-Boom in Großbritannien einen Höhepunkt erreichte.

Für den scharfen Rückgang im Januar um drei Prozent hatte das Ministerium das extrem schlechte Winterwetter verantwortlich gemacht. Den Anstieg der Einzelhandelsverkäufe im Februar trugen die starken Nachfrage im Bekleidungssektor und der anhaltende Run auf elektronische Geräte – insbesondere ausgeprägt bei Mikrowellen-Herden und Personal-Computern.

Delors revidiert das Inflationsziel

J. Sch. Paris

Der französische Lebenshaltungskostenindex ist im Februar nach vorläufigen Berechnungen um 0,7 Prozent gestiegen, nachdem er sich schon im Januar um den gleichen Satz erhöht hatte. Die Teuerung übertraf damit erheblich das Preisstabilisierungsziel der Regierung von fünf Prozent. Wirtschafts- und Finanzminister Delors hat deshalb als neues Ziel die Verminderung des „Inflationsrhythmus auf fünf Prozent zum Ende dieses Jahres" verkündet. Eine neue Jahresrate nannte er nicht.

Nach OECD-Schätzung dürfte sie 7,25 Prozent erreichen, nach 9,2 Prozent im Jahre 1983. Delors hat dieses Jahr überraschend frühzeitig Farbe bekannt. Denn bei den gerade jetzt angelaufenen Lohnverhandlungen fordern die Gewerkschaften eine Kaufkraftgarantie, während die Regierung die Sozialpartner auf Lohnerhöhungen von nur fünf Prozent für 1984 festlegen will. Selbst die gemäßigte Force Ouvrière spricht von einem großen Täuschungsmanöver.

US-STAHLINDUSTRIE / Nach Scheitern der Fusion

Streit um Antitrust-Politik

H.-A. SIEBERT, Washington

In der Reagan-Administration ist ein heftiger Streit über die Genehmigung von Zusammenschlüssen in der US-Stahlindustrie ausgebrochen. Justizminister William French Smith billigte die Entscheidung seiner Anti-Trust-Abteilung, eine Fusion der Republic Steel mit Jones & Laughlin nur unter strengen Auflagen zuzulassen. Die Behörde stütze ihre Urteile auf Fakten und das Gesetz und nicht auf populäre Deklamationen innerhalb und außerhalb der Regierung, betonte er. Die Schelte richtet sich vor allem gegen Handelsminister Malcom Baldrige, der gegen den „unrealistischen Beschluß" scharf protestiert hatte. Unmut hatte aber auch das Weiße Haus bekundet.

Die US-Stahlbranche wertet die Gegenattacke des Justizministers als ein böses Omen. Nach ihrer Ansicht ist dadurch die Position der Anti-Trust-Abteilung in einem Augenblick enorm gestärkt worden, in dem die Fusionsverhandlungen fortgesetzt werden. Befürchtet werden so harte Bedingungen, daß sich Aufkäufe nicht lohnen und damit die Strategie, die Überkapazitäten durch Zusammenschlüsse wegzurationalisieren, aufgegeben werden muß. Wie schon berichtet, hat U. S. Steel vergangene Woche von sich aus das Handtuch geworfen und ihre Übernahmeofferte an National Steel zurückgezogen.

Die Äußerungen von French Smith überraschen eigentlich nicht, da er gleich nach seinem Amtsantritt für eine Aufsplitterung des riesigen Telefonkonzerns AT&T eingetreten ist. Was Baldrige nun auf sich zukommen sieht, sind noch massivere Importschutzwünsche der US-Stahlindustrie.

Im Kongreß nimmt die Zahl der Senatoren und Abgeordneten schnell zu, die eine Beschränkung der Einfuhren auf 15 Prozent des amerikanischen Stahlverbrauchs über fünf Jahre unterstützen.

Pankraz Geiselhart

Landeszentralbank-Präsident a. D.

* 6. 7. 1899 † 9. 3. 1984

Ein an Erfolg und Schicksalsschlägen reiches Leben ist in Gott vollendet.

Wir gedenken seiner in Liebe und Dankbarkeit.

Anne Geiselhart geb. Hanselmann
Marianne Esposito geb. Geiselhart
mit Reiner, Peter und Carmela
Ursula Geiselhart
Bärbel Pacilli geb. Geiselhart
mit Kindern
Anny Geiselhart

4000 Düsseldorf, Schumannstraße 98

Die Beisetzung hat auf Wunsch des Verstorbenen in aller Stille stattgefunden.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

BILFINGER + BERGER / Bauleistung gesunken

Weniger Auslandsaufträge

INGE ADHAM, Frankfurt

Als „insgesamt befriedigend" wertet der Vorstand der Bilfinger + Berger Bau AG, Mannheim, die Ertragslage des vergangenen Jahres. Nach ausreichender Vorsorge insbesondere für die Risiken des Auslandsgeschäfts sei die Ausschüttung einer „angemessenen„ Dividende möglich, heißt es im Aktionärsbrief. Für 1982 waren 10 DM je 50- DM-Aktie gezahlt worden.

In der Entwicklung von Jahresbauleistung und Aufträgen spiegelt sich auch bei Bilfinger + Berger die derzeit für die deutsche Bauindustrie typische Entwicklung wider: Mit 3,52 (4,4) Mrd. DM blieb die Jahresbauleistung erwartungsgemäß rund ein Fünftel unter dem Vorjahreswert. Dabei stieg die Inlandsbauleistung um 14 Prozent auf 1,21 Mrd. DM, während die Auslandsleistung auf 2,31 (3,23) Mrd. DM zurückfiel.

Der Auftragseingang von 870 Mill. DM aus dem Ausland – im Vorjahr waren es noch knapp 2 Mrd. DM – zeigt, daß sich an der knappen Auftragsvergabe wegen knapper Mittel in den traditionellen Märkten der deutschen Bauunternehmen noch nichts geändert hat. Aus dem Inland holte Bilfinger + Berger für 1,3 (1,23) Mrd. DM neue Aufträge.

In das laufende Jahr ging die Gruppe mit einem Auftragsbestand von 4,13 (5,5) Mrd. DM, davon stammen noch gut 3 Mrd. DM aus dem Ausland. Die Zahl der Mitarbeiter ist entsprechend der gesunkenen Auslandsbauleistung auf 26 412 (33 328) Beschäftigte zurückgegangen, davon arbeiten 7627 im Inland.

In diesem Jahr rechnet Bilfinger + Berger wegen der „allgemeinen internationalen Marktsituation" mit einem weiteren Absinken der Auslandsbauleistung; im Inland wird dagegen eine etwa gleich hohe Bauleistung wie 1983 erwartet.

BUNDESBAHN / Große Hoffnungen werden in die Neubaustrecken gesetzt

Gohlke: Kein Rückzug aus der Fläche

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Die Deutsche Bundesbahn, die ihren Verlust 1983 um runde 400 Mill. DM auf 3,75 (4,15) Mrd. DM drücken konnte, hat auch für 1984 ehrgeizige Pläne. Zwar seien Kraftakte wie im letzten Jahr nicht ständig zu wiederholen, so der Vorstandsvorsitzende Reiner Gohlke. Doch das Ziel sei es, den Fehlbetrag wieder wenigstens auf Vorjahreshöhe zu drücken und damit erneut deutlich unter dem Planansatz (4,1 Mrd. DM) zu bleiben.

Voraussetzung dafür wäre freilich eine Null-Runde bei den Personalkosten. 1983 wurden die Personalausgaben – bei einem Abbau der Belegschaft um 11 500 auf 303 000 Mitarbeiter – auf 11,75 (11,83) Mrd. DM gesenkt. In diesem Jahr soll die Mitarbeiterzahl um weitere 10 000 bis 12 000 reduziert werden, allerdings möglichst ohne Entlassungen, wie Gohlke betont. Auch danach müssen sich die Bundesbahner auf flexible Zeiten einstellen. Dabei geht es freilich nicht nur bergab: „Ein Abbau ist da nötig, wo der Markt Leistungen nicht verlangt, ein Ausbau aber da, wo er sie verlangt."

Weniger gefragt ist offenbar das Nahverkehrsangebot – weitere Strekken, die weniger als 1000 Reisende pro Tag zählen, sollen von der Schiene auf die Straße umgestellt werden. „Wir wollen uns aber keineswegs aus der Fläche zurückziehen, sondern lediglich das Angebot so verbessern, wie der Markt es verlangt", merkt Gohlke an.

Beim Ausbau setzt der Bahnvorstand ganz besonders auf die geplanten Neubaustrecken (Hannover–Würzburg und Mannheim–Stuttgart). Von den 40 Mrd. DM, die die Bahn bis 1990 investieren will, sollen 14 Mrd. DM in den Ausbau des Streckennetzes fließen. Die übrigen 26 Mrd. DM werden für Fahrzeuge und Bahnanlagen und zur Rationalisierung eingesetzt werden.

Die erhöhten Investitionsanstrengungen haben sich schon in der Planung für 1984 niedergeschlagen. Vom Gesamtvolumen von 5,13 (4,36) Mrd. DM werden 1,5 Mrd. DM allein für Neu- und Ausbaustrecken ausgegeben werden; 1985 soll dieser Posten auf 2 Mrd. DM steigen. Gohlke drängt zur Eile – die Schnellstrecken sollen möglichst vor dem Zieltermin Frühjahr 1991 in Betrieb gehen: „Unser Wirtschaftsergebnis wird um 500 bis 700 Millionen Mark verbessert, wenn die Neubaustrecken fertig sind." Von 1987 an werden dann auch die „Fuhrpark"-Investitionen erheblich steigen, weil die Fahrzeuge dafür in Auftrag gehen.

Unterdessen will sich das Bahn-Management an allen Fronten um neue Kunden und Aufträge bemühen. Nach den rosaroten Wochen des vergangenen Jahres wird es ab Ende März ein ganzes rosarotes Jahr im Personenverkehr geben, das in drei Saisonstufen enorme Sparmöglichkeiten für 6-Tage-Rückfahrkarten bietet. Im Güterverkehr stehen zudem mehrere neue Dienste an, die überwiegend auf gezielte schnellere Beförderung abgestellt sind.

Eine Besserung zeichnet sich ohnedies schon ab: Die Verkehrserträge, die schon im schlechten Wirtschaftsjahr 1983 mit 15 (14,85) Mrd. DM gut gehalten wurden, lagen in den ersten beiden Monaten 1984 um mehr als 10 Prozent über den (freilich miserablen) Vorjahreswerten.

BRAUEREI BECK / Erstmals Bilanz vorgelegt

Ein glänzender Abschluß

HANS BAUMANN, Bremen

Ein vornehmes Haus erweist der Öffentlichkeit seine Reverenz: Die Beck-Gruppe in Bremen legt zum ersten Mal ihre Bilanz vor, obwohl sie dazu vom Gesetzgeber erst im kommenden Jahr gezwungen gewesen wäre. Es ist ein Abschluß für 1982/83 (30. 6.), der sich sehen lassen kann. Der Gruppenumsatz betrug 688,7 Mill. DM, davon 595 Mill. DM bei Getränken und 539 Mill. DM bei der Mutter Beck GmbH & Co., die 1981 mit der Haake-Beck Brauerei AG fusionierte.

Der Getränkeabsatz der Gruppe betrug rund 3,63 Mill. Hektoliter, davon 2,96 Mill. Hektoliter Bier. Im weit fortgeschrittenen neuen Geschäftsjahr 1983/84 erhöhte sich der Absatz an Eigenbier nochmals um 4,8 Prozent, der Umsatz kam mit plus 9,6 Prozent weit schneller voran. Josef Hattig, Geschäftsführer Marketing, der gleichzeitig Aufsichtsrats-Vorsitzer bei Haake-Beck ist, erklärte vor der Presse, daß die Gruppe damit 1983/84 zum ersten Mal mehr als 3 Mill. Hektoliter Bier absetzen wird.

Der Mengenerfolg wurde sowohl im Ausland als auch im Inland erzielt. Die Ausfuhr (vornehmlich in Containern nach USA) erhöhte sich um 12,5 Prozent auf 1,23 Mill. Hektoliter, das sind rund 41 (37,5) Prozent des Gesamtabsatzes. Die Beck-Gruppe ist damit mit Abstand der größte deutsche Bier-Exporteur.

Aber auch das Inlandsgeschäft brachte mit plus 3,6 Prozent bei fast stagnierendem Markt gute Erfolge. Die Premium-Marke Beck's brachte es allein auf einen Zuwachs von 6,7 Prozent und das Haake-Beck-Sortiment auf plus 1,5 Prozent. Beck's produzierte rund 1,9 Mill. Hektoliter und Haake-Beck rund 1 Mill. Hektoliter. Beck's hat jetzt einen Faßbier-Ausstoß von 100 000 Hektolitern (plus 16,9 Prozent), der Faßbieranteil der Gruppe liegt bei 26 Prozent.

Investiert wurden in Sachanlagen in der Gruppe 42,6 Mill. DM, davon bei der Mutter Beck & Co. 35 Mill. DM. Wie groß die Finanzierungskraft ist, zeigt der Brutto-Cash-flow von 85 Mill. DM. Auch im neuen Jahr bleibt es bei einer hohen Investitionsrate von rund 45 Mill. DM. In den vergangenen drei Jahren wurden 140 Mill. DM investiert. In der Bilanz stehen 46,6 Mill. DM zur Absatzsicherung zu Buche.

Sehr restriktiv ist bei Beck & Co. die Einwegpolitik. Der durchschnittliche Literpreis in Drittel-Liter-Gebinden (vornehmlich Dosen) betrug im Berichtsjahr 1,89 DM, für Beck's allein 2,84 DM. Bei so stolzen Preisen bleibt es nicht aus, daß der Einweganteil um 6 Prozent schrumpfte. „Die forcierten Bemühungen einiger west- und norddeutscher Brauereien, den Absatz der Halb-Liter-Dose auszuweiten, wird von uns mit kühler Zurückhaltung betrachtet", sagte Hattig.

Bei der Erläuterung des Abschlusses wies Finanzchef Horst Brandt darauf hin, daß 16 Unternehmen konsolidiert werden. Für das Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.) der Haake-Beck AG erwartet Brandt ein besseres Ergebnis, ebenso wie für das neue Geschäftsjahr der Gruppe. Für das Rumpfgeschäftsjahr 1981/82 (neun Monate) wurden 7,5 Prozent Dividende auf 12,3 Mill. DM Aktienkapital bezahlt. Der Gewinn der Gruppe verbirgt sich in den Konzerneigenmitteln von fast 160 Mill. DM, das sind 32 Prozent der Bilanzsumme.

KAPITAL & WERT / Schwerer Start für Inno-Fonds

DAL kündigt Kooperation

INGE ADHAM, Frankfurt

Nach der Einschränkung steuerlicher Vorteile für Immobilienanleger sieht Uwe Gabbert, Vorstandsvorsitzender der Mainzer Anlagegenossenschaft Kapital & Wert e. G. (K & W) den „freien" Kapitalmarkt in der Bundesrepublik an einem „nicht unwesentlichen Wendepunkt". Bereits im vergangenen Jahr habe der gesamte Markt für steuerorientierte Kapitalanlagen nach vorsichtigen Schätzungen Einbußen von mindestens 25 Prozent hinnehmen müssen.

Vorerst jedoch muß Gabbert, der sein Unternehmen mit neuen Anlageformen für die kommenden Entwicklungen gerüstet sieht, mit einem spezifischen „Wendepunkt" für K & W fertigwerden. Die Deutsche Anlagen-Leasing GmbH (DAL), Mainz, auf deren Objekte in bisher 123 Real-Wert-Fonds immerhin 614 Mill. DM des seit K & W-Gründung 1977 gesammelten Zeichnungskapitals von insgesamt 1,4 Mrd. DM entfallen, hat nämlich Ende Februar den bis 1993 laufenden Kooperationsvertrag fristlos gekündigt. Die Begründung, die Vertriebskosten von K & W seien zu hoch, hält Gabbert für nicht stichhaltig. Man strebe aber im Interesse der 9100 Genossenschaftsmitglieder und der annähernd 10 000 Real-Wert-Zeichner eine „einvernehmlichen Regelung auf dem Verhandlungswege" an.

Mit dem ersten Angebot, das den Weg zum „Emissionshaus für Industrie- und Immobilienbeteiligungen" bereiten sollte, dem Inno-Wert Fonds Nr. 1, hat sich K & W bisher schwerer getan, als erwartet. Statt der erhofften 20 Mill. DM zeichneten die Anleger bis zum Jahresende nur gut 9 Mill. DM. Gabbert räumte Fehler bei der Fonds-Konstruktion ein, geht aber davon aus, daß nach „ersten vorzeigbaren Beteiligungsinvestitionen" (insgesamt „stehen" 5 Beteiligungsvorhaben) die zweite Tranche von 10 Mill. DM „zügiger" gezeichnet wird; zwei weitere Inno-Fonds seien für dieses Jahr geplant.

Insgesamt plazierte K & W im vergangenen Jahr 252 (299) Mill. DM bei privaten Kapitalanlegern, davon entfielen rund 140 Mill. DM auf Real-Wert-Fonds, deutlich weniger als geplant. Die bekannten Schwierigkeiten der DAL haben übrigens von Mitte Oktober bis Ende Januar zu nominal 67 Mill. DM Anteilsrückgaben von Real-Wert-Zeichnern geführt; ihre vertragsgemäße Ablösung wird die DAL mit rund 25 Mill. DM belasten.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Gerangel um Vorstand

Stuttgart (nl) – Bei der Bestellung eines neuen Vorstandsmitglieds für das Ressort Forschung und Entwicklung der Daimler-Benz AG - vom Aufsichtsratsvorsitzenden war Rudolf Hörnig, Direktor der Pkw-Versuchsabteilung, nominiert - wurde auf einer AR-Sitzung, wie erwartet, nicht die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit erreicht. Es werde nunmehr nach Angaben des Unternehmens der gesetzlich vorgesehene Vermittlungsausschuß einberufen.

ITT-Gewinn stagniert

New York (dpa/VWD) – Die ITT Corp. hat 1983 ihren Reingewinn lediglich um 1,8 Prozent auf 675 Mill. Dollar (rund 1,7 Milliarden DM) ausbauen können. Das Umsatzvolumen des US-Elektronik- und Fernmeldekonzerns ist nach einer jetzt veröffentlichten Firmenmitteilung um 4,7 Prozent auf 20,2 Mrd. Dollar gesunken. Die ITT begründete den Umsatzrückgang mit dem hohen Dollarkurs und dem Verkauf verschiedener Tochterfirmen.

Linde bleibt bei 9 DM

Wiesbaden (Wb.) – Die Linde AG, Wiesbaden, bietet ihren Aktionären in der Hauptversammlung am 17. Mai für 1983 eine unveränderte Dividende von 9 DM je 50-DM-Aktie an. Die freie Rücklage wird mit 10,6 (12,2) Mill. DM dotiert. Der Inlandskonzern hat seine Umsätze 1983 um gut 6 Prozent auf 2,67 (2,5) Mrd. DM gesteigert. Die Auftragseingänge dagegen gingen um 6 Prozent auf 2,42 (2,57) Mrd. DM zurück. Die Belegschaft wurde mit 15 050 (15 090) Mitarbeitern fast auf dem Vorjahresstand gehalten.

Kochs Adler erfolgreich

Bielefeld (hdt.) – Um 5,4 Prozent auf 91,5 Mill. DM konnte die Kochs Adler AG, Bielefeld, 1983 ihren fast ausschließlich mit Industrienähmaschinen erzielten Umsatz erhöhen. Der Konzernumsatz stieg nach Angaben in einem Aktionärsbrief um 11 Prozent auf 112 Mill. DM. Als besonders erfolgreich erwiesen sich der Export nach Übersee und die Aktivitäten der amerikanischen Tochtergesellschaft. Der Umsatz auf den Ostmärkten war dagegen rückläufig. Das Betriebsergebnis lasse möglicherweise eine Dividende „mindestens in Vorjahreshöhe" (12 Prozent) zu.

Jacobs: Höhere Dividende

Zürich (VWD) – Aufgrund des um 20,4 Prozent auf 110,2 Mill. sfr gesteigerten Gewinns in 1983 beantragt der Verwaltungsrat der Jacobs-Suchard die Ausschüttung einer um 11,5 Prozent erhöhten Dividende von 145 (130) sfr für die Inhabertitel, von 29 (26) sfr für die Namen-Titel und von 14,50 (13) sfr für die Partizipationsscheine. Das Unternehmen konnte den Umsatz 1983 um 12,3 Prozent auf 4,565 Mrd. sfr steigern.

Zu hoch gegriffen

Düsseldorf (DW.) – Der Zinsüberschuß der Nationalbank AG, Essen, betrug im letzten Jahr 65,7 Mill. DM, nicht der Jahresüberschuß, wie irrtümlich berichtet. Der stieg auf 6,6 (6) Mill. DM (WELT v. 13. 3. 1984).

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Augsburg: Hans-Peter Blaha, Dipl.-Ing. (FH), Bauunternehmung und Planungsbüro; **Bad Hersfeld:** Nachl. d. Anna Margareta Schäfer, Breitenbach/Herzberg; **Bochum:** Rita Gnich; **Dortmund:** Kurt Mönkemeier, Lünen; **Duisburg:** Gleisbau Becherer GmbH, Oberhausen 11; **Emden:** Günter Schneider; **Freiburg i. Br.:** Büromaschinen Schemmer GmbH; **Friedberg (Hessen):** Ökonomica Bau- u. Siedlungsges. mbH, Bad Nauheim; **Gütersloh:** EDIMA Bauvertrieb GmbH; **Köln:** Fehr-Bau GmbH i. L.; **Lübbecke:** Wertinette Bauelemente GmbH; **München:** Eppler u. Kandl GmbH; **Nördlingen Zwgst. Donauwörth:** Kaufhaus Paul, Mathilde Paul GmbH & Co., Dillingen; **Siegburg:** Schmitz + Biertber KG; **Stadthagen:** Reinhold Fischer, Zimmermeister, Bad Nenndorf; **St. Wendel:** Em. Marschall GmbH; **Wittlich:** Georg Heinz, Kopp; **Wuppertal:** Montax Montage und Reparatur Service GmbH.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Stuttgart-Bad Cannstatt: J. A. Braun GmbH & Co. KG.

Vergleich beantragt: Albstadt: Bauunternehmung Gebr. Schairer OHG; **Eschwege:** Alfred Hendrich Bekleidungswerke KG; **Gütersloh:** Fritz Witlake Möbelfabrik KG; Witlake – Möbel GmbH – Verwaltung u. Vertrieb; Möbel-Witlake Produktions-GmbH.

LEFFERS / Kapitalerhöhung für Investitionsstoß

Guter Textilhandels-Gewinn

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Um die Hälfte höher als alles, was seit der ersten Aktienemission ins Publikum (1977) investiert wurde, plant das Textil- und Modehausunternehmen Leffers AG, Bielefeld, für 1984 mit 35 (7,3) Mill. DM die Sachinvestitionen. Ertrags- und Expansionskraft der noch mit 50,15 Prozent im Familienbesitz liegenden Firma wird den etwa 1000 Aktionären zur Hauptversammlung am 27. April gleich dreifach demonstriert.

Dividendenerhöhung für 1983 auf 11 (10) DM, Kapitalaufstockung durch Zusatzaktien auf 18 (12) Mill. DM und anschließende Bar-Kapitalerhöhung auf 24 Mill. DM durch Erstmals-Emission stimmrechtsloser Vorzugsaktien zum Preis von 150 DM (bei derzeit 427 DM Stammaktien-Börsenkurs). Die insgesamt 12 Mill. DM jungen Aktien sind ab Anfang 1984 gewinnberechtigt und die 6 Mill. DM Vorzugsaktien mit einem nachzahlbaren Vorzugsgewinnanteil von 5 Prozent ausgestattet.

Rundum zufrieden zeigt sich der Vorstand mit 1983. Auf dem hohen Sockel des Vorjahres (damals 25 Prozent Steigerung durch Sonderverkauf zum 50jährigen Firmenjubiläum) wurde der Umsatz in weiterhin 6 Häusern mit 18 500 (18 100) qm Verkaufsfläche um weitere 7,1 Prozent auf 203 Mill. DM und damit reichlich doppelt so stark wie beim Durchschnitt des deutschen Textileinzelhandels gesteigert.

Bei 75,5 (69,1) Mill. DM Rohertrag besserten sich der nur zu 40 (44) Prozent für die Dividende benötigte Jahresüberschuß auf 6,6 (5,5) Mill. DM und das DVFA-Nettoergebnis auf 28,35 (23,31) DM je Aktie. Aktienkapital und 16,7 (13,1) Mill. DM Rücklagen ergeben die stolze Eigenkapitalquote von 47,5 (48,4) Prozent der Bilanzsumme.

Der 1984er Investitionsausstoß dient vornehmlich dem Bau eines siebten Hauses (ehemalige bilka-Filiale in Münster). Zusammen mit anderen Erweiterungsinvestitionen wird damit die Verkaufsfläche nun um ein Drittel größer. Die Kundschaft dafür glaubt man gewinnen zu können, zumal der Umsatz in den ersten beiden Monaten dieses Jahres schon wieder um 19,5 Prozent zulegte. Trotz der Anlaufkosten in Münster soll der 1984er Gewinn „nicht wesentlich" von 1983 abweichen.

Weitere Impulse für den Videomarkt

J. B. Hamburg

Im Bereich der Unterhaltungselektronik bleibt der Teilmarkt Video expansiv. Nach Angaben des Deutschen Video Instituts in Berlin lagen 1983 die Zuwachsraten bei den einzelnen Produktgruppen zwischen 30 und 50 Prozent. Eine Befragung bei Herstellern und Importeuren von Videogeräten läßt zudem hohe Erwartungen für dieses Jahr erkennen. Zusätzliche Impulse erwartet die Branche durch Videorecorder mit Hifi-Ton, durch die kompakten Kamerarekorder und vor allem durch die Heimcomputer.

Im vergangenen Jahr sind auf dem Markt für Video und Heimcomputer rund 4 (i. V. 3,2) Mrd. DM umgesetzt worden. Der Anteil der Heimcomputer wird dabei auf rund 300 Mill. DM geschätzt; das entspricht einem Absatz von rund 400 000 Geräten. Auf dem Vormarsch sind weiterhin Videorecorder. Die Zahl der Haushalte mit diesen Geräten ist 1983 um knapp 30 Prozent gestiegen. Damit werden zur Zeit mehr als 3,5 Mill. Videogeräte privat genutzt. Das entspricht einer Marktsättigung von 15 Prozent. Das Video Institut geht davon aus, das bis Ende der achtziger Jahre in jedem zweiten Haushalt ein Videorecorder stehen wird.

DEUTSCHE GOODYEAR / Reifenpreise steigen – Blendende Umsatzrendite

Im Ersatzgeschäft kräftig zugelegt

HARALD POSNY, Köln

Die Deutsche Goodyear GmbH, Köln, Produktions- und Vertriebstochter des größten Kautschuk- und Reifenproduzenten der Welt, The Goodyear Tire & Rubber Company, Acron/Ohio (USA), erwartet 1984 auf dem Inlandsreifenmarkt sowohl im Erstausrüstungs- als auch im Ersatzbereich nur „geringfügige Zuwachsraten". Nach den Worten des Vorsitzenden der Geschäftsführung, Helmut Gieselmann, wird sich dabei der Trend zum Hochgeschwindigkeitsreifen und hierbei insbesondere zum „Superbreitreifen" fortsetzen. Aufgrund der Exportschwäche könne nicht mit einem Wachstum im Lkw-Geschäft gerechnet werden.

Goodyear selbst befindet sich im Aufwärtstrend. Die Planungen sehen für 1984 eine Umsatzsteigerung im Teilkonzern (einschl. des Reifenfachhandelsunternehmens Josef Kempen GmbH) auf 570 bis 590 Mill. DM vor. Etwa die Hälfte des Wachstums von 10 bis 12 Prozent soll aus Preiserhöhungen stammen, die aufgrund verschiedener Rohstoffverteuerungen notwendig und auch erzielbar seien. Entsprechend sollte auch der Gewinn vor Steuern auf 40 (35) Mill. DM steigen.

Goodyear ist 1983 in allen Produktsegmenten des Ersatzgeschäftes stärker gewachsen als die Branche. Im Pkw-Bereich legte das in Philippsburg produzierende Unternehmen (1640 Mitarbeiter) 18 Prozent zu, während der Gesamtmarkt nur um 5,9 Prozent auf 18 Mill. Stück wuchs. Noch stärker wurde der Lkw-Reifenabsatz (plus 20 Prozent) gegenüber dem Markt (plus 5,6 Prozent auf 1,9 Mill. Stück) gesteigert. Bei der Erstausrüstung verzeichnete das Unternehmen jedoch „geringfügige" Einbußen.

Den Marktanteil bezifferte Gieselmann im Erstausrüstungs- und Ersatzgeschäft auf knapp 9 Prozent. Damit läge Goodyear etwa auf Platz 5 der Anbieter. Der europäische Marktanteil dürfte bei 11 bis 12 Prozent (fast 3 Mrd. DM) liegen.

Der Teilkonzern Deutsche Goodyear erzielte 1983 einen Umsatzzuwachs von 7 Prozent auf 530 Mill. DM. Davon entfielen 394 (370) Mill. DM auf Goodyear und 136 (125) Mill. DM auf den Reifenhandel und Autoservice Kempen. Etwa 85 Prozent des Umsatzes stammen aus dem Reifengeschäft, das aber nur die Hälfte des Ergebnisses bestreitet. Die restlichen 14 Prozent Umsatz werden mit Luftfahrt-Service (Flugzeugbremsen-Reparatur), Sportartikeln, Verpackungsfolien und technischen Gummiwaren erzielt. Der Reifenumsatz verteilt sich zu 52 (48) Prozent auf Ersatz- und zu 48 (52) Prozent auf Erstausrüstung. Langfristig wird ein Verhältnis von 60 zu 40 Prozent angestrebt.

Das Nettobetriebsergebnis erreichte 32,7 (29) Mill. DM, was nicht zuletzt auf eine 30 Prozent-Steigerung der Produktivität in Philippsburg zurückgeht. Der Jahresüberschuß stieg auf 17,3 (14,8) Mill. DM, was eine in diesem Markt blendende Rendite von 3,3 (3) Prozent bedeutet. Die Dividende an die US-Mutter dürfte bei 14 (11) Mill. DM liegen. Der Eigenkapitalanteil macht 78 Prozent der Bilanzsumme aus. Die Investitionen betrugen 1983 rund 13 (9) Mill. DM, die Abschreibungen 10 (8) Mill. DM.

Der Goodyear-Konzern setzte letztes Jahr 9,74 (9,59) Mrd. Dollar um, davon waren je rund 1 Mrd. DM Dollar Erdöl-, Erdgasaktivitäten (Celeron Corp.), Luft- und Weltraumtechnik bzw. weitere technische Produkte. Infolge von US-Dollar-Kursverlusten mußte der Konzern eine Gewinneinbuße von 7,4 Prozent auf 330 Mill. Dollar hinnehmen.

Aktien überwiegend freundlich

In den Spitzenwerten aber auch gelegentliche Glattstellungen

DW. – Obwohl die Voraussetzungen für eine durchgreifende Kurserholung am deutschen Aktienmarkt besser geworden sind, weil die New Yorker Kurse aufwärts tendieren, die Renten freundlicher lagen und die Konjunkturprognosen nach wie vor günstig lauten, zogen sich die deutschen Standardwerte am Mittwoch nur sehr zögernd nach oben. Nach wie vor gibt es aus dem Ausland keine nennenswerten Kaufaufträge.

Ausschlaggebend für die widerstandsfähige Tendenz ist die nachgebende Abgabebereitschaft der inländischen Kundschaft. In einigen Spitzenwerten kam zwar erneut Material heraus, es wurde jedoch auf der bisherigen Kursbasis reibungslos aufgenommen. Maschinenbauwerte tendierten fester, eine Reaktion auf Berichte, wonach die Maschinenbaukonjunktur auf raschere Touren zu laufen beginnt. Überrascht hat, daß die Kurserholung in New York, die Notierungen der holländischen Standwerte nicht weiter nach oben zog.

Düsseldorf: AEG Kabel Rheydt erhöhten um 8 DM und Braun Vz. gaben um 10 DM auf 440 DM nach. DAT verloren 5 DM und Dyckerhoff St. 5 DM. Hindrichs Auffermann schlossen um 9 DM schwächer und Stahlwerke Bochum verloren 5 DM. Zanders gaben um 3,50 DM nach. Bei den Versicherungen verminderten Aachener Rück um 20 DM und Deutsche Conti Rück Inh. um 100 DM. Allianz Vers. stockten um 7 DM auf.

Frankfurt: Deutsche Conti-Rück. Inh. blieben bei 3670 DM plus 130 DM. Braun-Vorzüge fielen um 20 DM auf 490 DM, MAN Roland um 10 DM auf 390 DM und Stolberger Zink um 30 DM auf 1080 DM. Verbessern konnten sich Steigenberger um 30 DM auf 1450 DM und Buderus um 15 DM auf 450 DM.

Hamburg: Beiersdorf gingen 352 DM (plus 4 DM) und Bremer Vulkan mit 59,50 DM (plus 2,40 DM) aus dem Markt. HEW lagen bei 98,50 DM unverändert und NWK-Vorzüge bei 172,50 DM (minus 1 DM) etwas leichter. Phoenix Gummi konnten sich mit 141 DM knapp behaupten. Vereins- und Westbank wurden mit 305 DM auf gestriger Basis gehandelt.

München: Agrob St. erhöhten um 5 DM und Agrob Vz um 2 DM. Augsburger Kammgarn verloren 6 DM und Hutschenreuther 4,50 DM. Patrizier gaben um 7 DM nach und Zahnräder Renk verloren 7 DM auf 233 DM. Heilit erhöhten um 2 DM und NAK Stoffe ebenfalls um 2 DM.

Berlin: Bergmann und Spinne Zehlendorf zogen um je 10 DM und Kempinski um 7 DM an. Dub-Schultheiss lagen um 1,90 DM freundlicher. Herlitz Vorzüge gaben um 3 DM, Rheinmetall um 2 DM, Berthold und Herlitz Stämme um je 1 DM nach.

Nachbörse: freundlicher

WELT-Aktienindex vom 14. 3.: 148,2 (147,8); WELT-Umsatzindex vom 14. 3.: 1785 (1874)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Freiverkehr

Ungeregelter Freiverkehr

Unnotierte Werte

Inlandszertifikate

Ausländische DM-Anleihen

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Toronto

London

Amsterdam

Tokio

Mailand

Wien

Kopenhagen

Zürich

Brüssel

Madrid

Hongkong

Singapur

Paris

Sydney

Fluor	22,25	22,125	Revlon	29,75	29,50
Ford	38,875	38,375	Reynolds Ind	55	55,50
Foster Wheeler	13,50	13,75	Rockwell Int.	24,375	24,25
Fruehauf	39	39	Rotor Group	28,50	27,875
GAF Corp	15,75	15,875	Schlumberger	47,25	49,25
General Dynamics	45,75	46	Sears, Roebuck	34	34,675
General Electric	57	51,625	Shell Oil	56	56,675

Optionshandel

Frankfurt: 14. 3.: 973 Optionen = 50 400 (40 550) Aktien, davon 196 Verkaufsoptionen = 10 550 Aktien. Kaufoptionen: AEG 4-75/20,8, 4-95/7,4, 4-100/3,7, 4-110/2,6, 4-110/9,5, 7-110/9, 7-120/3,5, 10-90/20,2, 10-100/16,4, 10-110/11,5, 10-120/7, 10-130/4,3, BASF 4-160/8,9, 4-170/3, 7-170/8,4, 7-180/5, 7-200/1,9, 10-170/14, 10-190/5,5, Bayer 4-160/9, 4-170/3, 7-180/17,0, 7-170/12, 7-180/7, 7-200/2,3, 10-170/16,5, 10-180/10,2, 10-190/8, 10-200/6, Bekula 10-95/7,5, BMW 7-450/7,8, Commerzbk. 4-180/1, 4-190/2, 7-170/20, 7-180/13, 7-190/8,9, 7-200/5,7, 7-210/2, 10-190/13,8, Conti 4-140/1,55, 7-130/11,5, 7-140/7, 7-150/4,1, 10-140/10, 10-150/6, Dt. Babcock St. 4-170/1,65, 10-170/5,5, Dt. Babcock Vz. 4-170/7, 7-180/5, Deutsche Bk. 4-370/13,9, 4-390/4,0, 7-390/16, 7-410/9, 10-400/23, Dresdner Bank 4-160/14,4, 4-170/10,4, 4-180/4, 4-190/2, 7-170/18, 7-160/12, 7-190/7,3, 7-200/4, 10-180/14,6, 10-190/10, GHH St. 10-150/9,9, GHH Vz 4-130/5,6, Harpener 7-250/32, Hoechst 4-180/3, 7-170/17, 7-180/10,1, 7-190/6, 7-200/3,9, 10-170/22, 10-180/16, 10-200/8, Hoesch 4-100/17, 4-120/3,5, 7-110/16, 7-120/9, 7-130/5,2, 10-130/7,2, Klöckner 4-70/1, 7-60/9,9, 7-70/5,2, 10-70/8,5, 10-80/3, Mannesmann 7-140/11, 7-150/7, 10-150/12,4, 10-160/7,9, RWE St. 4-170/2, RWE Vz. 7-170/3,65, 10-170/6,2, Schering 7-350/14, 7-360/9,4, Siemens 4-380/20, 4-390/11, 4-400/4,6, 7-380/30,5, 7-400/19, 7-420/11,4, 7-430/7, 10-420/22,2, 10-440/12,4, Thyssen 4-80/3,5, 4-90/1,5, 7-90/5,05, 7-100/2, 10-90/8, 10-95/5, 10-100/4,7, Veba 4-180/1, 7-170/13,9, 7-180/5,4, 7-190/4, 10-190/7,8, 10-200/5,6, VW 4-210/4,5, 4-220/3, 7-200/20, 7-210/15,6, 7-220/9,9, 7-230/6,4, 7-240/5, 10-210/19, 10-220/17,5, 10-240/8-8, Chrysler 7-70/7,6, 10-60/7,9, Elf 7-70/6,4, 7-75/3,6, 10-60/18, Litton 10-100/14, Norsk Hydro 10-220/15, Philips 4-40/3,4, 7-40/5,1, 7-45/2,6, 10-40/7, 10-45/3,3. **Verkaufsoptionen:** AEG 4-85/1,6, 4-100/3,3, 7-90/2,1, 7-95/3, 7-100/5,4, 10-85/2,25, 10-90/3, 10-95/5,5, 10-100/9, BASF 4-160/1,5, 7-160/4,5, Bayer 4-170/7, 10-160/4,5, BMW 4-390/2,6, 10-390/11, 10-400/29,8, Commerzbk. 7-170/2,5, 10-170/5, Conti 7-130/3, 10-130/6, Daimler 7-550/10,0, Deutsche Bk. 7-370/5,5, 10-370/8,2, Degussa 7-370/4, Dresdner Bk. 4-170/1,2, 7-170/3, 10-170/4,9, GHH St. 7-145/6,6, Harpener 7-280/6,5, Hoechst 7-170/3, 7-180/6,5, 10-170/5,5, Hoechst 4-110/1,5, 4-120/4,9, 7-120/6,9, 10-110/3,9, 10-120/8, Karstadt 7-280/12,65, Kaufhof 10-240/8, KHD 10-230/6, Klöckner 7-70/7, 10-60/3,95, 10-65/5,95, Lufthansa St. 7-160/5, Lufthansa Vz. 7-160/8,9, Linde 7-360/6,4, Mannesmann 4-140/2,6, Rütgers 10-330/30, RWE Vz. 4-170/6, Siemens 4-380/2,4, 7-380/5,5, Thyssen 4-85/2, 7-85/4, Veba 4-170/2, 7-170/3, 10-160/2, VE 4-200/3, 4-220/12, 7-200/4, 10-190/4,2, 10-220/16,5, Alcan 7-80/6,4, 10-90/7,5, Chrysler 10-75/9, General Motors 7-180/11,4, IBM 7-280/11,6, Xerox 7-110/9,6. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 14. 3.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	10 –10¼	5½–5⅝	3¼–3⅜
3 Monate	10¼–10½	5½–5¾	3¼–3½
6 Monate	10½–10¾	5⅝–5⅞	3¼–3⅜
12 Monate	11 –11¼	6 –6¼	4 –4¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 14. März folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1700,00	2052,00
10 US-Dollar (Indian)**)	1133,00	1428,42
5 US-Dollar (Liberty)	490,00	638,40
1 £Sovereign alt	237,00	292,98
1 £Sovereign Elizabeth II.	232,00	287,28
20 belgische Franken	181,00	235,98
10 Rubel Tscherwonez	250,00	312,36
2 südafrikanische Rand	233,00	287,28
Krüger Rand, neu	1040,00	1225,50
Maple Leaf	1040,00	1225,50
Platin Noble Man	1062,00	1250,58

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	256,00	319,20
20 schweiz. Franken „Vreneli"	203,00	259,38
20 franz. Franken „Napoléon"	198,00	249,66
100 österr. Kronen (Neuprägung)	950,00	1157,10
20 österr. Kronen (Neuprägung)	191,00	240,54
10 österr. Kronen (Neuprägung)	103,60	134,52
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	454,00	557,46
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	108,00	145,92

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

14. 3. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs4)	Ankauf	Verkauf
New York3)	2,5444	2,5524	2,5178	2,51	2,60
London1)	3,756	3,770	3,734	3,70	3,85
Dublin1)	3,051	3,065	3,004	2,96	3,11
Montreal3)	1,9963	2,0043	1,9752	1,97	2,06
Amsterd.	88,390	88,610	88,39	87,50	89,50
Zürich	120,560	120,750	120,65	119,50	122,25
Brüssel	4,877	4,897	4,791	4,64	4,84
Paris	32,350	32,510	31,965	31,50	33,25
Kopenh.	27,235	27,355	33,76	26,25	28,35
Oslo	34,380	34,520	32,985	33,50	35,25
Stockh.**)	33,345	33,505	1,559	32,50	34,25
Mailand2) **)	1,602	1,612	14,174	1,57	1,67
Wien	14,184	14,224	1,674	14,10	14,32
Madrid**)	1,721	1,731	1,85	1,69	1,81
Lissabon**)	1,960	1,960	1,875	1,60	2,40
Tokio	1,1430	1,1460	–	1,11	1,17
Helsinki	45,860	46,060	44,66	45,25	47,00
Buen. Air.	–	–	–	–	11,00
Rio	–	–	–	0,07	0,40
Athen*) **)	2,4780	2,5320	–	2,00	2,80
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,4510	2,4700	–	2,41	2,52
Johannesbg.*)	2,1180	2,1370	–	1,93	2,18

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Der drastische Rückgang der amerikanischen Einzelhandelsumsätze und die Vorwahl-Siege des Demokraten Hart um die Präsidentschafts-Kandidatur waren am 14. 3. weiter bestimmend für den teilweise hektischen Kursrückgang des US-Dollar bis tiefst 2,5425, nachdem er in Europa noch mit 2,5610 eröffnet hatte. Das irische Pfund und der holländische Gulden verzeichneten mit 3,058 und 88,50 neue absolute Tiefstkurse. Die US-Dollar-Schwäche kam voll dem Verhältnis der D-Mark zu ihren wichtigen Partnerwährungen zugute. Der japanische Yen gab dabei um 1,3 Prozent auf 1,1445 nach. Die Abschwächung des Schweizer Franken um 37 Pf. auf 120,65 fiel dabei gering aus. Nach der Diskont- und Lombarderhöhung in Österreich befestigte sich der Schilling lediglich um 0,2 Pf auf 14,204. US-Dollar in: Amsterdam 2,8785; Brüssel 52,13; Paris 7,8645; Mailand 1584,25; Wien 1785,60; Zürich 2,1122; Ir. Pfund/DM 3,058; Pfund/Dollar 1,4766; Pfund/DM 3,763.

Ostmarkkurs am 14. 3. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Terminmärkte verzeichneten am 14. März keine besonderen Veränderungen. Die Abschläge für Pfund gegen DM notierten erweitert.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,04/0,94	3,14/3,04	6,20/6,00
Pfund/Dollar	0,17/0,135	0,61/0,64	1,33/1,37
Pfund/DM	1,70/0,30	3,70/2,30	6,40/5,00
FF/DM	34/18	93/77	168/152

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 14. 3.: Tagesgeld 5,5–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,7–5,8 Prozent; Dreimonatsgeld 5,75–5,9 Prozent.

Privatdiskontsätze am 14. 3.: 10 bis 29 Tage 3,55G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G–3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 14. 3.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. März 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/3 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,00 (6,23) – 7,50 (6,62) – 7,75 (6,88) – 8,00 (7,07) – 9,00 (7,24). Ausgabe 1984/4 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,00 (6,25) – 7,50 (6,66) – 7,75 (6,98) – 8,00 (7,15) – 9,00 (7,45) – 9,00 (7,67) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,54, 2 Jahre 6,66. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,50, Kurs 100, Rendite 7,50.



Bundesanleihen

		14. 3.	13. 3.
7¼ dgl. 83 S.39	5/88	98,9	98,76
7¼ dgl. 83 S.40	5/88	99,75	99,65
8 dgl. 83 S.41	6/88	101,1	100,9
8 dgl. 83 S.42	9/88	101,05bG	100,85
8 dgl. 83 S.43	12/88	101,2	101,15
8¼ dgl. 83 S.44	12/88	101,2	101,9

Bundesbahn

		14. 3.	13. 3.
F 4 Abl. 57*	4/84	102,05	100,1G
8 BGbahn 72	9/84	100,8	100,8
8¾ dgl. 76	9/84	100,95	100,95
6 dgl. 78 III	11/84	99,95bG	99,95bG

Bankschuldverschreib.

	14. 3.	13. 3.
F 5 Allg. Hypo. Pf 1	81G	81G
6½ dgl. Pf 5	87G	87
7 dgl. Pf 2	100	100G
F 7½ Bakola Pf 104	100,75G	100,75G
9 dgl. Pf 106	103G	103G
10 dgl. Pf 108	108,45G	108,45G
7 dgl. KS 132	95,85G	95,85G
8 dgl. KS 155	99,75G	99,75G
9 dgl. KS 160	102,85G	102,85G

Rentenkauf in Wellen

Der nachgebende Dollar hatte vorbörslich bei den öffentlichen Anleihen zu steigenden Notierungen geführt, besonders im kürzeren Bereich, auf den sich die Ausländer konzentriert hatten. In der ersten Börsenstunde schien dann die Anlagebereitschaft zu erlahmen und die zunächst erreichten Notierungen abzubröckeln. Dies wurde indessen während der zweiten Börsenstunde verhindert. DM-Auslandsanleihen machten die Wellenbewegungen nur sehr abgeschwächt mit. Bei den Pfandbriefen machten sie sich überhaupt nicht bemerkbar.

	14. 3.	13. 3.
M 6½ Bayer.Hyba. Pf 14	92,5G	92,5G
6 dgl. Pf 20	82G	82G
6½ dgl. Pf. 2	96,25G	96,25G
7 dgl. Pf 3	96G	98G
7 dgl. Pf 27	100,2G	100,2G
6½ dgl. KS 14	98G	98G
7½ dgl. KS 27	99,25bG	99,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	125G	125G
5½ dgl. Pf 11	131G	131G
6 dgl. Pf 34	78,5bG	78,5G
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
6½ dgl. Pf 10	84bG	84G
6 dgl. KS 1	99,5G	99,5G

	14. 3.	13. 3.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	118G	118G
6 dgl. 14	89,5G	89,6G
6 dgl. 47	79G	79,5G
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	94,95G	94,95
8 dgl. Pf 73	101,4G	101,4G
4 dgl. KO 5	102,5G	102,5G
H 6 Hyp.i.Hbg. Pf 98	82,5	82,5
6½ dgl. Pf 80	91,15	91,15
8 dgl. Pf. 248	100,8	100,8
9 dgl. KO 125	100,15G	100,15G

	14. 3.	13. 3.
M 5 Vertbank Mbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	78TG	78TG
7 dgl. Pf 100	101TG	100,6G
D 8 WestLB Pf 350	101,55G	101,65G
6½ dgl. Pf 403	97,7G	97,7G
9½ dgl. Pf 1007	106,7G	106,7G
6 dgl. Pf 1015	99,9G	99,9G
7 dgl. KO 656	100,55bG	100,55G
6¾ dgl. KS 420	96,2G	96,2G
9¼ dgl. KO 1301	105,75G	105,75G
8½ dgl. KS 1278	102,05G	102,05G
8 dgl. IS 1512	100,55G	100,55G

	14. 3.	13. 3.
5½ dgl. Pf 62	88,9G	88,9G
6½ dgl. Pf 65	99,7G	99,7G
6¼ dgl. Pf 60	96,7G	96,7G
8¾ dgl. Pf 74	99,2G	99,2G
8¾ dgl. Pf 76	97,6G	97,6G
Br 5½ dgl. Pf 77	95,1G	95,1G
8 dgl. Pf 42	99,95G	99,95G
8½ dgl. Pf 47	102,9G	102,35G
F 5 Frt. Hypobk. Pf 66	70,3G	70,3G
5½ dgl. Pf 53	78G	78G
6 dgl. Pf 79	78	78G
6 dgl. Pf 130	92,7G	92,7
6½ dgl. Pf 133	86,5G	86,5G

	14. 3.	13. 3.
M 6 Südboden Pf 41	90G	90G
5½ dgl. Pf 57	77G	77G
6½ dgl. Pf 143	95G	95G
7 dgl. Pf 87	95,5bG	95,5bG
7½ dgl. Pf 104	97G	97G
7 dgl. KS 49	94G	94G
7½ dgl. KS 81	100,75G	100,75G
8 dgl. KS 133	99,25TG	99,25TG
8½ dgl. KS 132	101,25G	101,25G
9 dgl. KS 165	104G	104TG
9½ dgl. KS 171	105G	105G

Industrieanleihen

	14. 3.	13. 3.
5¾ HEW 62	97,1	96,8
7½ dgl. 71	100,35G	100,5
4½ Harpen 59	198bG	197G
6 Hoechst 64	99,6G	99,6G
6 Hoesch 64	99,3G	99,3G
7½ dgl. 71	98,75G	99,75G
7½ Karstadt 71	99,8	99,7
7½ Kaufhof 71	99,3G	99,3G
7¾ dgl. 71	99,75G	99,9
7½ dgl. 76	98,75T	99,75T
7½ Klöckner W. 71	98,75T	98,6
8 dgl. 72	99,6T	99,5G

Anmerkungen:
* = Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Ho = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Ausländische Aktien in DM

	14. 3.	13. 3.
F Elf Aquitaine	89,1	89,5
F Ericsson	77G	75,5
D Esselte	120T	121TG
D Esmark	108T	109T
D Exxon	97,5	101
F Fernsehfabr. Carlo Erba	–	–
D Fiat St.	6,65	6,6
D dgl. Vz.	5,1	5,1
F Finsider	0,088	0,088
D Fisons	28G	28G
M Fluor	56	56,1
D Ford	99	99,9
F Fujitsu	18,3	16,2bG

	14. 3.	13. 3.
F Nissan Motor	8,35	8,38
F Nissho Steel	2,05G	2,05G
F Mitsubishi	3,29	3,26
D NL Industries	38,8	39,3
F Norsk Hydro	202	203
F Nymex	155,5	157,5
H Occ. Petroleum	71G	72,5
F Ocê v. d. Grint	209	212
F Olivetti St.	6,95	7
F Olivetti Vz.	6,5	6,5
F Olympus Optical	10,8G	10,5G
H v. Ommeren	25,9	26G
F Onoen Tateisi	24,8	24,1
F Pacific Telesis	144	142,5

	14. 3.	13. 3.
F US Steel	75	76
F US West	150	151
M Vaal Reefs Expl.	358,5	352,3
D Veit-Stork	84T	86T
D Volvo A	–	–
D dgl. Nom B	–	–
F Warner Commun.	62	63,5
F Warner Lambert	84G	86
F Wells Fargo	100G	100G
M Western Deep L.	164	165,5
M Western Mining	9,75	9,7G
M Westinghouse El.	119,8	119,3
F Westl.-Utrecht H.	89,9	92
D Xerox Corp.	104	105

Warenpreise – Termine

Schwächer tendierten am Mittwoch die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen. Bei Kaffee kam es in den vorderen Sichten ebenfalls zu Abschlägen. Kakao ermäßigte sich lediglich in der laufenden Sicht, die anderen wurden leicht heraufgesetzt.

Getreide und Getreideprodukte

	14. 3.	13. 3.
Weizen Chicago (c/bush)		
März	333,00	349,25
Mai	350,50	347,75
Juli	343,50	341,25
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif. St. Lawrence 1 CW	257,70	257,50
Amber Durum	246,50	244,45
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	137,00	137,00
Mai	139,00	139,00
Juli	141,40	141,00
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
März	133,70	134,00
Mai	125,90	126,00
Juli	123,00	123,00
Hafer Chicago (c/bush)		
März	180,25	179,00
Mai	178,00	177,25
Juli	176,00	176,50
Mais Chicago (c/bush)		
März	346,75	344,00
Mai	346,75	344,25
Juli	343,75	341,00
Gerste Winnipeg (can. $/t)		
März	130,80	131,20
Mai	130,10	130,50
Juli	129,70	130,20

Genußmittel

	14. 3.	13. 3.
Kaffee New York (c/lb)		
Terminkontr. März	148,60	149,20
Mai	142,50	144,40
Juli	137,40	138,40
Kakao New York ($/t)		
Terminkontr. März	2570	2580
Mai	2510	2518
Juli	2500	2504
Umsatz	6949	6501
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Mai	6,75	7,13
Juli	7,31	7,62
Sept.	7,70	7,97
Okt.	7,95	8,22
Jan.	8,50	8,88
Umsatz	12009	14075
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	6,51	6,57
Kaffee London (£/t) Robusta-		
Kontrakt März	2130–2134	2126–2130
Mai	1927–1928	1942–1945
Juli	1877–1878	1891–1894
Umsatz	7250	3766
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt März	1754–1760	1726–1730
Mai	1766–1767	1762–1763
Juli	1768–1771	1781–1782
Umsatz	6522	3335
Zucker London ($/t)		
Mai	182,80–183,00	181,20–181,80
Aug.	198,20–198,40	196,00–196,20
Okt.	206,40–206,60	206,20–206,40
Umsatz	2749	5375
Pfeffer Singapur (Straits-Sog.-S/100 kg)		
schw. Sarawak spez.	355,00	360,00
weißer Sarawak	632,50	637,50
weißer Muntok	640,00	645,00

	14. 3.	13. 3.
Orangensaft New York (c/lb)		
März	158,35	169,20
Mai	163,25	164,20
Juli	161,30	162,20
Sept.	161,00	161,70
Okt.	159,80	160,40
Umsatz	1200	1300

Öle, Fette, Tierprodukte

	14. 3.	13. 3.
Erdnußöl New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	48,00	47,00
Maisöl New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	26,50	26,50
Sojaöl Chicago (c/lb) März	29,37	29,20
Mai	29,59	29,30
Juli	29,43	29,18
Aug.	28,30	28,20
Sept.	27,25	27,10
Okt.	25,70	25,85
Dez.	25,25	25,30
Baumwollsaatöl New York (c/lb) Mississippi-Tal	30,00	30,00
Schmalz Chicago (c/lb) loco lose	28,50	28,50
Choise white hog 4% fr. F.	21,25	21,25
Talg New York (c/lb) top white	20,00	20,00
fancy	19,50	19,50
bleichfähig	19,00	19,00
yellow max. 10% fr. F.	16,75	16,75
Schweine Chicago (c/lb) Apr.	47,75	47,85
Juni	53,80	54,25
Juli	55,22	55,45
Schweinebäuche Chicago (c/lb) März	62,60	62,77
Mai	64,20	64,40
Juli	65,20	65,15

	14. 3.	13. 3.
Häute Chicago (c/lb) Ochsen einh. schwere River Northern	61,00	unerhältlich
Kühe einh. schwere River Northern	58,00	unerhältlich
Sojabohnen Chicago (c/bush) März	777,00	770,00
Mai	789,00	785,00
Juli	795,00	794,00
Aug.	784,50	783,50
Sept.	750,00	748,00
Nov.	722,50	722,50
Jan.	734,00	734,00
Sojaschrot Chicago ($/sht) März	200,00	199,80
Mai	205,00	204,80
Juli	209,00	208,60
Aug.	209,00	208,50
Sept.	205,60	205,00
Okt.	199,50	199,50
Dez.	201,50	202,00
Leinsaat Winnip. (can. $/t) März	360,00	360,00
Mai	359,00	359,50
Juli	363,70	364,00
Kokosöl New York (c/lb) Westküste fob Werk	53,50	53,50
Erdnußöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. cif	1085,00	1065,00
Leinöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	495,00	495,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	975,00	950,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	209,00	212,50
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	1175,00	1210,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	300,00	306,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	14. 3.	13. 3.
Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2: Mai	80,65	80,85
Juli	81,05	80,95
Okt.	76,75	76,70
Dez.	74,85	74,68
März	75,80	75,60
Mai	76,40	76,20
Kautschuk New York (c/lb): Händlerpreis loco RSS –1:	58,00	58,25
Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2: März	418–424	418–424
Mai	426–434	424–433
Aug.	458–462	459–461
Umsatz	78	287
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge: März	49,70	49,70
Mai	49,20	49,20
Juli	49,60	49,80
Okt.	49,90	49,90
Umsatz	–	–
Tendenz:		stetig
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype März	556,0–563,0	558,0–563,0
Mai	570,0–572,0	570,0–570,5
Juli	581,0–583,0	580,0–581,0
Umsatz	22	55
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager März	13 915	13 919
April	13 915	13 793
Kautschuk London (p/kg) Nr. 1 RSS loco	80,25–82,75	81,00–83,50
April	78,00–81,00	80,00–83,50
Mai	80,00–81,00	80,00–84,00
April/Juni	80,10–80,90	81,70–81,80
Tendenz: stetig		
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg) April	264,50–265,50	264,50–265,00
Mai	268,75–269,50	268,75–269,75
Nr. 2 RSS April	258,50–259,50	258,50–259,50
Nr. 3 RSS April	253,50–254,50	253,50–254,50
Nr. 4 RSS April	246,50–247,50	246,50–247,50
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt) BWC	512,00	512,00
BWD	500,00	500,00
BTC	512,00	512,00
BTD	500,00	500,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	14. 3.	13. 3.
Blei: Basis London laufend. Monat	116,68–116,87	116,45–116,65
drittfolg. Monat	118,94–119,13	118,82–118,91
Zink: Basis London laufend. Monat	262,77–263,15	263,95–265,09
drittfolg. Monat	255,61–255,98	256,00–256,19
Produz.-Preis	268,00	272,41
Reinzinn 99,9%	3613–3649	3615–3651

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	14. 3.	13. 3.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	392,45–394,34	390,44–392,34
Blei in Kabeln	124,50–125,50	124,25–125,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	14. 3.	13. 3.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	379–387	379–385
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	420–423	419–423
MS 63	415–419	413–418

Zinn-Preis Penang

	14. 3.	13. 3.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	13. 3.	12. 3.
Leg. 225	440–453	440–453
Leg. 226	442–455	442–455
Leg. 231	472–485	472–485
Leg. 233	492–495	492–495

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	14. 3.	13. 3.
Platin (DM je g)	35,90	35,55
Gold (DM je kg Feingold) Banken-Vkfpr.	33 300	33 650
Rücknahmepr.	32 550	32 900
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	33 200	32 900
Rücknahmepr.	32 670	33 000
verarbeitet	34 840	35 190
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 950	33 225
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	822,30	825,40
Rücknahmepr.	805,60	808,60
verarbeitet	858,70	862,00

Internationale Edelmetalle

	14. 3.	13. 3.
Gold (US-$/Feinunze) London 10.30	400,00	397,50
15.00	399,75	397,25
Zürich mittags	400,50–401,00	397,75–398,25
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	101 050	101 700
Silber (p/Feinunze) London Kasse	698,50	667,30
3 Monate	683,15	681,75
6 Monate	697,75	696,45
12 Monate	728,10	727,45
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	273,65	274,95
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	108,85	109,65

New Yorker Preise	14. 3.	13. 3.
Gold H & H Ankauf	399,75	397,25
Silber H & H Ankauf	964,00	980,00
Platin fr. Händlerpr.	400,00–402,25	400,00–402,25
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	161,00–163,00	161,00–163,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze) März	950,00	974,00
April	953,00	980,00
Mai	958,00	986,00
Juli	973,00	1002,00
Sept.	992,00	1023,10
Dez.	1020,00	1050,50
Jan.	1031,20	1059,80
Umsatz	38 000	37 000

New Yorker Metallbörse

	14. 3.	13. 3.
Kupfer (c/lb) März	67,85	68,15
April	68,15	68,40
Mai	68,70	68,95
Juli	69,95	70,25
Sept.	71,30	71,60
Dez.	73,20	73,56
Jan.	73,85	74,20
Umsatz	17 000	11 000

Londoner Metallbörse

	14. 3.	13. 3.
Aluminium (£/t) Kasse	1005,0–1006,0	1015,5–1016,5
3 Monate	1029,0–1029,5	1039,5–1040,0
Blei (£/t) Kasse	308,00–309,00	309,50–310,00
3 Monate	314,00–314,25	316,50–317,00
Kupfer Higher grade (£/t) mittags Kasse	1028,5–1029,0	1018,5–1019,0
3 Monate	1045,5–1046,0	1037,5–1038,0
abends Kasse	1029,5–1030,5	1024,5–1025,5
3 Monate	1047,5–1048,0	1043,5–1044,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1024,0–1027,0	1016,0–1017,0
3 Monate	1038,0–1040,0	1032,0–1033,0
Zink (£/t) Kasse	694,00–695,00	708,00–710,00
3 Monate	677,00–677,50	681,00–682,00
Zinn (£/t) Kasse	8525–8535	8620–8630
3 Monate	8655–8660	8731–8735
Quecksilber $/Fl.)	290–300	290–300
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	84–87	81–84

TENNIS / Fünfmaliger Wimbledon-Sieger will nach 15 Monaten Pause wieder Turniere bestreiten

Björn Borg trainiert für sein Comeback, „weil es mir Spaß macht“. Erster Auftritt in Stuttgart?

MARKUS BERG, **Stuttgart**

John McEnroe, der zur Zeit beste Tennisspieler der Welt, sehnte sich nach abgelebten Tagen zurück. Er hatte gerade beim Masters-Turnier in New York Ivan Lendl in 112 Minuten besiegt (6:3, 6:4, 6:4) und dabei wohl erkannt, daß dem internationalen Tennis die Langeweile droht. Also sagte er – es klang fast wie ein Flehen: „Ich vermisse Björn Borg. Ich sehne mich nach einer sportlichen Rivalität, wie ich sie einst mit Borg hatte.“

Der Schwede, der fünfmal in Wimbledon gewann und vielen Experten als bester Spieler aller Welt gilt, hat aber vor 15 Monaten in Monaco sein letztes offizielles Turnier gespielt. Noch heute wird er in einer deutschen Illustrierten („Bunte“) so zitiert: Trotz aller Gerüchte bleibe es dabei, „nie wieder Profi-Tennis. Ich lebe auch so gut.“

Das ist seit gestern offensichtlich eine überholte Aussage. Björn Borg, inzwischen 27 Jahre alt und Werbepartner von 63 Firmen, verkündete in einem Interview mit der schwedischen Zeitung „Göteborgs-Posten“: „Alles spricht dafür, daß ich an einem Turnier teilnehme. Ich kann mir auch mehrere Wettbewerbe denken. Mir geht es nicht darum, daß ich zum Spitzentennis zurückkehre. Ich will spielen, weil es mir Spaß macht.“

Inzwischen steht auch fest, bei welchem Turnier Borg sein Comeback im Grand-Prix-Sport feiern will – beim Weißenhof-Turnier in Stuttgart, das vom 16. bis 22. Juli stattfindet und mit 100 000 Dollar dotiert ist.

Bernd Nusch, Turnierdirektor und Sportwart des TC Weißenhof, sagte gestern zur WELT: „Ich habe mit Borg zum letzten Mal vor 14 Tagen gesprochen. Seitdem weiß ich, daß er ernsthaft daran denkt, bei unserem Turnier zu spielen. Wenn er jetzt selbst davon in der Öffentlichkeit spricht, macht mich das so mutig, auch daran zu glauben. Es wäre phantastisch, wenn er kommt.“

Borg hat dem bezahlten Tennis nie vollständig abgeschworen. Immer wieder einmal trat er zu Show-Kämpfen an. In der nächsten Woche fährt er zu derartigen Spielen nach Brasilien und von dort aus weiter in die USA, wo er auch gegen John McEnroe antreten wird. Daß diese Spiele aber über den sportlichen Leistungsstand nichts aussagen, beweist schon die Tatsache, daß der Schwede zur Zeit in Stockholm erstmals nach einer langen Pause wieder ernsthaft trainiert. Sein Partner ist dabei der schwedische Hallenmeister Peter Lundgren.

Borgs Rückkehr ins absolute Spitzentennis wird aber wohl nur Wunschtraum bleiben – nicht nur von McEnroe. Bernd Nusch: „Wenn ich ihn richtig verstanden habe, kommen für ihn die großen Turniere, etwa Wimbledon, Paris oder Flushing Meadow, nicht in Frage. Wenn er wirklich wieder spielt, dann nur wenige Turniere.“

Björn Borg wird in der Weltrangliste nicht mehr geführt. Das hat zur Folge, daß er sich für die Grand-Prix-Turniere qualifizieren müßte. Es sei denn, er erhielte eine der beiden sogenannten „Wild Cards“, mit denen Veranstalter Spieler ihrer Wahl ohne Qualifikation direkt in die Hauptrunde hieven können. Bernd Nusch: „Keine Frage, daß Borg, käme er wirklich, sich bei uns nicht zu qualifizieren brauchte.“

Borgs gute Beziehungen zu Stuttgart sind kein Zufall. Die Daimler-Benz-Werke sind einer der Sponsoren des Weißenhof-Turniers, ein leitender Angestellter in der Abteilung für Verkaufsförderung des Werkes ist der Schwede Ranold Mjörnell – ein Freund von Borg aus gemeinsamen Kindertagen...

Björn Borg und die Rückkehr zu besseren Tenniszeiten? Skepsis bleibt. Auch bei Stuttgarts Turnierdirektor Bernd Nusch: „Wir könnten ihn ja nicht setzen, da muß er bei der Auslosung der Spiele schon Glück haben, damit er nicht gleich in der ersten Runde auf einen starken Gegner trifft. Wenn er kommt, müssen wir unseren Zuschauern sagen, sie sollten schon möglichst früh kommen, damit die Chance größer ist, ihn zu sehen.“ Was dahinter steckt, ist dies: Niemand kann sagen, welche Leistungen Borg in einem echten sportlichen Wettkampf noch bringen kann. Knappe Niederlagen oder sogar ein Sieg über McEnroe bei einem Show-Auftritt sind sportliche Muster ohne Wert.

Kelly bleibt vorne

Nizza (sid) – Der Holländer Bert Oosterbosch gewann die erste Halbetappe des Schlußtages im Etappenrennen Paris–Nizza. Mit 14 Sekunden Vorsprung kam er vor dem Belgier Jean-Luc Vanden Broucke ins Ziel. In der Gesamtwertung gibt es keine Änderungen: Es führt weiterhin der Ire Sean Kelly.

DFB-Schüler schlugen Wales

Rheine (sid) – Die Schüler-Nationalelf des Deutschen Fußballbundes (DFB) gewann in Rheine das erste von zwei Länderspielen gegen Wales mit 5:0. Marcel Witeczek von Rot-Weiß Oberhausen schoß drei Tore.

Eiskunstläufer nach Ottawa

Düsseldorf (sid) – Elf Eiskunstläufer hat die Deutsche Eislauf-Union (DEU) für die Weltmeisterschaften nominiert, die vom 19. bis 25. März in Ottawa stattfinden. Die Herrenmannschaft: Rudi Cerne, Norbert Schramm, Heiko Fischer. Das Aufgebot der Damen: Manuela Ruben, Cornelia Tesch. Paare: Claudia Massari/Leonardo Azzola; Eistanz: Petra Born/Rainer Schönborn; Antonia Becherer/Ferdinand Becherer.

Evert-Lloyd ohne Mühe

Palm Beach Garden (sid) – Chris Evert-Lloyd, Weltranglisten-Zweite, schlug beim 150 000-Dollar-Turnier der Tennis-Damen ihre Landsmännin Kim Sands mit 6:0 und 6:1. Die für Reutlingen spielende Petra Delhees scheiterte bereits am Dienstag mit 3:6 und 4:6 gegen die Japanerin Etsuko Inoue.

Hockey-Jubiläumsturnier

Berlin (sid) – Zum 75jährigen Bestehen des Deutschen Hockey-Bundes findet vom 28. April bis 1. Mai in Berlin ein Jubiläumsturnier statt. Als letzter Teilnehmer hat die indische Nationalmannschaft zugesagt. Bei den Olympischen Spielen 1936 in Berlin hatte sich Indien mit einem 8:1-Sieg über die deutsche Auswahl die Goldmedaille erkämpft.

„DDR“ schickt Weißflog

Oberstdorf (sid) – Für die 14. Skiflug-Woche des Weltcups von Freitag bis Sonntag in Oberstdorf meldete die „DDR“ ihr Skiflug-Trio: Olympia-Sieger Jens Weißflog, den amtierenden Weltmeister Klaus Ostwald und Ulf Findeisen an.

Eder sucht neuen Klub

Rio de Janeiro (sid) – Der brasilianische Fußball-Nationalspieler Eder sucht einen neuen Klub. Nachdem sich Eder mit seinem Verein Atletico Mineiro über eine Vertragsverlängerung nicht einigen konnte, gilt es als sicher, daß er ins Ausland wechseln wird.

Aachen: Bald neuer Vorstand?

Aachen (sid) – Nach dem Weggang von Trainer Erhard Ahmann und von Präsident Egon Münzenberg soll beim Fußball-Zweitligaklub Alemania Aachen ein Vierer-Gremium versuchen, den mit 3,1 Millionen Mark verschuldeten Verein zu retten. Im Falle eines Erfolges will sich Heinz Palm zum Präsidenten wählen lassen.

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Metz, zweite Runde: Dickson (USA) – Gehring (Deutschland) 6:3, 3:6, 7:5, Depalmer – Denton 6:2, 4:6, 6:4, Cain – Leach (alle USA) 6:2, 4:6, 7:6, Gunnarsson (Schweden) – Meister (USA) 6:3, 6:3, Taroczy (Ungarn) – Davis (USA) 6:3, 7:6.

BOXEN

Großer Preis von Italien, in Mestre bei Venedig: Achtelfinale: Halbwelter: Junger (Deutschland) 3:2 PS – Aramanes (Ägypten), Welter: Künzler (Deutschland) K.-o.-Sieger 3. Rd. – Swandana (Indonesien). – Golden-Belt-Turnier in Bukarest: Achtelfinale: Halbwelter: Gruiescu (Rumänien) 4:1 PS – Borczuch (Deutschland), Halbmittel: Rix (Deutschland) 5:0 PS – Radnic (Jugoslawien)

FUSSBALL / Rummenigge trifft wieder

Offenbachs Trainer Buchmann nach 0:9 vor der Kündigung

sid/dpa, **München/Bremen**

Innerlich, so sagt Karl-Heinz Rummenigge, sei bei ihm nun alles wieder in Ordnung. Nachdem er die Entscheidung, nun doch nach Italien zu wechseln, bei der Rückfahrt im Bus aus Mannheim getroffen hat, kann er sich wieder ganz auf seine Arbeit als Fußballspieler konzentrieren. Wie das aussieht, bekamen am Dienstagabend die Offenbacher Kickers zu spüren. Der neue (oder besser: alte) Rummenigge erzielte gleich vier Treffer zum 9:0-Erfolg.

Während jedoch Ernesto Pellegrini, seit Montag Präsident von Inter Mailand, den Transfer als abgemachte Sache verkündete, gab sich Bayern-Präsident Willi O. Hoffmann etwas zurückhaltender: „Es sieht so aus, als würde Karl-Heinz Rummenigge in der nächsten Saison in Mailand spielen. Es wird noch zwei bis drei Wochen dauern, bis die Modalitäten des Wechsels geklärt sind.“ Baut hier schon jemand für den Fall vor, daß doch noch etwas schiefgehen könnte? Hoffmann kündigte jedenfalls an, daß die Bayern die Freigabe beim Deutschen Fußball-Bund (DFB) erst dann beantragen, wenn die Transfersumme von zehn Millionen Mark plus Mehrwertsteuer durch Bankbürgschaften gesichert sei. Zum Vertrag gehören außerdem zwei Ablösespiele von Bayern München gegen Inter Mailand in Italien mit einer Einnahme-Teilung und ein Spiel am 8. August in München, bei dem die Bayern die Einnahme allein kassieren.

Erst Mitte April soll die Entscheidung fallen, so Inter Mailands Vize-Präsident Archimede Pitrolo in München, ob Hansi Müller in Mailand bleibt. Eine Absage erhielt der Brasilianer Socrates. Gianni Sartori, Vorstands-Mitglied von Inter, sagt: „Rummenigge war unser Traum, an den wir selbst nicht geglaubt haben. Wir wollten uns aber absichern.“ Zu 90 Prozent hat sich der Traum erfüllt.

Die Offenbacher sind dagegen weit davon entfernt, sich schönen Träumen hinzugeben. Bei ihnen kommen höchtens Alpträume heraus. Die Ablösung von Trainer Lothar Buchmann nach dem 0:9 in München wird nun immer wahrscheinlicher. Am Freitag beim Spiel in Kaiserslautern soll Buchmann noch einmal verantwortlich sein, doch anschließende Konsequenzen hält jetzt auch Präsident Siegfried Leonhardi für denkbar.

Das ist neu, denn Leonhardi war es bislang, der seinem Freund Buchmann fest zur Seite stand. Zur neuen Situation sagt der Präsident jetzt: „Ich habe stets gesagt, daß die Sache erst dann für mich problematisch wird, wenn das Verhältnis zwischen Trainer und Mannschaft nicht mehr stimmt. Dieser Fall scheint nun einzutreten. Es wäre aber falsch, panikartig etwas zu unternehmen.“ Von der Leistung seiner Mannschaft war der Präsident „maßlos“ enttäuscht: „Ich habe vorher gedacht, wir fahren zu einem Punktspiel und nicht zu einer Freundschaftspartie nach München.“

Lothar Buchmann formulierte noch drastischer: „Ich besitze kein Vertrauen mehr zu einem Teil der Mannschaft. Ich habe auch den schlimmen Verdacht, daß einige Spieler die Arbeit verweigern. Die Vorstellung vom Dienstag war nicht normal.“ Der Trainer und sein Präsident betrachten die ständigen Querelen im Verein und damit die Rolle von Vizepräsident Karl Bittner weiterhin als entscheidenden Auslöser für die Erfolgslosigkeit. Freiwillig zurücktreten will Buchmann trotz der zuletzt 0:6-Punkte und 0:16-Tore nicht. Er sagt: „Diesen Schritt habe ich schon zweimal angeboten.“

Sein Intim-Feind Bittner dagegen fordert sofortige Maßnahmen: „Jetzt muß etwas mit dem Trainer oder im Präsidium passieren, damit die Mannschaft einen neuen Geist bekommt.“

In Bremen könnten sie eigentlich nach dem 1:0 über den VfB Stuttgart im Pokal recht zufrieden sein, doch trotz des Einzugs ins Halbfinale kamen Mißtöne auf. Bremens Präsident Franz Böhmert schimpfte auf Schiedsrichter Dieter Pauly (Rheydt): „Schiedsrichter wie er machen durch ihr fehlendes Fingerspitzengefühl den Fußball kaputt. Ich werde mich energisch dafür einsetzen, daß dieser Mann im Weser-Stadion keine Spiele mehr leitet. Es muß endlich der Profi-Schiedsrichter her.“

Was den Präsidenten so erzürnte, war dieser Vorgang: Sekunden waren noch zu spielen, als Rudi Völler nach einem Pfiff von Pauly den Ball weit wegschoß und damit das Spiel verzögerte. Pauly zeigte dem National-Mittelstürmer die gelbe Karte. Damit muß Völler, da er im Pokal-Wettbewerb zum zweiten Mal verwarnt wurde, im Halbfinale pausieren.

STAND PUNKT / *Donikes Zweifel*

Der Aufwand war riesig – der Effekt vergleichsweise gering. Nur ein einziger Sportler, ein unbedarfter mongolischer Skilangläufer, wurde bei den Winterspielen in Sarajevo des Dopings überführt. 350 Kontrollen – ein Dopingfall. Ähnlich war es zuletzt bei den Hallen-Europameisterschaften der Leichtathleten. Und auch bei anderen großen Veranstaltungen entsprachen die Ergebnisse nie dem großen Aufwand, mit dem Dopingsünder überführt werden sollten.

In 14 sogenannten Doping-Labors sind inzwischen weltweit Experten auf der teuren Suche nach unerlaubten Substanzen, die dem Athleten angeblich zur Leistungssteigerung verhelfen. Nachgewiesen wird in den seltensten Fällen etwas. Die Rechtfertigung dieser Schnüffelei ist seit langem umstritten. Jetzt wird sie sogar von Insidern in Zweifel gezogen. Professor Manfred Donike jedenfalls, der weltweit führende Doping-Experte, scheint seine Tätigkeit inzwischen selbst für überflüssig zu halten.

Bei den „Müngersdorfer Gesprächen mit der Sporthochschule“ stellte Donike resignierend fest, daß den Sportlern kaum etwas nachgewiesen werden kann. Weil die drei Gruppen, in denen die international verbotenen Substanzen zusammengefaßt werden, unterschiedlich wirken: Narkotika zum Beispiel sind keine leistungssteigernden Dopingmittel, sondern hemmen lediglich Schmerz und andere Warnsysteme des Körpers. Die Stimmulanzien, früher vor allem für Radsportler unverzichtbar, sind wegen ihrer unberechenbaren Wirkung so gut wie verschwunden. Und die anabolen Steroide, die derzeit umstrittensten Mittel, werden meist so rechtzeitig abgesetzt, daß sie bei Wettkampfkontrollen nicht mehr nachweisbar sind. Darüber hinaus bezweifelt Donike auch die Wirksamkeit dieser Anabolika.

Deutet sich hier das Ende des Dopingproblems aus einer unverhofften Richtung an? Wenn Aufwand und Ergebnis nicht übereinstimmen und ein Mann wie Donike schon zu zweifeln beginnt – warum dann überhaupt noch Kontrollen und Verbote?

ULLA HOLTHOFF

MOTORRAD

Zündapps Rückkehr

H. P. BRÜNIG, **Düsseldorf**

Erstmals seit zwei Jahren engagiert sich wieder ein deutsches Motorradwerk beim Kampf um die Straßen-Weltmeisterschaft: Beim Großen Preis von Italien am 15. April in Milano wird die Münchner Firma Zündapp endgültig das Erbe der Anfang 1982 in Konkurs gegangenen Kreidler-Werke antreten. Als erfolgreichste Firma im Geländesport hatte sich Zündapp schon vor einem Jahr dem Straßen-Rennsport zugewandt und in der neugeschaffenen 80-ccm-Klasse mit Hubert Abold aus Dillingen die Europameisterschaft gewonnen. In diesem Jahr wird diese Kategorie auch im Grand-Prix-Sport die sogenannte Schnapsglasklasse bis 50 ccm ablösen.

750 000 Mark mußte Zündapp zuletzt für eine Saison im Geländesport ausgeben. 12 000 Medaillen und 45 Europameisterschaften im Geländesport, daneben dreimal der Gewinn der Mannschafts-Weltmeisterschaft bei der Internationalen Sechstagefahrt (1968, 1975, 1976) waren der Lohn in der über 60 Jahre alten Sportgeschichte des Werkes, das 1917 von Geheimrat Fritz Neumayer als „Zünder- und Apparatebau-Gesellschaft“ gegründet wurde. Seine Tochter, Frau Elisabeth Mann-Neumayer, sorgt jetzt für die Fortsetzung der Sporttradition. Sie wird am Sonntag (18. März) 75 Jahre alt.

500 000 Mark, dazu Sponsorbeiträge, sollen 1984 den Weg zur Weltmeisterschaft ebnen. Gemessen an den 15 Millionen, die der japanische Motorrad-Marktführer Honda für eine Saison kalkuliert, kaum mehr als ein Butterbrot. Kein Wunder, daß der Titel in der Klasse bis 80 ccm heiß umworben ist. Gerade in dieser Klasse nämlich herrscht ein besonders starker Konkurrenzkampf, weil die kleinen und leichten Motorräder für viele Jugendliche das erste motorisierte Fahrzeug ist.

Acht Werke, mehr als in jeder anderen Kategorie, wollen sich engagieren. Darunter sind die Schweinfurter Firma Sachs über einen österreichischen Importeur, die portugiesische Firma Casal mit dem dreimaligen italienischen Weltmeister Pier-Paolo Bianchi und dem renommierten deutschen Ingenieur Jörg Möller, die spanische Firma Derbi mit dem zweimaligen Weltmeister Ricardo Tormo und eine deutsche Kaufhaus-Kette, die für den zweifachen deutschen Meister Gerhard Waibel aus Waiblingen ein eigenes Motorrad bauen ließ.

Zündapps Neuanfang, parallel zur Ablösung der Kleinkrafträder (50 ccm) durch 80-ccm-Leichtkrafträder im Serienbau, wurde mit Elan vollzogen. Für die Technik verpflichtete das Werk Herbert Rittberger, selbst zweimaliger Vize-Weltmeister in der Schnapsglasklasse, der schon für Kreidler die Motoren trimmte. Als Fahrer erhielten der zweimalige Weltmeister Stefan Dörflinger aus der Schweiz und Hubert Abold einen Vertrag.

Schon neun Monate nach der Bekanntgabe des neuen Programms gab der erste Zündapp-Straßenrenner sein Debüt bei einer Europameisterschaft – und gewann. Abold holte auch den Titel. Dörflinger, der an dieser den Nachwuchs-Talenten vorbehaltenen Meisterschaft nicht teilnehmen durfte, arbeitete an der Weiterentwicklung mit. 30 PS leistet der kleine Einzylinder heute, neun PS mehr als die beste Maschine der 50 ccm-Klasse. Beim einem Gesamtgewicht von nur 57 kg, nicht schwerer als eine 50er, erreicht die in höchsten Tönen kreischende Maschine eine Spitzengeschwindigkeit von 216 km/Std.

Probleme, auf den Leib geschneidert: Die Dienstkleidung der Bundeswehr

Ein warmer Mantel aus dem Ostblock

Wohl wahr, die Bundeswehr kann man auch mit der Brille des Wirtschaftsmannes betrachten. Nach dem Etat des Arbeitsministers hat der Verteidigungsminister im Bundeshaushalt den größten Finanzpart zu vergeben: dieses Jahr rund 48 Milliarden Mark. Nur der geringere Teil dieses Geldes allerdings läßt sich als disponibel verstehen. Der größere geht als Besoldung für die Soldaten und zivilen Mitarbeiter der Bundeswehr durch die Kasse der Militärverwaltung. Dazu gehört ein weiterer nicht minder wichtiger für den „Betrieb“ der Streitkräfte. Treibstoff, Ersatzteile, Munition für die Ausbildung bis hin zur Ausstattung der Dienststellen mit Büromaterial summieren sich unter diesem Begriff. Teile dieser Gelder kommen in Gestalt von Aufträgen durch die dafür zuständigen „Mittelverwalter“ von Truppe und Verwaltung mittleren und kleineren Wirtschaftszweigen des benachbarten Umlandes zugute.

Was der heute im Ersten Programm gezeigte Filmbericht indes alles nicht zum Thema hat. Er will nicht den umfangreichen Betrag von mehr als zehn Milliarden Mark unter die Lupe nehmen, den die Bundeswehr jährlich in die Beschaffung von neuen Waffen und Gerät investiert. Die Autoren interessiert ein anderer Sektor, der direkt die Soldaten angeht, weil er ihnen gewissermaßen auf den Leib geschneidert ist: ihre Bekleidung und ihre Verpflegung. Zusammen mit der persönlichen Ausrüstung des Soldaten wendet die Truppe dafür auch mehr als eine Milliarde Mark auf, eine Summe, die ungezählten Menschen einen Arbeitsplatz sichert, in der Textilindustrie ebenso wie in den meist mittelständischen und Kleinbetrieben der Lebensmittelversorgung.

Der Film zeigt, welche Mühe sich die Bundeswehr gibt, dem Soldaten mit seiner Bekleidung für die Aufgaben im Gefechtsdienst wie in der technischen Wartung oder auch für den Einsatz in und an Großwaffen eine angemessene Qualität bereitzustellen. Trotzdem artet diese Mühe manchmal in schlimme Bocksprünge

Von Kopf bis Fuß auf Sparen eingestellt – ARD, 20.18 Uhr

eines übermütigen Amtsschimmels aus. Bis die Truppe einen praktischen Pullover für den Felddienst erhielt, verstrichen Jahre. Ähnliche Klagen über die Unbeweglichkeit der Bürokratie hört man in diesen Tagen, wenn es um die Beschaffung von wasserdichten und warmen Gummi-Überschuhen für den Felddienst der Soldaten bei Nässe und Kälte geht. Sie preisen das amerikanische Schuhwerk. Dieses einfach zu kopieren, scheint sich das für die Beschaffung zuständige Bundesamt in Koblenz jedoch zu fein zu sein. Bis die Bundeswehr für die Füße ihrer Soldaten etwas Originäres erhält, wird dort wohl nach eine Weile laboriert werden.

Der Film vermittelt einen Eindruck vom „Güteprüfdienst“ des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung. Und er versucht verständlich zu machen, warum Teile der Uniform der Soldaten in bestimmten Ländern des Ostblocks gefertigt werden. Für manchen bestimmt unbegreiflich, daß Tuchmäntel, Diensthemden, Feldjacken, Unterwäsche sowie Schlaf- und Monteuranzüge der Soldaten der Bundeswehr in Polen, Ungarn und im blockfreien Jugoslawien gefertigt werden. Dies erregt auch die Gewerkschaft Textil. Nur vermag die Bundeswehr selbst dagegen wenig zu unternehmen. Sie erteilt bestimmten Firmen die Produktionsaufträge. Die wiederum sind frei, Teile der Produktion in sogenannte Billiglohn-Länder zu vergeben. Stoffe und Garne, die hierzulande produziert werden, die „Naturalien“ also werden in die kommunistischen Länder transportiert, dort zu Kleidungsstücken verarbeitet und dann der Bundeswehr geliefert. „Passive Lohnveredelung“ nennen dieses Verfahren die Wirtschaftsfachleute. Auch den Bundestag hat diese Frage schon beschäftigt. Staatssekretär Schlecht vom Bundeswirtschaftsministerium erläuterte am 5. Oktober letzten Jahres den Parlamentariern, daß der Bund gegen die „Vergabe-Praxis“ der deutschen Firmen nicht einschreiten könne.

RÜDIGER MONIAC

KRITIK

Trügerische Idylle

Das Geheimnis, das tödliche, man kennt es von Anfang an, aber dennoch zieht es einen in den Bann. Ein leiser Film, der sich fast unmerklich seine Spannung schafft, der trügerisch die Idylle einer langsam ablaufenden Zeit malt, bis dann rasch und unerbittlich das Schicksal eindringt: **Tagebuch eines Italieners** (ZDF).

Schicksal? Was Sergio Capogna gemacht hat, ist auch ein Film über verblendete Menschen, die meinen, die Politik aus ihrem privaten Leben ausschließen zu können und gerade so das Unheil über sich heraufbeschwören. Heute ist es die Jüdin Wanda, morgen wird der Krieg, der bereits vorbereitet wird, den Soldaten Valerio und seine Mutter unerbittlich treffen.

Capogna hat einen einfühlsamen Film gemacht, der wenig äußerliche Aktion aufzuweisen hat, in dem aber doch soviel geschieht. Erstaunlich, wie es ihm gelungen ist, die Atmosphäre einer Welt heraufzubeschwören, die nun schon vor fast einem halben Jahrhundert versunken ist.

Es besticht die Dezenz des Tones, die doch alles über die Gefühle dahinter mitteilt. Und geradezu erstaunlich, daß Capognas kompliziertes Spiel mit den Rückblenden – die Gegenwart, das Jahr 1938, die frühen zwanziger Jahre – an keiner Stelle angestrengt oder gar verwirrend wirkt.

SVEN HANSEN

STUDIO

Die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten werden 1984 der Schallplatten-Branche für jeweils einen ausgestrahlten **Videoclip** bis zur Länge von vier Minuten 800 Mark Sendelizenzen bezahlen. 1985 werden es 900 Mark sein, 1986 1000 Mark. Bei Clips von mehr als vier Minuten Dauer erhöht sich der Vergütungssatz um 50 Prozent. Für die Sender bieten die Clips eine attraktive Programmbereicherung vor allem für junge Zuschauer. Die Schallplatten-Branche, die ihre Verhandlung mit ZDF und ARD über die „Gesellschaft zur Verwertung von Leistungsschutzrechten“ führte, hat mit den ausgestrahlten Videoclips die zugkräftigste Werbung für Schallplatten und Kassetten. rr

ARD



ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

Nur über die Sender des ZDF
9.25 Sendung mit der Maus
10.00 heute
10.03 So lebten sie alle Tage
11.35 Zwei rechts – zwei links
12.10 Kennzeichen D
12.55 Presseschau
13.00 heute

9.00 Bericht zur Lage der Nation
16.00 Tagesschau
16.10 Janies Geschichte des Gesangs
Mit Janie Zerger, Ben Hecker, Geralf Scheder u. a.
16.55 Die Spielbude
Zehn neue Folgen
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschließend: Der 7. Sinn
20.18 Von Kopf bis Fuß auf Sparen eingestellt
Unternehmen Bundeswehr
21.00 Bei Bio
Gespräche und Musik live
22.00 Titel, Thesen, Temperamente
Ein Kulturmagazin
22.30 Tagesthemen
23.00 In der Sache J. Robert Oppenheimer
Schauspiel von Heinar Kipphardt
Mit Hans Michael Rehberg, Hans Quest, Dieter Borsche u. a.
Regie: Dieter Giesing
„Wir haben die besten Jahre unseres Lebens damit verbracht, immer perfektere Zerstörungsmittel zu finden, wir haben die Arbeit des Militärs getan, und ich habe in den Eingeweiden das Gefühl, daß dies falsch war. Obzwar ich die Entscheidung der Mehrheit dieses Ausschusses anfechten werde, will ich fernerhin an Kriegsobjekten nicht arbeiten, wie immer die angestrebte Revision ausfallen mag. Wir haben die Arbeit des Teufels getan und wir kehren nun zu unseren wirklichen Aufgaben zurück.“ So sagt J. Robert Oppenheimer in seinem Schlußwort in Heinar Kipphardt Dokumentarspiel, das die vierwöchige Verhandlung gegen den Kernphysiker im Jahre 1954 nachzeichnet.
0.55 Tagesschau

16.00 heute
16.04 Die Sache mit dem „G“
Wiederholung von vier Folgen
Gutenberg und die Folgen (1)
Von Jürgen Voigt
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Kuschelbären
Das Sommerfest im Wald
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Stefan Waggershausen
17.50 Tom und Jerry
Zeichentrickserie
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mann, halt die Luft an!
Eine verhältnismäßige Dame
19.00 heute
19.30 Peter Alexander
Ein Gala-Konzert aus der Dortmunder Westfalenhalle
Paul Kuhn und sein Orchester
Die Ute Mann Singers
21.15 Welt der Mode
Trends der Frühjahrs- und Sommermode '84
Wie sehen die richtungsweisenden Trends aus? Was trägt die Dame, was der Herr? Welches Make-up soll im neuen Jahr aufgelegt werden? Fragen, die dieses bunte Mode-Kaleidoskop zu beantworten versucht.
21.45 heute-journal
22.05 Heute im Parlament
Wende oder Kontinuität?
Lage der Nation
22.20 Die Bonner Runde
Wende oder Kontinuität?
Gesprächsleitung: Johannes Gross
23.15 Apropos Film
Aktuelles aus der Filmbranche
Von Helmuth Dimko und Peter Hajek
23.50 heute



Dieter Borsche (l.) und Hans Michael Rehberg in Kipphardts Schauspiel „In der Sache J. Robert Oppenheimer“ (ARD, 23.00) FOTO: HIPP

III.

WEST
18.00 Telekolleg
Physik (50)
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 La Habanera
Dt. Spielfilm, 1937
Mit Zarah Leander u. a.
Regie: Detlef Sierck
21.45 Gegen das Sterben auf der Warteliste
Behandlung von Herzkrankheiten
22.15 Die Pisten und die Autobahnen
Hitlers Motorisierung
23.00 Der Weg nach oben
Zum Streit um die neuen Eliten
23.45 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Schach für jedermann
18.45 Film als Hobby – Video als Hobby
19.15 Dörfer in der Dritten Welt (2)
20.00 Tagesschau
20.15 Der Sohn vom Boss
US-Spielfilm, 1978
Regie: Bobby Roth
21.45 Der Künstler war eine Frau
22.30 Modest Mussorgski:
Lieder und Tänze des Todes
23.25 Nachrichten

HESSEN
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Sie kam aus dem All
18.55 Die Maus auf dem Mars
19.00 Buffalo Bill, der weiße Indianer
US-Spielfilm, 1944
20.30 Kultur International
21.20 Das Bild der Woche
21.30 Drei aktuell
21.45 Musik als Waffe
22.30 Janosik, Held der Berge

SÜDWEST
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Telekolleg I
Physik (50)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm
19.25 Nachrichten
19.30 Das Verbrechen auf der Post
Tschechoslow. Fernsehspiel
20.15 Atelierbesuch: Horst Rellecke
20.35 Das Wildheuen von Ringgenberg
21.30 Der Neonmensch
Nur für Baden-Württemberg
21.45 Auf Alemannisch
22.00 zu Gast
22.45 Streiflicht (5)
Nur für Rheinland-Pfalz
21.45 Von Menschen im Land
22.30 Plenum
Nur für das Saarland
21.45 TV- Club Saar 3

BAYERN
18.15 Wegweiser Beruf
18.45 Rundschau
19.00 Der Mann von drüben
Damals Tagesgespräch
20.10 Bachwerke auf Silbermann-Orgeln
20.40 Z. E. N.
20.45 „Ich werde ihm dort keine Ruhe lassen...“
21.30 Rundschau
21.45 Die Frauen
Amerik. Spielfilm, 1939
23.35 Rundschau
0.00 Actualités

Denkmal Autobahn

P. Jo. – Die rheinischen Denkmalschützer verstehen ihr Geschäft. Und sie wissen auch, daß sie zuerst für die gehörige Publizität sorgen müssen, ehe ihnen die notwendigen Gelder bewilligt werden. Deshalb haben sie gestern auf einer Pressekonferenz in Siegburg nicht nur vorgeschlagen, daß historische Straßen, Brücken und andere Verkehrsbauten unter Denkmalschutz gestellt werden sollten, sondern als handgreifliches Beispiel die Trasse der Autobahn zwischen Köln und Bonn, die ja bekanntlich nach der Berliner Avus die zweitälteste deutsche Autobahn ist, als schutzwürdig erklärt.

Warum eigentlich nicht? Warum soll einer Straße nicht recht sein, was Industriedenkmälern von der vergammelten alten Fabrikhalle bis zum einsamen Schornstein einer längst abgerissenen Spinnerei billig ist? Nur wenn man von dieser abstrakten Idee zur Wirklichkeit wechselt, kommen doch Bedenken auf. Denn was ist überhaupt noch von der alten Kraftfahrzeugstraße, die zwischen 1928 und 1932 entstand, übrig? Heute ist das eine hochmoderne, gar sechsspurige Autobahn mit breitem Mittelstreifen. Ursprünglich aber war es eine vierspurige Bahn, ohne Mittelstreifen, Leitplanken, Schallschutzzäune, Parkstreifen und was inzwischen alles dazugekommen ist. Auch die Brücken sind natürlich nicht mehr original, weil sie ja viel zu schmal waren.

Einzig ein schmaler Betonstreifen am Kölner Verteilerkreis, heute scheinbar unmotiviert (und unbefahrbar) zwischen den Fahrbahntrassen gelegen, ist ein Stück Vergangenheit. Das war die alte Bonner Landstraße, die ein paar hundert Meter zwischen der Schnellstraße geführt worden war, ehe sie sich mit einer Unterführung links in die Büsche schlug. Sie einzig wäre, wenn man so will, denkmalswürdig.

Salzburg: „König Übü"

Dada-Vater muß jetzt Oper singen

Zu Beginn klappt das Theater, wahrlich ein herrliches Augenspektakel, noch vorzüglich: Während des scheinbar alles musikalische Material zertrümmenden Vorspiels bröckelt die heimelige Landestheaer-Atmosphäre langsam ab. Ein biedermeierlicher Zwischenvorhang mit einer Allegorie des Salzburger Schokoladenjungen kippt in Etappen nach hinten, gibt den Blick frei in eine Arena des Grotesken, die Ausstatter Gerhard Jax großflächig und raumnützlich entwarf.

„König Übü", der Urgroßvater aller Surrealisten und Dadaisten, auf Besuch in der Mozart-Stadt: Ein Beitrag zum zeitgenössischen Musiktheater sollte es werden, der vor der Premiere schon viel Staub aufgewirbelt hatte. Ein städtischer Kulturbeamte, der zugleich Leiter einer großen Besucherorganisation ist, nützte seine Vorbehalte gegenüber dem Stoff und zeitgenössischem Kunstausdruckswillen im besonderen für Angriffe auf den Landestheater-Intendanten. Die Stimmung war aufgeheizt, ein Skandal lag in der Luft, schließlich wurde es aber ein herzlicher Erfolg.

Der Bürger Übü, der als blindwütiger König zum Bürgerschreck wird, dieser ganze parodistisch-makabre Bilderbogen scheint immer und überall verwendbar als Zerrspiegel-Halter. Alfred Jarrys knapp 90 Jahre alter „Roi Ubu", den nun Roland Lillie zum stichwortartigen Libretto verknappte, reizt mit seiner bizarren Komik natürlich zur Veroperung. Penderecki arbeitet seit Jahren daran, kam bisher aber zu keinem Ergebnis.

Der 45jährige bayerische Komponist Franz Hummel Vergangenheit mißtraut der herkömmlichen Opernform gründlich. Klangliche Konfusionen zieht er daher zu Illustrationszwecken wie elastische Spiralen in die Höhe. Der Effekt ist grell, vor allem laut, die Palette buntscheckig, die Dramatik ein knapp zweistündiges Wechselbad. Hummels Tonkulisse mit ihren parodistischen Einschüben untermalt bestenfalls ein irrwitzig starkes Sujet. Die Dimension des Grotesken, wie sie etwa Ligeti treffen kann, das „Übermalen" schlechthin, gelingt Hummel aber nicht.

Wie beflissen das Salzburger Landestheater aber diese Aufführung zustande brachte, ist mehr als ein mutiges Sich-zur-Decke-Strecken. Die Persiflage jeder Theaterkonvention, Übüs verrückt-überzogene Komik, setzte Lutz Hochstraate flott und gebührend deftig in Szene. Bühnenbild und Maschinerie gelingen anfangs verblüffende optische Lösungen, später lahmt das Spektakel mitunter. Dirigent Wolfgang Rot verbeißt sich glaubhaft in die Schrillheiten der Partitur, die Darsteller Rolf Kühne, Klaus Martin Heim, Paula Bukovac und Josef Köstlinger scheinen im Stück aufzugehen.

WALTER GÜRTELSCHMIED

Kraftakte der Burg – Ein Theaterbrief aus Wien

Traurige Hochzeit im alten Preußen

Das Burgtheater hat in der letzten Zeit keine gute Presse gehabt, es wurde ihm Mangel an Initiativen vorgeworfen, Phantasielosigkeit in der Wahl und im Wirken der Regisseure, ein nicht überzeugender Spielplan und was an derartigen Vorwürfen eben immer dann besonders virulent wird, wenn sich am Horizont ein Wechsel in der Direktion abzeichnet. Spekulationen über einen potentiellen Nachfolger machten Achim Benning das Leben schwer, und fast könnte es scheinen, als habe er mit einem Kraftakt den angeblich verfahrenen Karren aus dem Sumpf ziehen wollen.

Es wurde mit einem freilich seltenen Mut die Uraufführung eines jungen, in Wien trotz seines Erfolgs mit „Da nahm der Himmel auch die Frau" unbekannten Autors mit größtem Aufwand inszeniert. Wobei sich herausstellte, daß „Das alte Land" von Klaus Pohl tatsächlich ein großer und schwerer Brocken ist. Nach dem Applaus bei der Premiere zu schließen, ein Erfolg trotz der ortsfremden Thematik.

Die in einem ostpreußischen, von Flüchtlingen übersäten Dorf der Nachkriegszeit spielende Handlung geht von der damals aktuellen Bodenreform aus, die von den ansäßigen Bauern verbissen bekämpft wurde. Pohl sucht in einem wuchtigen Wurf, die herrschenden Zustände mehr in Massenszenen als in persönlicher Handlung sichtbar zu machen. Eine enorme Personnage wird aufgeboten, dem Zuschauer fällt die Unterscheidung nicht leicht. Dazu gibt es einen ständigen Wechsel der Szenen, der an die Bühnentechnik Ansprüche stellt, wie sie nur eine große Bühne wie das Burgtheater bewältigen kann. Die Einzelschicksale treten hinter der Schilderung der Verhältnisse zurück. Es ereignet sich etwas wie eine deduktive Dramaturgie, die, heute durchaus neu, das Kleine aus dem Großen ableitet und hohe Anforderungen an den Theaterbesucher stellt.

Das Stück endet mit einer traurigen Hochzeit und mit dem blutigen Tod eines der wenigen Idealisten des Geschehens. „Nicht hinsehen", sagen die Hochzeiter. Der alte, verzweiflungsvolle Trott, aus dem die gequälten Menschen in eine neue Zukunft hineinfinden wollten, geht weiter. Dem bedrückenden Tenor des Dramas kommt Bennings Regie auch von außen her durch häufig dunkle Bühnenbilder (Mathias Kralj) und einen fast durchgehend auf höchste Lautstärke geschraubten Dialog entgegen. Er hat dabei immer das Ganze im Auge, bleibt sozusagen außerhalb der Gefühlszone, sieht kühl wie der Autor dem unmenschlich-menschlichen Treiben zu, dessen tragischer Hintergrund in Hoffnungslosigkeit mündet.

Auch von einem zweiten interessanten Abend des Burgensembles ist zu berichten, der deutschen Erstaufführung von Tom Stoppards „The Real Thing". Es ist kaum verwunderlich, daß diese Arbeit seit der Uraufführung 1982 in London schon 500 Mal gegeben worden ist. Zu bezweifeln bleibt, ob die Arbeit des zielbewußten Dramatikers noch in fünfzig Jahren gespielt werden wird. Sie ist ideal für das, was Schauspieler als Eigenraum brauchen, in einem überaus flüssigen und genau ins Schwarze treffenden Umgangston gehalten, der aber den Fehler seiner hohen Aktualität hat: So spricht und diskutiert man in England heute, morgen, in den nächsten Jahren, aber kaum mehr später. Dazu kommt bei der Aufführung, die das Akademietheater herausgebracht hat, die Schwierigkeit einer allen Nuancen gerecht werdenden Übersetzung, was schon beim Titel nicht möglich ist.

Man muß den Darstellern sehr dankbar sein, daß sie mit ihrer beispielhaften Kunst – Andrea Jonasson und ihr vorzüglicher Partner Joachim Bissmeiser – über alle Heteropathien elegant hinweggleiten, wobei Frau Jonasson schon mit dem Wippen ihrer Zehen einen ganzen Satz auszudrücken weiß.

Was wird denn nun aber gespielt? Ja, ein Stück über die Liebe, aber kein obsoletes, nein eine sehr moderne Liebesgeschichte bis zur „Binuclear family" hin. Contre Coeurs, unter unwiderstehlichen Zwang, nimmt da ein Schriftsteller seinem Freund die Frau weg und muß dann nach zwei Jahren seinerseits schwere Qualen und im Grunde einen inneren Schiffbruch erleiden, als er seine selbstverständliche Großzügigkeit allzu selbstverständlich angenommen sieht. Dennoch: Das „einzig Wahre" ist eben diese Liebe, und das für beide Teile. Regie führte, glanzvoll wie gewohnt, Peter Wood, sein bewährter Bühnenbildner war Carl Toms.

Zu guter Letzt noch ein Hinweis auf eine sehenswerte Inszenierung der sonst mehr der leichten Muse zugeneigten Kammerspiele in Wien. Zum erstenmal seit seinem Auftreten vor dreihundert Jahren ist der geheimnisvolle und für die Geschichte des Judentums wichtige Sabbatai Z'wi Gegenstand einer dramatischen Behandlung geworden. Und zwar in dem Stück „Messias" des vierzigjährigen Amerikaners Martin Sherman, das die Kammerspiele unter tapferem Einsatz deutsch herausbrachten. Allerdings bildet Sabbatai auch darin nur auslösende Staffage und tritt nicht auf. Daß seine interessante Persönlichkeit noch keinen Dramatiker inspiriert hat, ist erstaunlich: ein zwischen Euphorie und Verzweiflung gewiegter Fanatiker, der zu seiner Zeit als angeblicher Messias einen riesigen Anhang mit der reformatorischen Lehre „erlaubt ist, was verboten war" fand.

Er bestimmt in dem Stück den Weg der jungen, von der Natur arg vernachlässigten Rahel, der von Begeisterung zu tiefer Enttäuschung und endlich zum dennoch-Glauben führt. Krista Stadler leistete hier ein Meisterstück nicht nur an Charakterisierung, sondern auch an Selbstverleugnung in der äußeren Erscheinung und verdiente sehr wohl den frenetischen Beifall der Zuschauer. Das Stück selbst ist fernsehdramatisch auf einen permanenten Wechsel der Schauplätze ausgerichtet.

ERIK G. WICKENBURG

Verdis Frühwerk „Alzira" erstmals auf Platten

Schlafendes Inka-Gold

„Alzira" tauchte bislang eigentlich nur in Kreuzworträtseln auf: als Verdi-Oper mit sechs Buchstaben. Auf der Bühne ist selbst den eifrigsten Opernfans das Werk kaum je begegnet, und dabei wird es wohl auch in Zukunft bleiben. Intendanten, die eine „Alzira"-Besetzung zusammenverpflichten, werden es sicherlich weiterhin vorziehen, mit ihr „Rigoletto" zu geben oder „La Traviata": die sicheren Nummern, für die sich zudem einspringender Ersatz noch im letzten Augenblick finden läßt. Davon kann natürlich bei „Alzira" die Rede nicht sein. Das ist der Jammer. Nur die Schallplatte verbürgt ihr künstlerische Omnipräsenz.

Lamberto Gardelli hat für den frühen Verdi seit langem – freilich mehr oder weniger unauffällig – geleistet, was Dorati für Haydn oder Harnoncourt für Monteverdi taten. Er hat den Kosmos Verdi entdeckt. Erst durch seine Einspielungen trat der volle Reichtum des Frühwerks zutage, Ausfluß der „Galeerenjahre", über die Verdi noch im nachhinein klagte. „Alzira" war schließlich seine achte Oper in nur sechs Jahren.

Das Erstaunliche ist freilich, wie springlebendig diese hervorgeschuftete Musik weitgehend ist. Wie auch hätte Verdi Auftrag um Auftrag erhalten, bis er mit seiner 16. Oper, dem „Rigoletto", sich endgültig ins Gedächtnis der Opernwelt grub, wenn seine vorangegangenen Werke (unter ihnen veritable Opernbomben wie „Ernani", die Nummer fünf) glanzlose Alltagswerke gewesen wären? Auch „Alzira" steht künstlerisch ihren Mann – als Frau.

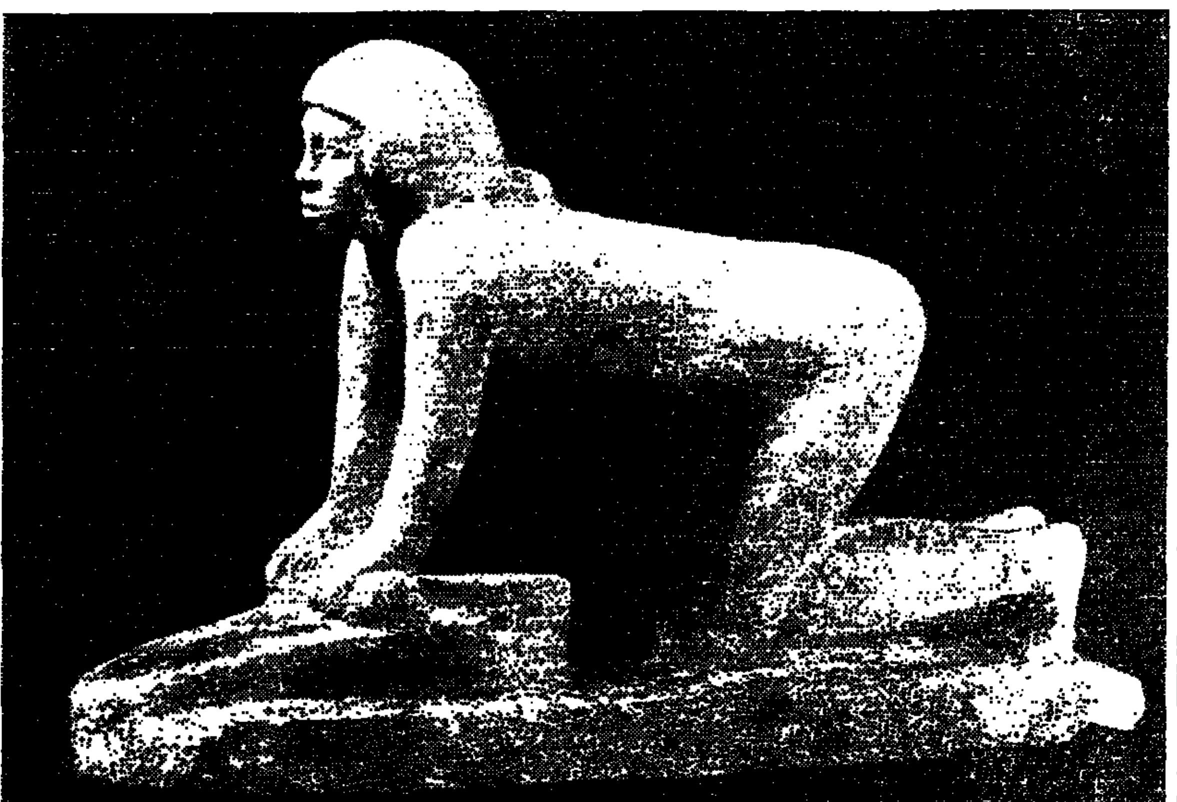
Freilich bleibt gerade die Frauenzeichnung beim frühen Verdi noch zu schematisch. Viel Charakter hat Alzira, die Inka-Braut, um die sich der spanische Gouverneur Gusmano bewirbt, musikalisch nicht mitbekommen. Selbst in ihre Liebesduette mit dem totgesagten, aber stimmlich höchst lebendigen, geliebten Zamoro mischt sich der Geist Bellinis stärker als jener der Inka-Götter.

Noch folgt auf die lyrische Arie verläßlich die Cabaletta und verpufft ihre Bravour. Für die Sanftmut der Alzira-Partie wie für ihr virtuoses Rasen zeigt sich Ileana Cotrubas aufs Geschmackvollste zuständig. Ebenmäßig singt sie die Rolle, Freud wie Leid gleichermaßen ein Hörgenuß. Tiefergreifende Überlegungen kommen Verdi in „Alzira" noch nicht.

Freilich will es einem mitunter scheinen, als taue aus der zarten Instrumentaleinleitung zur 3. Szene schon der Nil-Nebel der „Aida" nieder; als umsängen die Frauenstimmen der „Pezzi sacri" schon den Schlummer der Inka-Heldin.

Francisco Araiza singt die Tenorpartie des Zamoro. Bisher ein Meister im leichtstimmigen Fach Mozarts wie Donizettis, wechselt er nun in das allumfassende Repertoire der Tenöre hinüber – mit Ausnahme der schweren Helden natürlich. Der Übergang gelingt ihm sehr gut. Die Stimme sitzt, sie verfügt über Glanz und Kraft. Mitunter kommt es noch zu einer gewissen Sing-Stutzigkeit, wie einzelne Phrasen am besten zu nehmen seien. Nicht jede tenorale Hürde wird schon mit dem élan vital der zünftigen Verdi-Tenöre genommen. Das wird sich schnell geben.

Renato Bruson ist der brave Schurke Gusmano, der, das mörderische Inka-Messer in der Singbrust, gut christlich den Wilden vergibt. Er tut das mit der Autorität eines Sing-Gouverneurs aller Verdischen Lande (Orfeo S 057832). KLAUS GEITEL



Auch nach dem Tod das tägliche Brot: „Korn mahlende Dienerin", Grabbeigabe um 2250 v. Chr., aus der Stuttgarter Ausstellung FOTO: KATALOG

„Osiris, Kreuz und Halbmond in Ägypten" – Eine Ausstellung in Stuttgart

Auf dem Sarggiebel die Paradiesvögel

Keine Kunstausstellung, sondern eine Dokumentation über 5000 Jahre Religion und zweimaligen religiösen Umsturz will „Osiris, Kreuz und Halbmond in Ägypten" im Stuttgarter Kunstgebäude am Schloßplatz sein. Ihr kommt es also weniger auf den Kunstrang als auf die religiöse Aussage an. Und: „Neben den Privilegierten kommt auch der arme Mann zu Wort."

Ganz so schlimm ist es nicht, aber auch nicht ganz so gut. Die Gräberfunde der pharaonischen Zeit mit ihren kostspieligen Beigaben für das Leben im Jenseits verraten wenig oder nichts über die Hoffnung oder Hoffnungslosigkeit oder Wurschtigkeit der Habenichtse. Mumifizierung war die Vorbedingung für Jenseitshoffnung, Grabbeigaben waren ebenfalls erforderlich, konnten aber durch Zeichnungen auf der Grabwand ersetzt werden. Ganze pharaonische Schiffe als Beigaben wurden in Gräbern von kleineren Würdenträgern zu kleinen Modellen; ein 77 cm langes, rohes Modell mit Besatzung ist zu sehen. Konnte ein Habenichts sich auf magische Praktiken und Hoffnungen auf objektives Totengericht verlassen? Oder hatten die Reichen doch größere Chancen? Darüber weiß man zu wenig.

Andererseits ist der Kunstrang der Objekte identisch mit den Objekten einschlägiger Kunstausstellungen, da die meisten ägyptischen Belege sowieso aus Tempeln, Nekropolen und Gräbern stammen. Man darf also guten Gewissens den größeren altägyptischen Teil der Ausstellung mit künstlerischem Interesse besichtigen. Zu sehen sind die bekannten hochrangigen Groß- und Kleinplastiken, Götter-, Priester- und kultische Tiergestalten, Reliefs, Malereien, Gefäße, eine große Anzahl von Kultgegenständen, eine herrliche weibliche Mumienmaske, eine Kindermumie, ja sogar die kuriose Mumie einer Katze.

Die philosophisch-religiöse Revolutionsepisode unter Echnaton und Nofretete ist besonders liebevoll dokumentiert. Das alles wurde aus Museen der Bundesrepublik und Österreichs herbeigeschafft; trotz Partnerschaft zwischen Stuttgart und Kairo brauchte man nicht zu kostspieligen Transporten aus Ägypten zu greifen. Die sowieso untransportablen Kult- und Grabbauwerke sind als Fotos mit sachlicher Beschriftung an den Wänden der Ausstellungsräume zu sehen.

Einige Stücke stammen aus der Ptolemäer- und der Römerzeit, darunter eine rätselhafte Aschenurne, die bisher als verschollen galt und hier voller Stolz vorgezeigt wird. Und damit sind wir am Übergang zum Christentum. Die neue Religion wurde von den jenseitsgläubigen Ägyptern begeistert aufgenommen. Nebenbei gesagt: Jetzt brauchte auch der Habenichts keine Angst vor jenseitigen Privilegien der Wohlhabenden mehr zu verspüren.

Alexandrien war bekanntlich eine Zentrale frühchristlicher Theologie: man braucht nur an den Namen Athanasis zu denken. Auch das Eremitentum und das gemeinschaftliche Klosterleben stammen aus Ägypten. Mitte des 5. Jahrhunderts trennte sich die ägyptische Kirche von Rom. Doch nicht deshalb führt sie den Namen „koptisch". Kopt … ist die arabische Aussprache von (ä-)gypt … Aus dieser Zeit zeigt die Ausstellung Übergänge von hellenistischen zu christlichen Inhalten, die zunächst recht primitiv, dann jedoch immer künstlerischer gestaltet sind. Unter den rund dreißig koptischen Exponaten ist das bedeutendste ein herrlicher Sarg mit Paradiesvogelbemalung auf dem Giebeldach am Kopfende. Heute leben etwa vier Millionen koptische Christen in Ägypten, relativ unbehindert.

Schriften, Teppiche, Kultgeräte, Bodenfragmente von Fayence-Schalen, eine Gebets-Perlenschnur, Bucheinbände, Koran, Korankommentar u. a., über den ganzen Zeitraum bis heute verstreut, stellen die religiöse islamische Kultur Ägyptens dar.

Eine sicherlich hochinteressante Schau, die freilich die unterschwellige, in anderen islamischen Ländern längst wieder ausgebrochene Intoleranz besonders des schiitischen Islams verschweigt, ja sogar im Katalog einer harmonisierenden Betrachtung den Vorzug gibt (bis 23. April; Hannover: 10. Mai bis 5. Aug.; Katalog 20 Mark; Buchhandelsausgabe, v. Zabern-Verlag, 26 Mark).

RUDOLF KRÄMER-BADONI



Kindergruppenbildnis des Rubens-Schülers Matthijs van den Bergh, aus der Ausstellung in Dortmund FOTO: KATALOG

Dortmund zeigt niederländische Gemälde aus der Göttinger Universität

Vermächtnis bürgerlichen Opfersinns

Die Ausstellung niederländischer Gemälde und Zeichnungen des 17. Jahrhunderts, die gegenwärtig im Kunstmuseum der Stadt Dortmund gezeigt wird, ist weder nach Umfang noch Qualität ein epochales Ereignis. Um so attraktiver ist ihr atmosphärischer Hintergrund. Sie gewährt einen tiefen, fast rührenden Einblick in die passionierte Beflissenheit, mit der das Bildungsbürgertum der deutschen Aufklärung Kunstwerke zusammentrug, die eigentlich jenseits seiner materiellen Möglichkeiten lagen. Ein milder und unpathetischer Hauch von Opfersinn weht durch diese kleine Ausstellung der Universität Göttingen, Hinterlassenschaft von zwei Männern, die im 18. Jahrhundert, dem Zeitgeist entsprechend, mit Eifer und liebevoller Ausdauer sammelten, was ihnen an Kunstschätzen des vorausgegangen Jahrhunderts eben noch erreichbar war.

Es verschlägt nichts, daß sich das Resultat dieses engagierten Aufwandes nur in wenigen Fällen mit der Qualität jener niederländischen Kunstwerke des 17. Jahrhunderts messen kann, die in den großen Galerien Europas hängen. Johann Wilhelm Zschorn (1714–1795), ein Justizbeamter in Celle, verwandte einen wesentlichen Teil seiner bescheidenen Einkünfte darauf, im Lauf seines Lebens immerhin 270 Gemälde zu erwerben, von denen nun eine Auswahl in Dortmund zu sehen ist. Die Sammlung, testamentarisch der Universität Göttingen vermacht, setzt sich überwiegend aus Werken holländischer und deutscher Kleinmeister, darunter einem kunsthistorisch interessanten Interieur des Bonner Münsters (1665) von Job Berckheyde, einer lichtvollen italienischen Landschaft von Isaac de Moucheron und einem seltenen Historienbild (Antonius und Kleopatra) des bedeutenden Genremalers Jan van Steen, zusammen.

Das Legat, 1796 in den Besitz der Göttinger Hochschule gelangt, diente lange als Anschauungsmaterial im kunsthistorischen Unterricht. Die einzige Bedingung, die Zschorn an die Schenkung geknüpft hatte, sie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, wurde nur zeitweise erfüllt. Als Teil der Göttinger Universitäts-Bibliothek, machte sie verschiedene Umzüge durch, die an einigen der nachgedunkelten Gemälde Spuren hinterließen.

Der zweite Teil der Sammlung, die Zeichnungen aus dem Besitz des bereits 1769 verstorbenen Artillerie-Hauptmanns und Frankfurter Bürgermeisters Johann Friedrich von Uffenbach, zeichnet sich durch größere Reichhaltigkeit aus. Uffenbach hatte es als Sammler auf nicht weniger als 10 000 Zeichnungen und druckgraphische Arbeiten gebracht, die Ende des Zweiten Weltkrieges fast zur Hälfte verlorengingen.

Was übrig blieb, ist noch immer von großem Reiz. Einige der Blätter aus den Skizzenbüchern von Jan Asselyn, Hendrik Averkamp und Jan van Goyen sind als Vorarbeiten für spätere Gemälde dieser Meister erkennbar. Winterbilder, Seestücke und holländische Landschaften zu allen Jahreszeiten charakterisieren diesen Sektor der Ausstellung. Ein besonders herausragendes Beispiel ist Pieter de Molijns exquisite Bleistiftzeichnung einer Dünenlandschaft, die vermutlich von 1632 stammt, aus der besten Zeit der holländischen Landschaftskunst (bis 25. März, Broschüre 3,50 Mark). HEINZ BARTH

JOURNAL

„DDR" gab 48 Gemälde von Feininger heraus

AP, New York

Mit der Herausgabe von 48 Gemälden des 1956 verstorbenen Malers Lyonel Feininger ist jetzt ein mehrjähriger Rechtsstreit zwischen der „DDR" und den in den USA lebenden Söhnen des Künstlers zu Ende gegangen. Wie Feiningers Testamentsvollstrecker in New York mitteilte, wurden die Bilder von Ost- über West-Berlin nach New York gebracht. Feiningers 77 und 75 Jahre alte Söhne wissen noch nicht genau, was sie mit den Gemälden anfangen werden, doch sollen sie erst einmal in einer Ausstellung der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Die Bilder, die durchweg in den Jahren 1907 bis 1924 entstanden, haben einen Wert von mindestens fünf Millionen Dollar (13 Millionen Mark). Als Feininger Deutschland im Jahre 1937 verlassen mußte, übergab er die Bilder seinem Freund und Schüler Hermann Klumpp. Ein Ostberliner Gericht entschied bereits im Jahre 1976, daß die Feininger-Söhne die rechtmäßigen Besitzer seien, doch verweigerten die „DDR"-Behörden die Genehmigung für die Ausfuhr der wertvollen Stücke.

Lorin Maazels Ende an der Wiener Oper

AP / dpa, Wien

Der Direktor der Wiener Staatsoper, Lorin Maazel, ist nicht bereit, seinen bis 1986 laufenden Vertrag zu verlängern. Das teilte der Dirigent dem österreichischen Bundeskanzler Fred Sinowatz und dem Unterrichtsminister Zilk jetzt per Brief mit. Die Krise um den Wiener Staatsoperndirektor hatte sich zugespitzt, als der zuständige Minister, Helmut Zilk, an den zur Zeit abwesenden Direktor ein Schreiben richtete, in dem er seiner Besorgnis über die Entwicklung an der Wiener Staatsoper Ausdruck gab und die Bedingungen nannte, unter denen über eine Vertragsverlängerung verhandelt werden könnte. Bereits seit längerem werden in Wien gerüchteweise Nachfolger für Maazel gehandelt - darunter Götz Friedrich, Michael Hampe, Claus Helmut Drese und Federik Mirdita.

Paul-Ehrlich-Preis in Frankfurt verliehen

dpa, Frankfurt

Der mit 80 000 Mark ausgestattete Paul Ehrlich- und Ludwig Darmstädter-Preis ist in Frankfurt dem Holländer Piet Borst und dem Engländer George A. M. Cross verliehen worden. Die Auszeichnung, einer der höchstdotierten Preise für medizinische Forschungsarbeiten, wurde den Wissenschaftlern für ihre Untersuchungen über die immunologischen Eigenschaften des Erregers der in Afrika gefürchteten Schlafkrankheit zuerkannt.

Schinkel-Wettbewerb: „Stadt der Wissenschaft"

dpa, Berlin

Eine „Stadt der Wissenschaft" zu entwerfen, wird Aufgabe des Berliner Schinkel-Wettbewerbs 1984 / 85 sein. Das Projekt ist für den Bereich der Freien Universität (FU) in Dahlem gedacht. Dabei soll das Stadtbild von Dahlem gewahrt und zugleich ein Bezug zu den Staatlichen Museen geschaffen werden. Insgesamt umfaßt das Hauptthema des nächsten Wettbewerbs, wie beim 129. Schinkel-Fest in der Berliner Hochschule der Künste mitgeteilt wurde, interdisziplinär die Fächer Städtebau, Hochbau sowie Kunst und Bauen.

Maurice Béjart bereitet Jubiläumssaison vor

Reg. Brüssel

Trotz Krankheit ist Maurice Béjart nach wie vor für seine Brüsseler Compagnie aktiv. So soll das Ballett des XX. Jahrhunderts am 17. April seine neuen „Fragmente" nach Kleists Aufsatz „Über das Marionettentheater" (zu Bach-Kompositionen und japanischer Musik) vorstellen. Auch an seinem „Dionysos"-Ballett, das er für Mai in der Mailänder Scala plant, hält der Choreograph fest. Außerdem bereitet er für die nächste Saison das 25jährige Jubiläum seines Ensembles vor. Im September bis November werden in Brüssel die meisten seiner Ballette Revue passieren.

Martin Hürlimann †

DW. Zürich

Der „Zeitgenosse aus der Enge", wie er sich selbst nannte, ist tot. Martin Hürlimann, der Verleger, Autor und Fotograf, ist im Alter von 86 Jahren in Zürich gestorben. In Zürich-Enge 1897 geboren und mit dem Schweizer Odium der kulturpolitischen Enge behaftet, ging er schon in frühen Jahren auf Reisen, promovierte in Leipzig, gründete 1930 in Berlin den Atlantis-Verlag, machte Bild- und Städtebände, gab das berühmte „Atlantis-Buch der Musik" heraus, wurde Kosmopolit. Jetzt ist er gestorben, nur wenige Monate nach dem Tod seiner Frau, die sich mit dem Atlantis-Kinderbuch einen Namen gemacht hat.

In Amerika wächst die Angst vor dem strahlenden Stahl

WOLFGANG WILL, El Paso

Ein Strahlenunfall, der ganz andere Ausmaße annehmen könnte als der Zwischenfall im Kernkraftwerk Three Miles Island vom März 1979, beunruhigt zur Zeit Amerikaner ebenso wie Mexikaner.

Ausgangspunkt dieses Unglücks, das sich noch zur Katastrophe ausweiten könnte, sind die durch den Rio Grande getrennten Städte Juarez (Mexiko) und El Paso (USA).

Bislang ist nach einem ersten Fazit des amerikanischen Magazins „Science" erst so viel bekannt: Mindestens 200 Menschen haben seit Dezember '83 zu hohe Dosen radioaktiver Strahlungen bekommen. 20 Häuser und 4000 Tonnen Stahl sind verseucht. Das Katastrophale daran: Man weiß nicht, wo sich der Stahl inzwischen befindet. Man weiß nur, daß er aus dem Schrott hergestellt wurde, der von einer Müllhalde aus dem mexikanischen Juarez stammt...

Auf diesem Schrottplatz endete ein aus einem Lagerhaus der Stadt gestohlener „Picker C-3000", ein medizinisches Gerät, das zur Krebsbekämpfung eingesetzt wird. Dieser mit dem hoch radioaktiven Kobald-60 bestückte Apparat verseuchte das ganze Areal, nachdem er von Arbeitern gewaltsam geöffnet worden war. Das war am 6. Dezember vergangenen Jahres – seither weisen die Lieferungen des Schrottplatzes hohe Dosen von Radioaktivität auf.

Wieviele Menschen inzwischen verseucht sind, ist unbekannt. Die Behörden gehen davon aus, daß es nicht bei der Zahl von 200 bleiben wird, solange der Stahl nicht gefunden worden ist.

In den bisher schlimmsten Fällen sind bei zwei Mexikanern dramatische Dosen von 10 000 Rem gemessen worden, was bei den Männern innerhalb von wenigen Wochen zu offenen Wunden an Händen und Füßen führte. Vier andere Arbeiter waren Dosen zwischen 300 und 450 Rem ausgesetzt – tödliche Mengen, sofern sie den ganzen Körper bestrahlt haben.

Zum Vergleich: Beim Störfall in dem Reaktor von Three Miles Island hatte keiner der Betroffenen mehr als 100 Millirem abbekommen. Daß der Strahlenunfall überhaupt herauskam, ist einem Zufall zuzuschreiben. Ein US-Lastwagen, beladen mit dem aus dem Juarez-Schrott hergestellten Baustahl, hatte sich schlicht verfahren. Er passierte dabei irrtümlich das amerikanische Laboratorium für Nuklear-Forschung von Los Alamos in Neu-Mexiko und überfuhr dabei einen in die Straße eingebauten Strahlen-Sensor, der sofort Alarm schlug.

Die daraufhin begonnenen Untersuchungen kamen zu erschreckenden Ergebnissen: wenigstens zwei Stahlgießereien in Mexiko und ein Stahlwerk in den USA verwendeten für ihre Produktion den radioaktiven Schrott. Das sind nach Erkenntnissen von „Science" wenigstens 4000 Tonnen Stahl. Bisher sind radioaktive Stahlträger aber erst in 20 Häusern festgestellt worden – Häuser, die wahrscheinlich abgerissen werden müssen. Wo aber ist der Rest geblieben? (SAD)

Das Ende einer Karriere zwischen Rock und Rauschgift

H.-H. KANNENBERG, Frankfurt

Die Reise der zierlichen „rothaarigen" Engländerin, die am 28. Oktober 1981, aus Lima/Peru kommend, im Transitraum des Frankfurter Flughafens auf ihre Anschlußmaschine wartete, endete ziemliche abrupt: Bei ihr wurden 1,8 Gramm Kokain gefunden. Augenzeugen der Festnahme trösteten: „Machen Sie sich nichts draus, das gibt zwei Monate mit Bewährung."

Inzwischen sind knapp 29 Monate vergangen und die britische Popsängerin Geraldine Blecker (38), Künstlername „Honey Brown", Star der Londoner Inszenierung von „Anatevka" und „Hair" sitzt noch immer in Frankfurt.

In einem Prozeß, der sich seit 18 Monaten dahinschleppt, ist nach Ansicht der Staatsanwaltschaft (Antrag: 11 Jahre Gefängnis) der Sängerin mit den 1,8 Gramm Kokain nachgewiesen worden, daß sie der Spitze eines Londoner Rauschgiftsyndikats angehört hat. Außerdem soll sie falsche Dollarnoten unter die Leute gebracht haben.

Daß hinter der Dame mehr steckte als die auf Rhein-Main asservierten 1,8 Gramm Kokain, hatten die Frankfurter Strafverfolger schnell heraus. Eine Blitzanfrage bei den britischen Zollbehörden brachte den Hinweis: „Bei Geraldine Blecker handelt es sich um eine international gesuchte Kokain-Schmugglerin."

Um den Haftbefehl der deutschen Kollegen zu untermauern, ordnete ein britischer Richter zunächst einmal eine Durchsuchung der Londoner Wohnung von Geraldine Blecker an. Wenige Stunden nach ihrer Festnahme in Frankfurt wurde die Polizei in London über alle Erwartungen fündig. Sie entdeckte u. a. ein „Kassenbuch", in dem Geraldine detailliert festgehalten hatte, wen sie wann mit wieviel „Koks" beliefert hatte. Insgesamt kamen da fünf Kilo Kokain zusammen, die über Mittelsmänner an die Kundschaft gegangen waren. Anschließend machte sich der Leiter der Londoner Zollfahndung höchstselbst mit dem „Kassenbuch" auf den Weg nach Frankfurt. Als er der Blecker die Kladde präsentierte, klappte die schöne Kokshändlerin zusammen. Staatsanwalt Wilfried Schreiber schilderte die Szene jetzt in seinem Plädoyer. Geraldine Blecker stammelte: „Ja, sperren Sie mich ein, und vergessen Sie es!" Schreiber: „Das kam einem Geständnis gleich!"



Geraldine Blecker (rechts) auf dem Weg zum Prozeß. FOTO: ALFRED HARDER

Daß das Verfahren gegen die Kokain-Händlerin gemäß internationalem Rechtsbrauch in Frankfurt hängenbleiben würde, war kurz nach Festnahme der Popsängerin klar. Die englische Behörden leisteten zwar Ermittlungshilfe, stellten jedoch keinen Auslieferungsantrag. Über die Gründe rätselt die Justiz noch heute.

Als sie auf Rhein-Main mit 1,8 Gramm Kokain aus dem Flugzeug stieg, kam sie von einer Einkaufstour in Lima. Einkäufe vor Ort gehörten sonst nicht zu ihren Pflichten, „dazu war sie eine Nummer zu groß" (Schreiber). Doch in diesem Fall war ein Beauftragter, der ein Kilo „Koks" erstehen sollte, in Lima verhaftet worden. Geraldine Blecker flog daraufhin selbst. In ihrem Gepäck: 20 000 Dollar in „Blüten". Ob sie damit das Kilo Kokain bezahlen wollte (Preis: 18 000 Dollar), blieb unklar. Fest steht: Als sie aus Lima zurückkam, hatte sie das Falschgeld noch im Gepäck.

In den 18 Monaten des Prozesses schwieg Geraldine Blecker zu der Anklage. Die Verteidigung benannte immer wieder Entlastungszeugen, die jedoch größtenteils nicht aufzutreiben waren. Eine wichtige Zeugin aus Lima: unbekannt verzogen nach Venezuela. Ein Busfahrer aus Peru: unauffindbar in den Weiten der Anden. Als die Verteidigung nach 18 Monaten für das absehbare Ende des Prozesses noch einmal 16 potentielle „Entlastungszeugen" laden lassen wollte, war die Geduld des Gerichtes endgültig zu Ende: Es wies den Antrag zurück und konstatierte „Prozeßverschleppung".

So besteht die Chance, daß nach dem morgigen Plädoyer der Verteidigung, der Prozeß in der nächsten Woche ein Ende findet.

Mord: Chirurg zu 13 Jahren Haft verurteilt

dpa, Koblenz

Das Koblenzer Landgericht verurteilte den 49jährigen ehemaligen Chefarzt der Allgemeinchirurgie des Krankenhauses Evangelisches Stift St. Martin in Koblenz, Friedhelm Zaborsky, wegen Mordes zu einer Freiheitsstrafe von 13 Jahren. Das Gericht befand den Arzt für schuldig, seine 41jährige Ehefrau Anfang 1983 mit einer Giftspritze getötet zu haben.

Am 12. Januar vergangenen Jahres betäubte der Angeklagte seine Ehefrau Dagmar zunächst mit Hammerschlägen auf den Kopf und tötete sie dann mit Gift. Dieser Sachverhalt, den das Gericht als vorsätzlichen Mord aus niedrigen Beweggründen beurteilte, war nach Ansicht der Richter von vornherein unstreitig. Der Angeklagte habe seine Frau getötet, weil sie sich zumindest vorübergehend von ihm trennen wollte. Die familiären Probleme und berufliche Schwierigkeiten hätten letztlich zu der Tat des Arztes geführt, meinten die Richter.

Die Aussage des Angeklagten, er habe eigentlich nur sich selbst und nicht seiner Frau das Leben nehmen wollen, hielt das Gericht für nicht glaubwürdig. Es ging vielmehr von einem vorsätzlich geplanten Mord aus. So hielten die Richter dem Chirurgen vor, er habe bereits wenige Tage vor der Tat Mordgedanken geäußert.

Das Gericht billigte dem Angeklagten verminderte Schuldfähigkeit wegen einer erheblichen Bewußtseinsstörung während der Tat zu. Dabei spiele eine Rolle, daß er möglicherweise auch mit dem Gedanken gespielt habe, sich selbst zu töten.

Rauschgift-Coup

AFP, Bogotá

Die kolumbianischen Behörden haben am Dienstag 1,7 Tonnen reines Kokain im Schätzwert von 60 Millionen Dollar sichergestellt. Bei einer groß angelegten Operation im Süden Kolumbiens wurden rund 50 Rauschgiftschmuggler verhaftet.

Alkohol im Spiel

dpa, Berlin

Von 100 Menschen, die bei einem Verkehrsunfall ums Leben kamen, standen statistisch gesehen 22 unter Alkoholeinfluß. Diese Zahl nannten in Berlin Experten bei einer Tagung des „Bundes gegen Alkohol im Straßenverkehr". Mehr als die Hälfte aller verurteilten Verkehrssünder hätten unter Alkoholeinfluß gestanden.

Anklage gegen Kronsbein

dpa, Hannover

Die Staatsanwaltschaft Hannover hat jetzt Anklage gegen den ehemaligen Fußballtrainer Helmut („Fiffi") Kronsbein wegen Körperverletzung mit Todesfolge erhoben. Der 68jährige soll 1979 seine Ehefrau Gerda mit einem stumpfen Gegenstand geschlagen haben. Die damals 58 Jahre alte Frau ist nach Ansicht der Staatsanwaltschaft an den Folgen der Verletzung gestorben, ohne daß Kronsbein ihren Tod gewollt habe.

Frachter gesunken

dpa, Madrid

Der spanische Frachter „Sonia Gema Masiques" (370 BRT) ist mit acht Mann Besatzung vor Ibiza gesunken. Von der Besatzung fehlt jede Spur. Der Frachter, der Zementsäcke geladen hatte, war offenbar sehr schnell untergegangen. Zu Hilfe eilende Schiffe fanden an der Untergangsstelle nur kleinere Wracktrümmer vor.

Mafia-Boß geflüchtet

AFP, Mailand

Der vor einem Jahr festgenommene mutmaßliche Mafia-Boß Antonio Virgilio ist in der Nacht zum Mittwoch aus einem Mailänder Krankenhaus geflüchtet, wo der 56jährige wegen angeblicher Herzschwäche behandelt worden war.

Mexikos Start ins All

dpa, Mexiko-Stadt

Mexiko wird 1985 seinen ersten Astronauten ins All schicken. Er soll von einer der US-Fähren aus die Plazierung zweier in den USA gebauter mexikanischer Satelliten in der Erdumlaufbahn überwachen.

Das Gen-Geschäft rollt langsam an

Deutsch-amerikanische Firma vermarktet Interferone

JOCHEN AUMILLER, München

Das Geschäft mit gentechnologisch produzierten Arzneimitteln und Impfstoffen läuft langsam an. Das Erbmaterial von Bakterien läßt sich mit den neuentwickelten Techniken so raffiniert manipulieren, daß beispielsweise Insulin, Wachstumshormone, Interferone oder Hepatitis-Impfstoffe hergestellt werden können, je nachdem, um welche Produktionsbefehle die Bakterien-Gene „bereichert", ergänzt wurden.

Die Pharmaindustrie hat lange gebraucht, die Tragweite der gentechnologischen Entdeckungen zu erkennen. Das führte schließlich dazu, daß die Wissenschaftler selbst Firmen gründeten, die sich um die Verwertung, besser wohl Vermarktung, der neuen Erkenntnisse kümmern wollen. Inzwischen ist auch hierzulande die wirtschaftliche wie wissenschaftliche Bedeutung der Gentechnologie erkannt worden – einige Jahre zu spät, denn die Gen-Firmen melden bereits die ersten Patente für neue Arzneimittel an. Sie haben einen nur schwer aufholbaren Know-how-Vorsprung.

In dieser Situation kommt die jüngst gemeldete gentechnologische Vernunftehe zwischen der von Wissenschaftlern 1978 gegründeten Firma „biogen" und dem Laupheimer Pharmaproduzenten Rentschler einer kleinen Sensation gleich. „biogen", mit Sitz in Genf, Cambridge und Massachusetts, hat in der Fachwelt schon mehrfach Aufsehen erregt. Die renommierten gentechnologischen Experten meldeten nicht nur Erfolge bei der Herstellung verschiedener Interferon-Klassen, sondern auch die geglückte gentechnologische „Synthese" von Wachstumshormonen, Hepatits-B-Impfstoffen und des Entzündungsstoffes „Interlemkin 2". Freilich, „biogen" hält keineswegs eine Monopolstellung auf diesem profitablen Feld. Am Wettlauf um die begehrten Patente beteiligen sich noch zahlreiche andere Wissenschaftler-Firmen und inzwischen auch einige wenige Pharmafirmen.

Der Kooperationsvertrag zwischen „biogen" und Rentschler erscheint plausibel und zweckmäßig. Rentschler hat sich weltweit einen Namen machen können als Hersteller eines Interferon-Präparates, das inzwischen vom Bundesgesundheitsamt zur Behandlung schwerer, lebensgefährlicher Virusinfektionen zugelassen wurde. In der Familie der Interferone gibt es jedoch drei Gruppen, die sich durch unterschiedliche Wirkungen auszeichnen. Interferone werden bekanntlich vom menschlichen Organismus zur Abwehr von Virusinfektionen gebildet. Einigen Interferon-Typen werden krebsheilende Wirkungen zugeschrieben, der Beweis dafür steht allerdings noch aus. Immerhin kennt man heute einige Tumorformen, bei denen Interferone höchstwahrscheinlich helfen, nämlich die sogenannten Papillome im Hals-Nasen-Rachenbereich.

Zwar weitaus banaler, aber für das Wohlbefinden der ganzen Bevölkerung wichtig ist die mögliche Wirkung von Interferon auf Erkältungskrankheiten. Verhindert Interferon Schnupfen? heißt die triviale Frage, auf die ebenfalls noch keine wissenschaftlich gesicherte Antwort möglich ist. Diese Frage zeigt aber gleichzeitig die enorme wirtschaftliche Bedeutung solcher Interferon-Präparate.

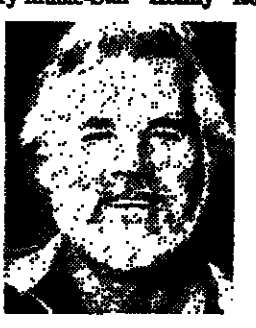
LEUTE HEUTE

Witwe klagt

Jeanne de Funès, Witwe des vor einem Jahr verstorbenen französischen Filmkomikers Louis de Funès, und ihre beiden Söhne **Patrick** und **Olivier** haben die Pariser Sonntagszeitung „Journal de Dimanche" auf 33 000 Mark Schadenersatz wegen eines verleumderischen Artikels verklagt. Die Zeitung hatte berichtet, die Hinterbliebenen würden Funès Grabstelle auf dem Dorffriedhof von Le Cellier total vernachlässigen.

Supervilla zu haben

Für umgerechnet 57,2 Millionen Mark, den höchsten Preis, der je in den USA für ein super-elegantes Privathaus gefordert wurde, will Country-Music-Star **Kenny Rogers**



jetzt sein 35-Zimmer-Anwesen in Beverly Hills an den Mann bringen. Er selbst hatte Filmkrösus **Dino de Laurentis** vor drei Jahren nur 37 Millionen Mark dafür bezahlt.

Platten Prozeß

Der US-Sänger **Neil Diamond** hat gegen die Schallplattenfirma Columbia Records Klage eingereicht. Er will das Unternehmen auf diese Weise zwingen, seine neueste Langspielplatte endlich auf den Markt zu bringen. Das hat Columbia bisher mit der Begründung abgelehnt, die Platte sei nicht „verkaufsträchtig" genug.

„Schwarzer Freitag" für „schwarze Diamanten"

Nach „Mißernte" verdoppelten sich die Trüffel-Preise

DW./rpl. Austin

Für die wirklichen Gourmets dieser Welt dürften die schlechten Nachrichten von den „schwarzen Diamanten" die Bedeutung eines „schwarzen Freitag" haben. Ein ausgesprochen trockener und heißer Sommer führte im französischen Perigord zu einer katastrophalen Trüffelernte. Nur noch knapp zehn Tonnen wurden in diesem Winter aus dem ausgetrockneten Boden in der Mitte Frankreichs geholt. Obwohl es in den vergangenen Jahren beständig weniger wurde, waren es im Jahr zuvor immerhin noch 45 Tonnen. Auf dem Markt in Paris verdoppelten sich die Preise auf rund 500 Mark pro Pfund. Damit ist der delikate Pilz zwar noch nicht so teuer wie Kaviar, Experten befürchten jedoch, daß er bald mehr kostet als Gold.

Diese Furcht drückt einen Teil jener Hilflosigkeit aus, mit der auch Fachleute dem langsamen Verschwinden der kostbaren Knolle gegenüberstehen. Noch zur Jahrhundertwende produzierte Frankreich rund 2000 Tonnen Trüffel, und Anfang der 70er Jahre waren es immerhin noch etwa 100 Tonnen jährlich. Aber all die Jahre delektierte sich die Welt nur daran. Man stopfte das Geflügel damit, schnitt dann die Scheibchen immer dünner. Heute merkt man plötzlich, daß man eigentlich nichts weiß über den seltenen Pilz.

So kommt es, daß vor allem Schweine und Hunde zum engeren Kreis der Trüffelexperten gehören. Vor allem ihre Säue nehmen die Bauern im Perigord mit auf die Trüffelsuche, weil das Aroma des Pilzes dem eines Ebers auf Freiersfüßen ähnelt. Da es schwierig ist, die Sau vom Pilz zu trennen, ist eine abgerichtete Hündenase praktischer – aus zwei Gründen: Der Hund gehorcht besser und ist außerdem unauffälliger für „Wilderer"; denn in Frankreich kostet das unbefugte Buddeln bis zu fünf Jahre Gefängnis.

Doch schon auf die Frage, warum die Pilze vor allem an den Wurzeln von Eichen, Linden und Haselnußbäumen etwa 30 Zentimeter tief im feuchten Boden wachsen, weiß niemand eine abschließende Antwort. Versuche, die Sporen an eben jenen Bäumen zu züchten, blieben denn auch wenig ergiebig.

Trotz des Trüffel-Verfalls ist Frankreich noch immer Erzeuger Nummer eins, zumindest was die schwarzen angeht. Vor allem in Italien und im US-Bundesstaat Oregon wachsen weiße Trüffel, die „Perlen der Küche" genannt. Der Streit, welche wirklich die besseren sind, ist noch längst nicht ausgetragen – die Wahrheit liegt wohl in der unterschiedlichen Verwendung.

Aber Amerika gehörte nicht den Amerikanern, wenn sie nicht den Profit schnüffeln würden wie die Sau die Knolle. Ein erster Züchter versuchte es in Texas mit „High tech". Er entwickelte einen „elektronischen Trüffel-Detektor", dem allerdings der rechte Erfolg nicht beschieden war. Das US-Nachrichtenmagazin „Newsweek" berichtete jetzt über eine regelrechte Trüffelfarm – ebenfalls im Südstaat Texas. François Picart, aus dem Land der „schwarzen Diamanten" zugewandert, will es in der Heimat mit den „Perlen" versuchen. Er pflanzt jährlich 20 000 Eichensetzlinge mit Trüffelsporen. Vorerst nicht viel mehr als ein Abschreibungsgeschäft, und danach bleibt nur die Hoffnung.

WETTER: Heiter und trocken

Wetterlage: Eine Hochdruckzone über Nordeuropa schwächt sich in ihrem Ostteil allmählich ab, bestimmt aber zunächst noch mit trockener Festlandsluft das Wetter in Deutschland.

Vorhersage für Donnerstag:

Bundesgebiet und Berlin: Nördlich der Mittelgebirge heiter, sonst wolkig mit Aufheiterungen, in Südbayern zum Teil länger andauernder Nebel. Höchste Temperaturen 5 bis 10, im Rheinland bis 12 Grad. Tiefstwerte in der kommenden Nacht null bis minus 4, in Südbayern bis minus 8 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus Ost bis Südost.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	6°	Kairo	17°
Bonn	6°	Kopenh.	2
Dresden	5°	Las Palmas	18°
Essen	5°	London	7°
Frankfurt	4°	Madrid	0°
Hamburg	4°	Mailand	8°
List/Sylt	2°	Mallorca	13°
München	0°	Moskau	3°
Stuttgart	2°	Nizza	12°
Algier	10°	Oslo	0°
Amsterdam	5°	Paris	7°
Athen	9°	Prag	5°
Barcelona	11°	Rom	8°
Brüssel	4°	Stockholm	–1°
Budapest	7°	Tel Aviv	15°
Bukarest	2°	Tunis	14°
Helsinki	4°	Wien	5°
Istanbul	5°	Zürich	1°

Sonnenaufgang am Freitag: 6.34 Uhr, Untergang: 18.38 Uhr, **Mondaufgang:** 17.07 Uhr, Untergang: 6.41 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Die fliegenden Schiffe haben wieder Zukunft

A. BÄRWOLF, Immenstaad

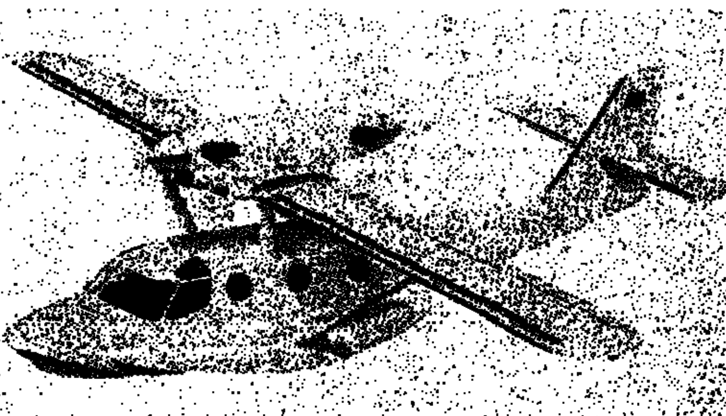
Ungefähr 55 Jahre sind vergangen, seit die berühmte „Do X", das riesige Wasserflugzeug mit 170 Passagieren an Bord vom Bodensee abhob – Premiere eines neuen Zeitalters der Luftfahrt, wie damals der Konstrukteur des ungewöhnlichen Vogels glaubte. Doch die kühnen Träume von Claudius Dornier haben sich nicht erfüllt.

Die Entwicklung der Amphibienflugzeuge ist überrollt worden durch die der Landflugzeuge; sie scheinen einen vollständigen Triumph über die „Kufenflieger" davongetragen zu haben.

Doch muß das immer so bleiben? Stoßen die Super-Jumbos nicht allmählich an die Grenzen ihrer technischen Belastbarkeit? Werden sie nicht zu schwer für die Fahrwerke? Werden die Flughäfen der Zukunft nicht vielleicht doch auf dem Wasser liegen? Sind Flugschiffe bei Weltkrisensituationen strategisch nicht viel nützlicher, allein weil ihre Landebahnen nicht zerstört werden können?

Claudius Dornier junior, der älteste Sohn des großen Flugzeugpioniers, glaubt jedenfalls wie der Vater immer noch, daß die Flugschiffe auch im Zeitalter der flüsternden Düsenjets eine Zukunft haben. Durch familieninterne Zwistigkeiten wurde er aber von dem großen und international bekannten Flugzeugkonzern abgespalten. Aber auch das kann ihn nicht abhalten, mit eigenem Kapital und neuen Ideen in die Zukunft zu planen.

Wie der Vater Flugboote aus Ganzmetall baute, will er – der 70jährige Sohn – Flugboote aus Kunststoff fliegen lassen. Und das erste fliegende Exemplar geht schon seiner Vollendung entgegen. Die „Seastar" ist ein zehnsitziges Amphibienflugzeug, das mit seinem eleganten Bootskörper und der Auslegung als Hochdecker sehr an den berühmten Dornier-Wal erinnert, der in den 30er Jahren um den Wasserplaneten Erde flog. Auch die Tandem-Anordnung der beiden Propellerturbinen von Pratt und Whitney erinnert an den Wal, mit dem die Deutsche Lufthansa 1934 ihren Südamerika-Dienst eröffnete.



Die „Seastar" im Modell: Probestart noch in diesem Sommer? FOTO: DIE WELT

Die Lufthansa wird denn auch 50 Jahre später den elf Meter langen Kunststoff-Wal mit seinen 14 Meter Spannweite in der Hamburger Werft zur Endmontage übernehmen. Wie Professor Dornier in einem Gespräch mit der WELT erklärte, soll das Amphibienflugzeug „sowohl durch seine vielseitigen Einsatzmöglichkeiten als auch durch seine große Einsatzsicherheit überzeugen". Dornier: „Die hervorragenden Eigenschaften basieren auf einer erprobten Flugzeugkonfiguration, die in Verbindung mit einer optimalen Bootsform sichere Flugeigenschaften und Wassereigenschaften garantiert."

Da die Hamburger Lufthansa-Werft nicht am Wasser liegt, wird der moderne Amphibienflieger auf Land starten und vielleicht bei Kiel im Wasser landen. Als Roll-Out-Termin für die neue Dornier wird von Ende Juni gemunkelt. Bei aller Ähnlichkeit mit dem Vorgänger – das berühmte Typenkürzel „Do", das früher stets auf den Rumpf des schwimmenden Flugzeugs gepinselt wurde, wird auf der neuen Maschine fehlen.

ZU GUTER LETZT

Warnung am Eingang einer Baumschule in St. Austell (Cornwall): „Wer bei uns Ableger klaut, wird zurechtgestutzt und als Düngemittel verstreut."